

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis: ...
Einzelnummer 5 Pf.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 29. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Fiskalischer Bodenwucher.

Die ganze reichstädtische Presse fast ohne Unterschied der Partei scheint sich einig darüber zu sein, daß die Forderung...

Denn um was handelt es sich? Um nichts Geringeres, als der Hauptstadt des Reiches, der gewaltig sich entwickelnden Metropole...

Da sich jetzt so ziemlich die ganze Presse aller Parteien so gebärdet, als mißbillige sie die Wucherpraktiken des bürgerlichen Seite...

Da war es am 30. Januar 1911 der Redner der sozialdemokratischen Partei, der bei der Beratung des Forstgesetzes...

Meine Herren, man summiert ja immer über die zunehmende Militäruntauglichkeit der Großstädter; man jammert darüber, daß deren körperliche Gesundheit so viel zu wünschen übrig läßt...

Proletariern, von Arbeitern, die tagaus tagein in den dampfen Fabriken schwachten müssen, die sich mit Mühe und Not am Sonntag freimachen können...

Meine Herren, durch solche forstfiskalische Waldpolitik bereitet man auch die kommunale Wohlfahrtspflege auf dem Gebiete des Wohnungsbaues...

Der Landwirtschaftsminister hatte damals nichts als einige faule Ausreden vorzubringen, indem er beteuerte, daß der Forstfiskus allerdings nicht in der Lage sei...

Wenn der Staat bereit wäre, den Kommunen größere Flächen Landes und Forsten in der Nähe der Großstädte billig zu verkaufen...

Von den 337 Millionen Einkommensteuern werden allein von den Städten 257 Millionen bezahlt, von dem platten Lande nur 80 Millionen...

Sie sehen also, daß die Großstädte, die einen so kolossalen Anteil an Staatsbeiträgen leisten, auch ein moralisches Anrecht darauf haben...

Wenn das Abgeordnetenhaus sich mit diesen Dingen dann beschäftigt, wenn die Verträge abgeschlossen sein werden, dann können wir nichts mehr dabei machen...

Aber nicht genug damit, daß sich auch in diesen Jahren kein einziger bürgerlicher Abgeordneter fand, der die Forderungen des sozialdemokratischen Redners unterstützte...

Meine Herren, wer hat denn Berlin reich gemacht? Doch nur das Land, der preussische Staat und das Deutsche Reich.

Wer hat denn so viel gemeinnützige Aufgaben in Berlin erfüllt wie der Staat durch Schaffung von Museen, von Theatern, der technischen Hochschule, der Universität usw. Einrichtungen, deren Kosten das Land ausbringt...

Der sozialdemokratische Redner verwies den Klopffechter des Zentrums darauf, daß das Entgegenkommen des Forstfiskus Groß-Berlin gegenüber schon deshalb notwendig sei...

hältnisse, zur Hebung der Volksgefundheit und Volkssittlichkeit. Er fuhr dann nach dem Stenogramm wörtlich fort:

Ich konstatiere, daß der Herr Abgeordnete Busch für diese Forderung nichts als einige Worte übrig gehabt hat, daß er der Meinung ist, daß der Forstfiskus das nicht tun sollte...

Der Herr Abg. Busch ist merkwürdigerweise mit seinem Wort auf meine Ausführungen eingegangen, die dahin gingen, daß der Kussall gedeckt werden müßte durch die Jagd und die Fischerei...

Dann hat Herr Busch die ebenfalls verblüffende Behauptung aufgestellt, Berlin sei durch die Arbeit vom Lande groß geworden. Es ist nicht groß geworden, meine Herren...

Meine Herren, Sie bestreiten die offensichtlichen Tatsachen. Ich erlaube, welchen Mut der Raivität Sie besitzen; ich will keinen anderen Ausdruck gebrauchen.

Denn es ist bekannt, daß zu den Zeiten, als Preußen Agrarstaat war, viele Hunderttausende alljährlich über's Meer zogen...

Präsident Dr. Frhr. v. Gersa (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Strobel, ich erlaube Sie nunmehr, auf den Gegenstand der Verhandlungen „Oberforstmeister und Forstmeister“ zurückzukommen.

Strobel, Abgeordneter (Soz., fortfahrend): Meine Herren, ich will mich darüber nicht weiter verbreiten; ich glaube, daß diese wenigen Andeutungen genügen werden...

Die preussischen Parlamentöverhandlungen der letzten beiden Jahre beweisen also nicht nur eine schier unbegreifliche Gleichgültigkeit der liberalen Parteien gegenüber den so außerordentlichen Interessen Groß-Berlins...

Mit Recht sagte ja der sozialdemokratische Redner: „Das werden sich die Berliner Arbeiter und die großstädtische Bevölkerung überhaupt merken!“

Die Folgen der militaristischen Politik.

Man schreibt uns aus Weigrad: Als die deutschen Wehrvorlagen vom Reichstag beraten wurden, da hörte man wieder das alte Lied, daß die Steigerung der Bewaffnung der Aufrechterhaltung des Friedens dienen solle...

Zogen gegeben hat, innerhalb dieser eine Mehrheit zur Verwirklichung des Programms zu bilden oder zu beinhalten hat.

Die Antwort auf diese Maßnahmen der „Bundesstaaten“, die ebenfalls nur der Erhaltung des Friedens dienen sollen, kam sehr bald. Da sind nicht nur die fünfzehnhundert Millionen Rubel, die die russische Duma zum Ausbau der Flotte in ihrer letzten Sitzung bewilligte, da ist vor allem die mörderische Anstrengung der kleinen Balkanstaaten, ihren Militarismus und ihre Bewaffnung zu vergrößern. Einen großen Teil von der neu zu beschaffenden Ausrüstung im Betrage von 150 000 000 Franc wird die bulgarische Regierung zu Militärzwecken verbrauchen. Und sobald die österreichisch-ungarischen Wehrkräfte „angenommen“ waren, trat die serbische Regierung vor die Schwierigkeit mit einer Forderung von zwei außerordentlichen Krediten. Mit dem ersten, im Betrage von 3 Millionen Franc, sollen die patriotischen Schützengesellschaften unterstützt, und aus dem zweiten, in Höhe von 21 Millionen Franc, sollen nach den Angaben des Berichterstatters 60 000 Schießgewehre der neuesten Konstruktion angeschafft werden.

Damit aber nicht genug; das Kriegsministerium hat außerdem schon eine Gelegeten Vorlage über eine neue Formation der serbischen Armee ausgearbeitet. Nach ihr sollen zwei neue Divisionen gebildet werden, wodurch die Friedensstärke der Armee um ein ganzes Drittel erhöht würde. Diese Heeresvermehrung wird unentgeltlich neue Lasten mit sich bringen. Die Opfer, die Serbien für die Führung des Militarismus bis jetzt schon getragen hat, bedrohen sein Wirtschaftsleben mit dem Ruin. Allein seit der Zeit der Annullationskrisis wurden über 200 Millionen Franc für das Militär ausgegeben. Ganz neue, dem Stande der modernsten Technik entsprechende Waffen wurden gekauft. Die Artillerie bekam die modernsten französischen und deutschen Schnellfeuergeschütze, alle Infanterie- und Kavallerieregimenter je zwei Maximumpistolen. Die alten Gewehrsysteme wurden modernisiert, so daß alle mit Gewehren ausgerüsteten Truppen die gleiche Munition gebrauchen können. In Frankreich bilden sich die serbischen Piloten im Luftflug aus, dort sind auch Aeroplane bestellt. Man spricht sogar ernstlich davon, einige Kriegsschiffe anzuschaffen, um die Beherrschung der Donau durch die österreichisch-ungarischen Monitoren zu verhindern. Wie man sieht: unseren herrschenden Klassen ist es ganz ernst mit der Frage, das militärische Beispiel der europäischen „Kulturstaaten“ vollständig nachzuahmen.

Die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß die mit wahnwitziger Hast vor sich gehende Erhöhung der Militärmacht der Balkanstaaten zum großen Teil auf die Angst vor der Vergrößerung der Militärmacht der großkapitalistischen Kolosse zurückzuführen ist. Glaubt man wirklich, daß durch den unaufhörlichen Rüstungsanreiz und die dadurch hervorgerufenen Verunruhigung der Balkanstaaten der Sache des Friedens gebient wird? Im Gegenteil. Je rapider die Militärausgaben in den wirtschaftlich nicht entwickelten Balkanstaaten steigen, desto näher sind wir dem Augenblick, in dem das ruhige Leben unter den bestehenden Umständen unmöglich wird, in dem die Kriegsvorbereitung unfehlbar in den Krieg selbst umschlägt. Die Tatsachen sprechen laut und klar: die letzten Militärvorlagen in den europäischen Staaten haben die Ausrichtungen auf Erhaltung des Friedens auf europäischem Boden gewaltig getrübt.

Wir Sozialdemokraten wissen, was wir in dem Moment zu tun haben. Wir kämpfen gegen den Krieg durch die Bekämpfung der Kriegspolitik, durch die Bekämpfung des Militarismus. Nach dem Beispiel unserer Genossen in Deutschland und Österreich-Ungarn setzen auch wir in Serbien die ganze Kraft auf die Destabilisierung und Bekämpfung des Militarismus. Wir haben ihm selbst in den schwersten Stunden der Annullationskrisis, wo er der Gegenstand der nationalen Leidenschaft war, nicht einen Tropfen Vertrauen geschenkt, und wir stellen und heute mit derselben Entschlossenheit ihm gegenüber, ungeachtet der Beschimpfungen im nationalistischen Lager. Unsere Parteivorsitzenden Genossen Laptschewits und Kaylorowits haben in glänzenden Reden die verhängnisvollen Folgen der militaristischen Politik dargestellt. Sie haben gezeigt, daß die wirtschaftliche Lahmlegung des Landes, die Verelendung des Lebens der breitesten Massen, die Unfähigkeit des Staates und anderer öffentlichen Körperschaften, das Volk kulturell zu heben — alles Folgen der wahnwitzigen Idee sind, das Land in ein „Kriegsland“ zu verwandeln. Gerade dadurch wird seine Widerstandskraft vernichtet; es wird den heutzutageigen großkapitalistischen Ausbeutern ausgeliefert.

Unsere Lösung ist nicht die Auslieferung der Völker durch den Militarismus, nicht das Menschenmorden in einem Keile mit irgendeinem, sondern der freie und friedliche Zusammenschluß aller Balkanvölker in einer föderativen Republik, die allen Völkern die vollste Entwicklungsmöglichkeit bietet, einen Strich durch die unsauberen Rechnungen der großkapitalistischen Ausbeuter ziehen und das Volkswort des europäischen Friedens auf dem Balkan darstellen würde. Um das zu erreichen, kämpfen wir in allen Ländern gegen den Nationalismus und Militarismus.

Der belgische Parteikongreß vom 30. Juni.

(Die Generalstreikfrage.)

Brüssel, 26. Juni. (Fig. Ber.)

Diesen Sonntag tritt der Kongreß zusammen, der über die Kampfmittel zur Erreichung des gleichen politischen Rechtes beraten wird. Fiebernde Erwartung geht dieser Parteiberatung voraus, deren Delegiertenzahl ihr Umfang und Rahmen einer riesenvollständigen Versammlung geben wird. Nicht weniger als 1500 Delegierte wird der Kongreß vereinen, der seiner Teilnehmerzahl wie seinem Gegenstand nach zu einem der bedeutungsvollsten der belgischen Arbeiterpartei werden wird. Das Parteivorstandsbureau hat angeordnet und auch vom Plenum die Zustimmung erhalten, daß auch die beruflichen Föderationen und Gewerkschaftszentralen, die der Gewerkschaftskommission, aber nicht der Partei angegeschlossen sind, zum Kongreß delegieren, ebenso lokale gewerkschaftliche und sonstige Arbeiterorganisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und von den regionalen Föderationen anerkannt sind. Jede dieser Gruppen hat indes nur das Recht auf einen Vertreter mit beratender Stimme. Die Einschränkung der Delegiertenzahl ist auch schon aus Raumgründen notwendig. Bis Mittwoch waren bereits 800 Gruppen mit 1102 Delegierten angemeldet und 180 von 27 Föderationen zugelassen; gewerkschaftliche Gruppen, denen das Recht auf 180 Vertreter zugesprochen wurde. 1500 Personen sind aber das Maximum der Teilnehmer für den großen Saal des Brüsseler „Raisson du Peuple“, wenn diese Platz zum Sitzen finden sollen.

Es kann daher auch kein Publikum zugelassen werden, doch wird für die Pressevertreter Raum referiert. — Als Kongreßvorsitzender wurde vom Generalkongreß Genosse Wauters, Chefredakteur am „Peuple“ designiert. Den Bericht über die politische Situation wird Wandervelde erstatten.

Seit dem 2. Juni, seit der Borneerpllosion des Massenstreiks in den wallonischen Provinzen, ist die Parteidiskussion unausgesetzt mit der Generalstreikfrage beschäftigt.

Bei der wallonischen Bevölkerung insbesondere herrscht eine Kampfstimmung, eine Spannung des Erwartens, eine Disposition zum Losstürmen, die für die Kongreßdebatten hohe Temperaturen verheißt.

Zum dritten Male innerhalb eines Zeitraumes von knapp 20 Jahren — der erste Generalstreik, der das Jusstwahlrecht weglegte, war 1893, der zweite, fehlgeschlagene, 1902 — will das belgische Proletariat, wenn ihm sein Recht nicht wird, zur Waffe der allgemeinen Arbeitseinstellung greifen und sich mit einem dritten Giebel endlich ein gerechtes, unverfälschtes Wahlrecht holen. Die Debatten und Resolutionen der großen Föderationen, der Gewerkschaftszentralen, der Gewerkschaftskommission, schließlich des Parteivorstandes lassen voraussehen, daß der Kongreß ein Votum in dem Sinne abgeben wird, daß der Generalstreik im Kampfe für eine Verfassungsrevision parat zu halten ist und das Proletariat, ohne sich auf ein Datum festzulegen, alle Vorbereitungen und Vorarbeiten zu treffen hat, um alle Chancen für einen Blutopfer vermeidenden, glücklichen Ausgang zu sichern.

In einer ausgezeichneten Artiklerie im „Peuple“ faßt dessen Chefredakteur, Genosse Wauters, in einer plastisch klaren und logischen Gruppierung der Argumente die Bedingungen zusammen, unter welchen ein Generalstreik in der heutigen Lage der Dinge Aussicht auf Erfolg verheißt. Da die Auffassung Wauters mit der anderer führender Genossen identisch ist, und auch die Beschlüsse des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission, der großen Föderationen und Berufsorganisationen von derselben Art der Auffassung inspiriert sind, sei sie hier in ihren Umrissen wiedergegeben.

Als Hauptforderung eines Generalstreiks, wenn er nicht in einem unfruchtbaren Protestakt verpuffen oder zu einer bloßen Geste der Revolte mit einem möglicherweise blutigen Finale entarten soll, gehört, führt Wauters aus, vor allem Zeit, um den Streik vorzubereiten — sowohl in bezug auf die Sicherung des Menschenmaterials und der Beschaffung der Munition, wie der nötigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Also keinen extemporierten, keinen improvisierten, keinen ungenügend vorbereiteten Streik — keinen mit einem fixierten Datum; sondern einen vorbereiteten, planvollen, organisierten Streik mit einem festgelegten Programm, mit klaren Richtlinien und sicheren Berechnungen. — Ein Beschluß, im Juli loszuschlagen, wäre daher, da alle diese Bedingungen noch zu schaffen sind, Wahnsinn. Es muß von vornherein damit gerechnet werden, daß ein Generalstreik wochenlang dauern kann. Nichts wäre schlimmer, als ein Abbruch infolge Erschöpfung der Kräfte. Es gilt also die Klassen der Organisationen zu füllen, Fonds zu sammeln, Hilfsfassen zu organisieren, den ganzen Parteiapparat einschließlich der Genossenschaften und Krankenkassen in Bewegung setzen, damit der Hunger nicht alle Feldzugspläne zunichte macht. Denn wenn auch, wie verschiedentlich vorgeschlagen wurde und was bei dem Dypfermut der Arbeiter zu erwarten ist, die ersten vierzehn Tage etwa keine Unterstützung verabsolgt wird, so sind doch große Fonds vonnöten, zumal der diesmalige Generalstreik den ersten, der schon 300 000 Arbeiter in die Bewegung zog, übertragen würde und auch mühte. Und dann: der Generalstreik muß methodisch, in vollster Disziplin in Szene gesetzt und vollführt werden. Die 125 000 organisierten Arbeiter werden leichten der Taktik und der Parole der Partei folgen. Die große Masse der übrigen Arbeiter aber muß mit dieser Taktik infiltriert werden, damit nicht durch Spitzelhandwerk der Volksbewegung abirrt, das Ziel der Aktion, ja das ganze Parteiwerk gefährdet wird.

Aber nicht allein um die Geister vorzubereiten, die Disziplin zu festigen und die Kriegsmunition zu beschaffen, wäre ein frühzeitiges Losschlagen, etwa im Juli bei Kammerbeginn, eine höfliche Unvorsichtigkeit. Der politische Moment an und für sich wäre ungünstig. Es ist notwendig, daß die Volksbewegung mit einer entsprechenden parlamentarischen Situation zusammenfällt. Die Kammer tritt nun zu einer außerordentlichen Session zusammen und hat keine andere Verpflichtung, als die Gültigkeitserklärung der Mandate und die Konstituierung vorzunehmen. Dann kann die Regierung die Session für geschlossen erklären und der parlamentarische Mechanismus ist derart, daß die Regierung auch die geschickteste Obstruktion nicht zu einer Stellungnahme zwingen kann.

Fügen wir diesen Ausführungen noch hinzu, daß der Bericht des Parteivorstandes an den Kongreß in denselben Richtlinien gehalten sein wird, wie die hier umrissenen. Die Partei will einen friedlichen, einen wohl vorbereiteten Generalstreik; sie verwirft die Dekretierung eines Generalstreiks für den Juli und beschließt die Gründung eines aus Delegierten aller großen politischen und wirtschaftlichen Organisationen gebildeten Komitees, das unermüdet alle Maßnahmen zur Vorbereitung des Generalstreiks zu treffen hat. Die Partei wird, sobald sie die Ueberzeugung haben wird, daß die Arbeiterchaft bereit und der Moment günstig ist, die Parole für den Generalstreik ausgeben. — In ähnlichem Sinne ist auch die Resolution der Brüsseler Föderation gehalten.

Der Krieg.

Ein erster Kampf bei Buchamez

Rom, 28. Juni. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Buchamez (in der Nähe der tunesischen Grenze) unter dem 27. Juni: Bei Tagesanbruch machten die italienischen Truppen von Buchamez, unterstützt von heftigem Geschützfeuer, einen Angriff auf die Stellungen der Feinde gegenüber von Sidj Said. Die Feinde, über 6000 Mann stark, wurden aus ihren Verschanzungen vertrieben und zur Flucht gezwungen. In den erstickten feindlichen Stellungen fanden die Italiener 600 Leichen. Während dieses Angriffs auf die Front drang die italienische Artillerie bis tief in das türkische Lager hinein, das sie zerstörte. Die Italiener machten mehrere Gefangene. Sie selbst hatten 18 Tote, 114 Verwundete, darunter 2 Offiziere. Die siegreichen Truppen blieben die Nacht in den eroberten Stellungen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Juni 1912.

Amerikanisches Kasperletheater.

Die Zentrumregierung hält mit ihrer Mischung hilflosen Unfähigkeit und brutaler Gewalt das ganze parlamentarische und politische Leben Kanens auf. Die Landtagsverhandlungen verlieren sich fast täglich in einer Reihe stürmischer Zwischenfälle. Der Zentrumspräsident hat Halt und Besonnenheit verloren. So rügte er Freitag in der Fortsetzung der Debatte über den Etat des Innern dreimal den Genossen Auer, weil er in seiner Rede über die Zentrumspolitik des Verfassungsbruchs durch die Phrase der Monarchie sprach; ferner, weil er dem Minister zurück: Voraus mit Eurem Fieberwisch! Auer stellte fest, daß in der Tat die

christlichen Gewerkschaften die für kirchliche Zwecke aufgestellten Polizeikräfte zu politischer Agitation benutzen. Auer fragte den Minister, ob er sich bei der Uebernahme seines Amtes verpflichtet hätte, sozialdemokratische Bürgermeister nicht mehr zu bestätigen. Die Behauptung des Ministers, daß Sozialdemokraten nicht bestätigt werden, weil sie nicht vertrauenswürdig seien, sei eine unerhörte Beleidigung aller jener Männer, die sich bisher in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hätten.

Auch der Rechtsnationalist Casselmann, Oberbürgermeister von Bayreuth, der der Regierung das Recht einräumt, Sozialdemokraten von der Beamtenschaft fernzuhalten, warnte die Regierung vor der jeglichen Taktik der prinzipiellen Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister.

Zum Schluß nahm der Minister v. Soden das Wort. Er will nicht als Rückschritler gelten. Er ist auch durchaus kein Gegner der Gedankenfreiheit, nur kommt es darauf an, was es für Gedanken sind. (Schallende Heiterkeit.) Auf wiederholte Anfragen über das Schicksal des Jesuitenklusses gab er endlich die Auskunft, daß ein neuer Erlaß in der Jesuitenfrage nicht ergangen sei; d. h. also, der erste Erlaß nicht suspendiert worden sei. Herr v. Soden beharrt dabei, daß zur Leichenverbrennung in Bayern zurzeit kein Bedürfnis vorliege. (Genosse Haller ruft: Lassen Sie sich doch verbrennen!) Krenschlag fragt Soden, bei den Zwischenruf nicht verstanden hat: Was, Sie wollen mich verbrennen? — Darauf fanden fortgesetzte Zwischenrufe zwischen dem Minister und der Linken über die Verbrennung statt. Der Minister fragte: Würden Sie einen monarchisch gesinnten Mann zu Ihren Beamten machen? Ihm wurde entgegnet: Gewiß, wenn er seine Pflicht tut! — Genosse Haller ruft: Wenn Sie fähiger wären, würden wir Sie sogar zum Minister machen! — Haller erhielt dafür einen Ordnungsruf und später noch einen zweiten. Der Minister bittet, höflicher zu sein, er sei nicht in der Lage, so groß zu antworten.

Nach Schluß der Sitzung redeten Zentrumsgesandte auf den Minister ein und gaben ihm Verhaltensmaßregeln; er solle nicht auf die Zwischenrufe der Linken reagieren Dabei, meinte der Abg. Heldt, zöge der Minister doch den kürzeren.

Oberschlesische Kulturzustände.

In Elguth-Boischnil wurde im Frühjahr dieses Jahres der Gärtner Peter Soika als Gemeindevertreter gewählt, der den Ortsgewaltigen als oppositioneller Geist nicht gerade sympathisch war. Aber Soika erhielt von 21 abgegebenen Stimmen 15, und in einem späteren Wahlgange von 81 abgegebenen Stimmen 22; die Mehrheit der Wähler stand also ohne Zweifel hinter ihm. Nicht jedoch der Ortsgewaltige, der Gemeindevorsteher, der ihm gleich nach bedenktem Wahlgange im Tone eines oberchlesischen Gewalthabers erklärte: „Die anderen Bestätigte (1), Sie aber nicht.“ Dieser Ankündigung entsprechend erhielt Soika dieser Tage folgenden niedlichen Ullas:

Elguth-Boischnil, den 22. Juni 1912.

Hiermit stellen wir Ihnen den Bescheid zu, daß die Gemeindevertretung in der Sitzung vom 6. Mai d. J. Ihre Wahl zum Gemeindevorsteher nicht bestätigt hat, da Sie sich Ihren Wählern nach der Wahl durch Schnapspenden erkennlich gezeigt haben, woraus eine Wahlbeeinträchtigung zu ersehen ist. Bis auf den Gemeindevorsteher Franz Hergl sind sämtliche Gemeindevorsteher gegen Ihre Aufnahme in die Gemeindevertretung, da Sie eine mit den in der Gemeinde bestehenden Verhältnissen höchst unzureichende, sowie eine auswärtige, rante, und prozedurmäßige Person sind, welche den Frieden in der Gemeinde fortwährend stört. Aus und Sie kein deutschgesinnter Mann; bei den Reichstagswahlen haben Sie stets für den Solen agitiert, und bei der diesjährigen Wahl waren Sie sogar für den Sozialdemokraten zu stimmen entschlossen. Aus alledem werden Sie selbst ersehen, daß Sie für die Gemeindevertretung, in der Sie über das Wohl der Gemeinde mitbestimmen sollen, eine ganz ungeeignete Person sind.

Der Gemeindevorstand: Rulisch.
Soika vernachte es leider nicht einzusehen, daß er ein höchst ungeeigneter Gemeindevorsteher ist; er hat, gestützt auf seine Stimmenmehrheit, Beschwerde gegen die „Nichtbestätigung“ des Ortsgewaltigen erhoben. Aber für die Rechtsanschauungen, die bei den Behörden in Oberschlesien herrschen, liefert das obige Schreiben ein klassisches Zeugnis.

Ein neues Kaiserthloß.

Der Wiesbadener Magistrat verhandelt mit der Luxemburgischen Finanzverwaltung über die Erwerbung des der Luxemburgischen Krone gehörenden Jagdschlösses Platte bei Wiesbaden. Das Schloß soll zwei Millionen Mark kosten. Die Stadtverwaltung Wiesbadens will dem Kaiser ein neues Schloß erbauen und dazu den Luxemburgischen Besitz verwenden. Die Stadt Homburg hat seinerzeit eine Leitung ihrer Heilquellen ins kaiserliche Schloß führen lassen, so daß das Kaiserpaar die Mineralbäder im Schloße selbst zur Verfügung hat. Nun will Wiesbaden nicht zurückbleiben und gleich ein neues Kaiserthloß bauen, da es besonders der Kaiserin in dem alten Schloß, das inmitten des Straßensarms der Stadt liegt, nicht mehr gefallen soll.

Kolonialpolitischer Geiratszwang.

Die nichtdeutsch-schwarzmerische „Rheinisch-Westfälische Stg.“ will den neuen Gouverneur von Samoa absolut unter den Pantoffel bringen. Sie dekretiert in einem Leitartikel:

„Man hat Dr. Solf den Vorwurf nicht ersparen können, daß ihm die bessere Einsicht in diesem Punkte erst in Deutschland kam; vielleicht auch war sie Folge seiner Verehrung mit einer weichen deutschen Frau. Dr. Solf ist Junggeselle. Da nun der Gouverneur von Samoa dem Deutschland eine ganz besondere Stange sein soll, so möchten wir ihm doch die Nichtbefolgung des paulinischen Rates recht sehr an Herz legen, der da sagt: „Heiratet ist gut, nicht heiraten besser.“ Der Gouverneur muß unbedingt mit einer weichen deutschen Frau verheiratet sein, damit sein Haus der Mittelpunkt des deutschen Lebens werde, damit vor allem die von den Farbigen und besonders von den Mischlingsweibern so sehr geschmähte weiche Frau des Ansehlers weich, daß sie in ihrer Verehrung stets eine Stütze findet im Hause des deutschen Gouverneurs. Hoffen wir, daß Dr. Solf von vornherein durch seine Auslieferung keinen Zweifel auskommen lassen möge, daß Samoa von Grund auf deutsch ist und bleiben wird, daß weich die Farbe seiner Bewohner sei oder braun — denn auch die Braunen sind uns in ihrer Eigenart durchaus sympathisch und willkommen —, daß jene unselige Kaiserin-pantoffel, die weich und Braun in gleichem Maße zum Unglück wird, ein Ende haben möge, daß jene weiten Länder, welche die Eingeborenen niemals unter Kultur zu bringen imstande sind, der deutschen Besiedelung nun endlich geöffnet werden.“

Vielleicht hat das Blatt für den zu verheiratenden Gouverneur gleich auch eine passende Partie auf Lager, etwa die Tochter eines millionenschweren rheinisch-westfälischen Eisenbarons.

Daß das Blatt auch die braune Farbe zu respektieren erklärt, ist allerdings ein starkes Stück Heuchelei. Freilich, es sagt ja, daß ihm die Braunen „in ihrer Eigenart“ sympathisch seien. Wie diese Sympathie aber zu verstehen ist, ergibt sich gleich aus der Forderung, den Eingeborenen „weite Länder“ zum Vorteil der weißen Ausbeuter abzugeben! Die Abneigung gegen die

„Massenpanikerei“ entspringt ja lediglich der Furcht, daß auch die Frauen und die gelben Rischlinge sich zu höherer Kultur entwickeln und den weißen Herrenmenschen die unbedingte Ausplünderung und Ausbeutung erschweren könnten!

Gurrapatriotismus und Kommunalreform.

Mit großen „nationalen“ Festen wird im nächsten Frühjahr der Offen Preußens beglückt werden. Regierung, Provinzialbehörden und Gemeinden planen eine Jahrhundertfeier der Befreiungskriege im größten Stil. Vornehmlich Breslau und Königsberg sollen der Schauplatz dieser „nationalen“ Kundgebungen sein. Man will das Jubiläum der Befreiung Preußens in der „würdevollen Weise“ feiern. „Historische“ Ausstellungen und Feiern sind geplant. Auch sollen wissenschaftliche und populäre Zeitschriften herausgegeben werden, in denen die Bedeutung der Freiheitskriege gewürdigt werden soll. In Ostpreußen soll am 5. Februar 1913, an dem Tage, an dem Post vor hundert Jahren im Provinziallandtag in Königsberg der Grundstock zur Bildung der Landwehr gelegt, in Anwesenheit Wilhelms II. der Provinziallandtag in feierlicher Weise eröffnet werden. Ferner will man Sammlungen veranstalten, deren Ertrag zu einer „Veieranspende“ verwendet werden soll. Und endlich sind „allgemeine Volksfeste“ geplant, für welche die „freisinnige“ Stadterordnetenmehrheit in Königsberg einen „Grundstock“ im Betrage von 44 243,96 M. — gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion — bewilligt hat. Diese hohe Summe gibt eine Stadtgemeinde für leere Festlichkeiten aus, die 26 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer erhebt, die den Bürgern mit einem Einkommen von 600 bis 900 M. eine Einkommensteuer abnimmt und in der Regel für die Erfüllung wichtiger sozialer Aufgaben kein Geld hat. Im Winter ließ die Stadt nicht einmal die allernotwendigsten Reparaturen an den Obdachlosenquartieren vornehmen — und jetzt dieser Bewilligungseifer.

Gebrochene Staatsstücken.

Vor dem Schwurgericht in Gera hatten sich in den letzten Tagen die Eisenbahnassistenten Hadenberger und Schwarze, die beide auf dem Arbeiterbahnhof Altenburg beschäftigt waren, wegen Unterschlagung von Postgeldern und Fälschung amtlicher Urkunden zu verantworten. Die beiden Missetäter waren hervorragende Sänger im Arbeiterverein Altenburg-Kauerndorf, und Schwarze war Dirigent der vaterländischen Sängervereinigung dieses „Arbeiter“-vereins. Ein als Zeuge geladener Postler rühmte laut die „gute patriotische Gesinnung“ des Hadenberger, die ihn zu einer „sympathischen Persönlichkeit“ mache. Das Gericht war rücksichtslos genug, die „sympathische, patriotische Persönlichkeit“ wegen Unterschlagung von 1100 M. zu 9 Monaten Gefängnis zu verurteilen. Sein Kompagnon bei dieser Dieberei, der vaterländische Sänger Schwarze, erhielt wegen Unterschlagung von 1600 M. ein Jahr Gefängnis. Gleichzeitig ist den beiden vaterländischen Staatsstücken die Befähigung zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 2 Jahren aberkannt worden.

Aus dem schwarzen Köln.

Dem Gefangenen der Amerikaner degnadiert hat sich selber der Oberbürgermeister von Köln, Herr Wallraf. Als im Dezember vorigen Jahres der Kölner Arbeitergesangsverein „Lara“ ein künstlerisch hochstehendes Weihnachtsfest im städtischen Rathaus „Gürzenich“ gefeiert hatte, erschien in dem Gadenm, ein „Wahl-Anzeiger“ ein Ertrag, der sich über den Betrag von „Proletarisches Weihnachtslied“ erweiterte und forderte, daß dem „ersten Verein“ das Stadthaus nicht mehr gegeben werden dürfe. Tatsächlich konnte das Lied, das lediglich die Weihnachtsfeier, wie sie in Wahrheit in zahllosen Familien wirklich ist, zu Ehrenbräutigam eines Anhängens keinen Anlaß geben; von Parteipolitik oder dergleichen ist keine Spur darin. Aber auch das wäre natürlich kein Grund, dem Verein, der in vielen städtischen Lokalen des In- und Auslandes konzertiert hat, den „Gürzenich“ zu verweigern.

Trotzdem hat der Kölner Oberbürgermeister diese Weigerung zur Tat gemacht, als jüngst der Verein für den 25. Dezember ebenfalls im Saal eintrat. Darauf wandte der Verein sich an die Stadterordnetenversammlung; aber auch von dieser kam ein abschneidendes Bescheid. Auch die Bitte um Abgabe der Gründe war unbeachtet geblieben. Anscheinend hat der Oberbürgermeister den Antrag gar nicht der Amerikaner Rathausmehrheit vorgelegt, sondern ohne weiteres sich besitt, den Weisungen des schwarzen Blattes Folge zu leisten.

Ein Wahlhelfer des Zentrums.

Vor dem Kieler Schöffengericht spielte sich dieser Tage ein Fall ab, der verdient, in der Öffentlichkeit bekannt zu werden, um so mehr, als nicht ausgeschlossen ist, daß er von der Zentrumspresse in erlogener Burechthaltung als Beweis für den Terrorismus innerhalb der sozialdemokratischen Partei gegen politische andere gefonnene Personen ausgeführt wird. Sieben Arbeiter waren angeklagt wegen Verleumdung eines gewissen Stefan Mandry. Die Angeklagten und der angeblich Verleumdete waren zur Zeit der Reichstagswahl auf dem an der Mündung des Nord-Ostsee-Kanals liegenden Kohlenhofe der Firma Jhms u. Graf beschäftigt. Alle — auch Mandry — waren Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation und der sozialdemokratischen Partei. Die Arbeiter des Kohlenhofs hatten nun beschlossen, am 12. Januar, dem Hauptwahltag, zu feiern und ihre Kräfte der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung zu stellen. Die sieben Angeklagten folgten diesem Beschlusse, bißter also ihren Logohn ein. Mandry aber verteilte vor dem Wahltag für den Zentrumskandidaten Erzberger Stimmzettel und holte sich dafür am Abend aus dem Wahlbureau des Zentrums 5 M. Die Angeklagten waren über ein solches Verhalten eines gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiters mit Recht erbittert und stellten ihn zur Rede. Mandry machte daraus eine große Verleumdungsgeschichte und stellte gegen seine sieben Arbeitskameraden Strafantrag, der auch bei der Anklagebehörde gute Aufnahme fand.

Vor Gericht behauptete Mandry, die Angeklagten hätten ihn schwer beleidigt und zwar auf dem Wege zur Arbeit und auf der Arbeitsstätte. Worin wie Subjekt, Streichbrecher, Salunke ujm. seien gefallen; man habe ihm vorgeworfen, er glaube wohl noch an die Pfaffen und habe verstedte Drohungen gegen ihn fallen lassen. Die Angeklagten bestritten dies; sie hätten Mandry nur vernünftig zur Rede gestellt; einige hätten fest, daß sie mit ihm zu der Zeit, wo sie ihn beleidigt haben sollten, gar nicht zusammengekommen seien. Vor Gericht wurde zunächst festgestellt, daß Mandry der Anklagebehörde bei Stellung des Strafantrages verschwiegen hatte, daß er Mitglied der sozialdemokratischen Parteiorganisation war und als solches Stimmzettel für das Zentrum verteilt hatte. Weiter wurde festgestellt, daß er in seiner Strafanzeige, also zu einer Zeit, wo es sich auf die Vorgänge noch viel besser entsinnen konnte, lange nicht so viel Beschimpfungen behauptet hatte als jetzt vor Gericht. Zudem verwickelte er sich vor Gericht in mancherlei Widersprüche. Die ganze Anklage war aufgebaut auf dem Zeugnis des angeblich beleidigten Mandry.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Genosse Spiegel, beantragte, verschiedene Zeugen zu haben, die die Un glaubwürdigkeit Mandrys nachweisen sollten. Die Zeugen sollten beweisen, daß Mandrys Behauptungen un wahr seien. Es könne erwiesen werden, daß sogar die Firma Jhms u. Graf gewußt habe, man solle ihn Mandry nicht wieder zur Arbeit schicken, weil er falsche Ladungen vorgezeigt habe. Der Verteidiger beantragte weiter, eine amtliche Auskunft des Wahl-

kommissars einzuholen, ob Mandry gewählt habe. Vor Gericht hat er nämlich unter Eid ausgesagt, er habe gewählt, während die Angeklagten behaupten, er habe nicht gewählt; in der Kontrollliste stehe er als nicht gewählt verzeichnet. Das Gericht lehnte alle diese Beweisanträge ab. — Der Rechtsanwalt beantragte Freisprechung, das Gericht aber verurteilte auf das alleinige Zeugnis des Mandry hin sechs Angeklagte zu Geldstrafen von 10 bis 60 M. und sprach nur einen Angeklagten frei.

Eigentlich ist die Begründung des Urteils: Die Aussage Mandrys genüge zur Verurteilung. Den Angeklagten sei ihre berechnete Erregung zugute zu halten, der Schutz des § 193 stehe ihnen aber nicht zu. Es sei aber ein Unterschied, ob Mandry agitatorisch für einen Gegner tätig gewesen sei, oder ob er nur mechanische Arbeit verrichtet habe. Stimmzettelerteilung sei nur mechanische Arbeit. Wenn z. B. ein sozialdemokratischer Droschkenfahrer einen Konservertöden zur Walfarne fahre, sei das auch nur mechanische Arbeit und niemand könne ihm deshalb einen Vorwurf machen. Straferschwerend komme in Betracht, daß M. der Katholik ist, auch in seinen religiösen Gefühlen verletzt worden sei.

Das Urteil zeigt wieder, wie bei allen Prozessen mit einem politischen oder wirtschaftspolitischen Hintergrund, wie die aus ihrer bürgerlichen Stellung erklärete Gegnerschaft zur Sozialdemokratie die Richter daran hindert, wirklich objektiv zu urteilen. Der Vergleich mit dem Droschkenfahrer zeigt zur Genüge die Weltfremdheit der Herren in politischen Dingen. Mit demselben Rechte könnte man es auch als vorwurfsfrei erklären, wenn ein Angehöriger der sozialdemokratischen Parteiorganisation einen Zentrumsmann küßt oder umgekehrt, denn schließlich ist die Abgabe des Stimmzettels auch nur eine mechanische Tätigkeit.

Ungarn.

Der Kampf gegen die Oppositionspresse.

Aus Budapest wird uns gemeldet: Die Sehe der Behörden gegen unser Parteiblatt, die „Nepszava“, dauert an. Jetzt ist das Blatt nicht nur vom Verkauf auf den Bahnhöfen, sondern auf Verfügung der Stadtverwaltung auch vom Verkauf auf den Straßen und öffentlichen Plätzen ausgeschlossen worden. Unsere Genossen helfen sich, indem sie die „Nepszava“ in allen zur Verfügung stehenden Verkaufsläden und privaten Bureaus zum Verkauf bringen. Die blindwütigen Maßnahmen der Behörden gegen das Budapestere Parteiblatt sind ein Schlag ins Wasser, denn das Blatt wird jetzt mehr als bisher gekauft und gelesen.

Marokko.

Der Sultan macht den Franzosen Sorgen.

Paris, 28. Juni. Nach einer Blättermeldung aus Fez wurde der Bruder des Sultans Muleh el Kebir, der schon wiederholt Präsidentengeleite gezeigt hat, jüngst dabei ertappt, wie er von der Terrasse seines Hauses aus mit den Russen, die vom Jagal-Gebirge aus einen Angriff auf Fez unternehmen wollten, optische Signale austauschte. Die französischen Militärbehörden ersuchten ihn, eine andere Behausung zu wählen und versagten, daß davor eine Wache von vier Schützen mit aufgespanntem Bajonett aufgestellt würde.

Der Sonderberichterstatter des „Matin“ berichtet aus Fez, die Haltung des Sultans habe dem Generalresidenten Duauth eine Enttäuschung bereitet. Dieser habe sich bemüht, dem Sultan Vertrauen einzufößen und dessen Ansehen zu erhöhen. Er habe Muleh Gafid aus dem Sultan für drei Monate seine Abdankung aufzuschieben; er habe bei dem Sultan den ehrliehen Beistand nicht gefunden, auf den er rechnen zu können glaubte. General Duauth wolle sich deshalb sobald als möglich nach Rabat begeben, um die Frage der Stellung des Sultans in dem einen oder anderen Sinne zu lösen. Auch sonst dürfe man sich nicht verheßen, daß keineswegs alle Gefahren überwunden seien und die öffentliche Meinung Frankreichs dürfe nicht überrascht sein, wenn in irgend einem Punkte Marokkos plötzlich große Schwierigkeiten austauchten.

Afrika.

Der Segen der französischen Kolonialpolitik in Algerien.

In der Sitzung der französischen Kammer vom 20. Juni hat der Häutenbesitzer Rogel, der seit langer Zeit für die Verbesserung des Loses der Eingeborenen der nordafrikanischen Kolonien kämpft, in einer Rede, die die ganze Sitzung beherrschte und doch in der großen bürgerlichen Presse nicht mit einem Wort erwähnt wurde, ein Bild der Zustände in der Kolonie gegeben, die schon 1830 von Frankreich besetzt wurde. Zusammen mit den Enthüllungen aus Tunis, die vor einigen Monaten gemacht wurden, zeigt es die Zukunft, die Marokko, wenn nach einem halben Jahrhundert blutiger Eroberungspolitik die „Ordnung“ gleichfalls hergestellt sein wird, nach den Plänen der großbürgerlichen Eroberer entgegengeht, zugleich ein Bild kapitalistischer Kolonialpolitik überhaupt.

In den 60 Jahren französischer Herrschaft hat man den Einwohnern 5 1/2 Millionen Hektar Landes — viermal die Größe des Königreichs Sachsen! — genommen, darunter Striche, die zu den fruchtbarsten der Welt gehören. Sie sind heute das „Eigentum“ einiger Latifundienbesitzer und Finanzgesellschaften, die heute aus dem Verkauf von Getreide, Wein, Früchgemüse, Vieh riefige Einkommen ziehen. Aber sie sind steuerfrei! Allein auf den Eingeborenen lasten unter den verschiedensten Namen Ansummen von Steuern: Grundsteuer, Erntesteuer, Viehsteuer, Kopfsteuer, Zusatzsteuer, Fremdenste, Geldstrafen ujm.

In rechtlicher Hinsicht stehen die Araber etwa dort, wo die Europäer in der Feudalzeit standen, ehe die Menschen- und Bürgerrechte verstanden wurden — wohlverstanden von Frankreich, das sie jetzt dort so herrlich betätigt. Ein Araber kann nicht ohne Erlaubnis, die rein willkürlich erteilt wird, im Ausland, ja selbst im eigenen Lande reisen. Für ihn gilt noch, was vor der Revolution als Gesetz der Gewaltherrschaft gegelt wurde: die lettre de cachet, die willkürlich ohne richterliche Prüfung geblübe Verhaftung durch den Willen eines allmächtigen Verwaltungsbeamten.

Vor einigen Jahren hat man begonnen, Schulen für die Eingeborenenkinder zu schaffen. Die Sache nahm guten Fortgang, bis 1908 ein Kongreß der französischen Kolonisten beschloß: „In Erwägung, daß der Unterricht der Eingeborenen eine wahrhafte Befähigung für Algerien bedeutet, wünscht der Kongreß, daß der Unterricht abgelehrt werde.“ Doch der dümmste Arbeiter der Heste ist, wissen also nicht nur unsere Junker. Und die Regierung hat die Schule zwar nicht ganz abgeschafft, aber derart verkrüppelt, daß der von Lehrern mit monatlich 40 M. erteilte Unterricht keine „Befähigung für Algerien“ mehr darstellt. Und diesem entzehrten, von jeder Mitwirkung an der Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten durch Militär- und Präfektenterrschschaft unter Mitwirkung des einheimischen Adels, der auch hier sein Volk an die Fremden verraten hat, ausgeschlossenen Volke hat Kriegsmilitär Millerand, ohne Begründung, durch ein solches Dekret, den Arbeitsdienst auferlegt, indem er die Aushebung eines fünfstelligen der Aufseher zu dreijähriger Dienstzeit anordnete. Begreiflicherweise hat diese Maßnahme bei der völlig entzehrten Bevölkerung keine Begeisterung, sondern lebhaften Widerstand hervorgerufen, der vielfach wieder zu einigen zumtollen Attentaten

und Strafenleistungen Anlaß geben wird. Inzwischen besteht eine starke Auswanderungsbewegung. In einem Monat sind 1200 Einwohner eines der reichsten Striche der Provinz Oran nach dem Orient ausgewandert. In der Türkei gibt es heute 25 000 Algerier.

Daß Rogel eine Reihe Verteidiger der Gewalt- und Ausbeutungswirtschaft in der Kammer gegen sich aufbrachte, ist selbstverständlich. Genosse R. Cadin, der diese Dinge in der „Humanité“ behandelt, fordert, daß die sozialistische Fraktion Vertreter zum Studium der Dinge nach Algerien sende, damit sie bei der Fortsetzung der Erörterungen im Herbst die Sache der Eingeborenen führen könne. Welche Schande für uns, wollten wir nicht unter der schmerzlichen Klage unserer „Untertanen“ leiden, die terrorisiert, vergewaltigt, bestohlen, ein jämmerliches Leben im Kamelhaartzelt oder in einer schmutzigen Hütte führen müssen.

Amerika.

Die demokratische Kandidatenkomité.

Baltimore, 28. Juni. Bryan brachte auf dem Nationalkonvent eine Resolution ein, daß der Konvent den Ausschluß von Delegierten verlange, die die Interessen der P. Morgan, Thomas F. Ryan, A. Belmont oder anderer Privilegiierter vertreten. Die Resolution erntete großen Beifall, aber ihre sofortige Erledigung wurde abgelehnt. Bryan ergriff sodann das Wort und sagt, es sei ein unverschämter und frecher Versuch gemacht worden, die demokratische Partei in die Anechtheit zu verkaufen. Morgan, Belmont und Ryan seien Despoten, die bei der Kontrolle der Weltinteressen kein Mitleid kennen. Sowohl Ryan wie Belmont sind ordnungsgemäß anerkannte Delegierte.

Nach der Annahme des Antrags Bryan über die Aufhebung der Bestimmung der Zweidrittelmajorität wurden im Nationalkonvent dann die Nominierungen beantragt. Rankhead aus Alabama nannte das Kongreßmitglied Underwood, der den Kampf um Verringerung der Lebensunterhaltskosten und um den Erlaß neuer gerechter Zolltarife fortsetzen werde. Verschiedene Staaten schlossen sich ihm unter Beifall an. Senator Reed nannte Champ Clark, der er als den Löwen der Demokratie bezeichnete. Ein außerordentlicher Beifall folgte hierauf. Die Plagen der verschiedenen Staaten wurden in großer Anzahl entrollt und Banner mit dem Wilsde Clarks tauchten auf. Ein Umzug wurde veranstaltet, an dem auch Frauen teilnahmen. Kinderballons fliegen auf. Clarks Tochter widmete sich in ein Plagettuch, stieg auf einen Stuhl auf der Plattform und leitete die Beifallsbezeugungen. Der Lärm dauerte über eine Stunde. Als schließlich wieder Ruhe eingetreten war, nominierte Rogers den Dekan der Yale-Universität den Gouverneur Baldwin von Connecticut. Die Anhänger Baldwin veranstalteten eine kurze aber lärmende Demonstration; dann nominierte der Richter Westcott-New Jersey Wilson. Die Anhänger des letzteren warteten eine Anprobe nicht erst ab, sondern erhoben einen ohrenbetäubenden Lärm, der sogar länger andauerte als die Kundgebung für Clark.

Soziales.

Die „Lippdame“ bleibt Handlungsschiffin.

Trotzdem die Gerichte schon vielfach mit Recht der Maschinen-schreiberin in kaufmännischen Betrieben die Handlungsschiffeneigenschaft zugesprochen haben, begnügt man in den Verhandlungen vor den Kaufmannsgerichten immer noch dem Einwand, die „Lippdame“ sei Gewerbeschiffin und unterlege damit der Zuständigkeit des Gewerbegerichts. Es ist darum eine Begründung von besonderem Interesse, die das Kaufmannsgericht Mainz einem jetzt organisierten die kaufmännische Zuständigkeit der Maschinen-schreiberin aufs neue bestätigenden Urteil gegeben hat. In dieser Begründung heißt es: Angehörte, die ausschließlich im Kontor mit Erledigung schriftlicher Arbeiten beschäftigt sind, gehören dem kaufmännischen Organismus an. Darin eben liegt „die kaufmännische Signatur ihrer Tätigkeit“, und nicht in der größeren oder geringeren Anforderungen an Schulung und Fertigkeit. Auch muß bei Maschinen-schreibern, namentlich wenn sie nach Diktat schreiben, eine gewisse Gewandtheit und Schulung vorausgesetzt werden. Schreiberarbeiten ohne Hilfsnahme einer Maschine anders zu bewerten als Maschinenschriften, läge gar kein Grund vor.

Freibriefliches Spiel mit Arbeiterleben.

Im November vorigen Jahres kürzte in Borchheim in Bayern eine eben im Bau vollendete Logerküche ein und begrub eine Anzahl Arbeiter unter ihren Trümmern. Mehrere von ihnen wurden schwerverletzt hervorgezogen, zwei starben an den Folgen der Verletzungen. Die Bauunternehmer Jakob Kraus und Anton Grimm hatten sich nun wegen Körperverletzung und fahrlässiger Tötung zu verantworten, weil sie den Unfall durch ihre leichfertige Bauerei verschuldet haben. Die Angeklagten saßen die Schuld auf das damals stattgefundenen Erdbeben; es wurde jedoch durch Sachverständige bekundet, daß die Pfeiler aus zu schlechtem Beton — 1 Teil Zement, 12 Teile Kies — hergestellt waren und die Halle zu schwer belastet war. Kraus erhielt 100, Grimm 150 M. Geldstrafe. So werden Arbeiterleben eingeschöpft.

Steigerverband gegen Hildes und Zechenverband.

Der Steigerverband, der durch die gegen ihn vom Zechenverband inszenierte Hege schmer geschädigt worden ist, hat seine Schadenersuchansprüche an den Redakteur Schöred vom „Allgem. Beobachter“ in Essen abgelehnt, der nun Klage erhebt. Die Klage richtet sich gegen den Hildes, den Zechenverband und die beiden Polizeibeamten Gönch und Simons. Als Höhe des Schadens für das erste Jahr ist die Differenz zwischen der Durchschnittseinnahme der letzten fünf Quartale vor den Maßregelungen und der Einnahme in den folgenden drei Quartalen angegeben. Es ist dies eine Summe von circa 6000 M.

Die Pariser Konsumvereine gegen die Verteuerungspolitik.

Nachdem die Regierung und die Kammern sich geweiher haben, der Verteuerung durch Ermäßigung oder zeitweilige Ruhezustellung der Getreidezölle abzuwehren, hat der Pariser Bezirksverband der Konsumvereine die Einleitung einer energischen Gegenbewegung der Konsumenten beschlossen. Eine große Versammlung mit Nebnern der sozialistischen Partei und des Gewerkschaftsbundes wird stattfinden, und die Konsumvereine im Lande werden zu gleichen Vorgehen aufgefordert. In der Pariser Gegend wird folgender Aufruf in 5000 Exemplaren angeschlagen:

In die Hausfrauen! Brot ist heilig! Doch dem Schicksal, das den Arbeiter dem Grundbesitzer opfert, wird das Mehl in unserem Lande fehlen, während das Ausland über riesige Getreidemengen verfügt, die ein Boll von 7 Frank auf den Doppelzentner an der Grenze aufhält. Der Wein steigt überhoch im Preise; eine Folge der von unseren Regierenden geschützten Agrarpolitik, die den Händlern und Großverbraucherbesitzern gestattet, die Vorräte auszustapeln. Der Kaffee steigt unaußersächlich infolge der „Valorisation“ genannten Spekulation. Die Regierung läßt als Schlichterin des Kleinhandels die Verteuerung des Lebensunterhalts zu, indem sie die Steuern auf die Filialgeschäfte erhöht, womit die Arbeiterkonsumvereine getroffen werden.

Stelt und gegen diesen ungeheuerlichen Stand der Dinge protestieren! Das Brot ist in den Stadtteilen, in denen es mächtige Genossenschaften gibt, billiger, als in den anderen Stadtteilen. Schlicht euch euren Konsumverein an!

Gewerkschaftliches.

Die Hintzergardisten.

In dem vor einigen Tagen veröffentlichten lehrreichen Jahresbericht des Bergbauinspektors im Herzogtum Sachsen-Altenburg über den Braunkohlenbergbau findet sich bei Besprechung des Ausstandes der Bergarbeiter im Meuselwitzer Revier folgendes Urteil über die von den Unternehmern so sehr verhassten Streikbrecher:

„Die Arbeitswilligen, besonders diejenigen, welche man durch Vermittelung von Agenten herangezogen hatte, erwiesen sich in der Mehrzahl als minderwertige, rohe und disziplinslose Burken, sodass die Grubenverwaltungen selbst bemüht waren, sie möglichst bald wieder abzuschieben.“

Und wegen dieser also gebrandmarkten Burken haben die Gerichte gegen 100 anständige Arbeiter, die sich gegen ihre Einfuhr wehrten, ins Gefängnis geschickt.

Berlin und Umgegend.

Neue Maßregelungen bei der Pakettfahrt.

Die Berliner Pakettfahrtgesellschaft hat offenbar den Entschluß gefaßt, den Deutschen Transportarbeiterverband in ihrem Betriebe mit Stumpf und Stiel auszurotten. Der Direktor Wolfsohn hat, wie uns berichtet wird, bei den Verhandlungen am Sonnabend die schönsten Worte gesagt:

„Am Montag fährt jeder Mann seinen Wagen weiter. Was gegeben ist, wird nicht gerechnet; es soll alles vergessen und vergessen sein.“

Selbstverständlich erwarteten nun auch die Vertrauensleute, welche bis zur Beendigung der Verhandlungen zur Disposition gestellt worden waren, daß sie wieder fahren dürften. Aber den guten Worten folgten keine guten Taten. Am Montag wurde eine Menge von Leuten entlassen und unter ihnen auch die Vertrauensleute, die der Direktor seinerzeit mit der ausdrücklichen Versicherung zur Disposition gestellt hatte, daß ihnen wirtschaftlicher Schaden nicht erwachsen sollte. Ja, wenn sie aus der Organisation ausgetreten wären, der Direktor ihre Verbandsbücher ausgeliefert und sich obendrein in allerlei ruhig gefügt hätten, da wären sie wohl in Gnaden weiterbeschäftigt worden.

„Sie bekommen Ihren Wagen wieder, wenn Sie aus dem Verband austreten. — Wenn Sie ein ehelicher Kerl sind, geben Sie Ihr Verbandsbuch her.“ Solche Redensarten brauchte der Direktor, wie uns mitgeteilt wird, und als der also Angeredete nicht darauf einging, war seine Entlassung fertig. Außerdem, die 100 M., Schaffner, die 400 M. Kautionsgeld haben, wurden Sonnabend mit Ausräumen der Düngergrube beschäftigt, obwohl doch andere Arbeiter dazu da sind, und Montag wurde ihnen Auftrag erteilt, Butterfässer zu sortieren — trotz des feierlichen Versprechens, daß jeder Mann seinen Wagen weiterfahren sollte. Sie lehnten es ab, wurden zum Direktor beschieden und sofort entlassen, wegen „Arbeitsverweigerung“, ohne Innehaltung der vertraglich festgelegten dreitägigen Kündigung. Ein Schaffner, den der Direktor durch allerlei Redewendungen zum Austritt aus dem Verband zu nötigen suchte, sagte ihm frei heraus ins Gesicht: „Ich bin mit Leib und Seele beim Verband und kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren auszutreten, und werde auch nicht austreten.“ Der Mann wurde entlassen, erhielt aber seinen Lohn für die dreitägige Kündigungsfrist. Nun gibt die Direktion — offenbar um die übrigen Angestellten in Angst und Schrecken vor der Hungerpeitsche zu versetzen — die Entlassungen mit den Namen der Entlassenen am schwarzen Brett bekannt. Da steht z. B. zu lesen:

Der Kutscher . . . (folgt der Name) ist aus dem Dienst der Gesellschaft entlassen, weil er sich weigert, die ihm übertragenen Arbeit auszuführen.“

Und unter anderen ist da auch eine Entlassung, die so lautet:

Der Schaffner . . . ist aus dem Dienst der Gesellschaft entlassen, weil er sich mit seinem Gewissen nicht in Widerstand setzen wollte.“ (!)

Das ist ja kein übles Zeugnis für den Mann, der wegen seiner Gewissenhaftigkeit aus dem Dienst gejagt wurde; aber auf die Direktion wirkt das ein recht schlechtes Licht, und es wäre ihr eigentlich zu gönnen, wenn sie statt der vielen rechtschaffenen Leute, die sie entläßt, Subjekte kriegte, die sie wegen allzu großen Mangels an Gewissenhaftigkeit entlassen oder dem Staatsanwalt übergeben müßte.

Dann wird am schwarzen Brett auch vermeldet, daß ein Kutscher entlassen wurde, weil er seinen Wagen im Stiche gelassen hat. Hier war die Sache die, daß der Kutscher, nachdem er seinen Wagen bis aufs höchste vollgepackt hatte und sein Begleiter ins Kontor hinausgegangen war, um die Begleitcheine zu holen, auf einen kurzen Augenblick in die im selben Gebäude befindliche Wirtschaft gegangen war, um nach der schweren Arbeit des Aufstehens das übliche Glas Bier zu trinken. Das ist allgemein zugelassen und kein Mensch hat bisher einem Kutscher daraus auch nur den leisesten Vorwurf gemacht. Aber in diesem Falle handelte es sich um einen Mann, der der auf Wunsch der Direktion gewählten Kommission angehört hatte, und da war derselben Direktion das sonst Zulässige ein „guter Grund“ zur Entlassung.

Im übrigen sucht die Direktion dann auch die Leute aus der Organisation herauszutreiben oder sie vom Beitritt abzuhalten durch Redensarten wie die, es seien Leute trübsinnigen Auges zu ihr gekommen und hätten ihr ihre Verbandsbücher gebracht, mit der reumütigen Bitte, doch bloß im Dienst bleiben zu dürfen. Keiner von den Angestellten hat bis jetzt solche weinerlichen Kerle kennen gelernt; aber es ist ein Schwergewicht geworden, das man sich gegenwärtig zurnt: „Na, Du weinst wohl schon wieder.“ Jetzt ist nun ein Mann entlassen worden, einzig und allein deswegen, weil er dieses Schwergewicht einem U n o r g a n i s i e r t e n zugeworfen hatte, der es offenbar brüderlich der Direktion übermittelte. Der in diesem Falle Entlassene ist allerdings auch Mitglied der Kommission gewesen.

Der Lokalverein der Berliner Spediteure und sämtliche Speditionsgeschäfte Berlins haben mit dem Deutschen Transportarbeiterverband einen Tarifvertrag abgeschlossen, und so für sich und ihre Angestellten und Arbeiter friedliche und erträgliche Verhältnisse geschaffen. Nur die Berliner Pakettfahrtgesellschaft weigert sich, die Organisation anzuerkennen, verfolgt sie in einer Weise, die den guten Sitten wie den Gesetzen Hohn spricht, und doch hätte gerade auch diese Gesellschaft, wenn ihr das alles nichts gilt, noch ganz besonderen Grund, ein besseres Verhältnis zu schaffen, und das ist der, daß ein gut Teil ihrer Kundenschaft sich doch schließlich bedanken wird, mit einer solchen Firma die Geschäftsverbindung aufrechtzuerhalten.

Der Abschluß der Lohnbewegung im Stukkateurgewerbe.

In einer zahlreich besuchten Versammlung der Sektion der Stukkateure, die am Donnerstagnabend des großen Saal von Bille bis auf den letzten Stehplatz füllte, beschäftigte man sich mit dem Ergebnis der Lohnbewegung. Als Referent schilderte Wengels, unter welchen Umständen und Verhältnissen die Lohnbewegung geführt und endlich nach nemwändigem Kampf zum Abschluß gebracht wurde. Der Redner kam zu dem Schluß, daß in Anbetracht des Umstandes, daß die Unternehmer prinzipiell keine Arbeitszeitverkürzung zugelassen wollten, daß sie das Kartell der Arbeitgeberverbände Groß-Berlins hinter sich hatten, der zum 1. Oktober 1913 erreichte Achtstundentag eine Errungenschaft ist, mit der man sich zufriedengeben konnte. Dazu kommt, daß in den Akkordtarif Positionen hineingebracht wurden, die bisher fehlten und auf die die Stukkateure großen Wert legten.

In der sehr regen Diskussion äußerten einige Redner die Meinung, daß das Erreichte allzu wenig und des langen Kampfes wertlos sei, jedoch trat andererseits auch die Ueberzeugung hervor, daß es sich bei der Verkürzung der Arbeitszeit um eine sehr wertvolle Errungenschaft handle. Im übrigen erinnerte der Referent in seinem Schlußwort daran, daß die Arbeitgeber seinerzeit davon redeten, die Arbeiter würden mit dieser ihrer Forderung „auf Granit stehen“. Jedenfalls hätten die Stukkateure in ihrem Kampf kräftig die Fäuste gebraucht, um diesen Granit durchzubringen. Aber darüber hinaus sei es auch für die gesamte Arbeiterschaft des Bauergewerbes von großer Bedeutung, daß die Unternehmer im Stillen über ihr Prinzip im Stiche lassen und den Achtstundentag bewilligen mußten.

laum wert gewesen sei, jedoch trat andererseits auch die Ueberzeugung hervor, daß es sich bei der Verkürzung der Arbeitszeit um eine sehr wertvolle Errungenschaft handle. Im übrigen erinnerte der Referent in seinem Schlußwort daran, daß die Arbeitgeber seinerzeit davon redeten, die Arbeiter würden mit dieser ihrer Forderung „auf Granit stehen“. Jedenfalls hätten die Stukkateure in ihrem Kampf kräftig die Fäuste gebraucht, um diesen Granit durchzubringen. Aber darüber hinaus sei es auch für die gesamte Arbeiterschaft des Bauergewerbes von großer Bedeutung, daß die Unternehmer im Stillen über ihr Prinzip im Stiche lassen und den Achtstundentag bewilligen mußten.

An die Arbeiterschaft Berlins und der Vororte!

Durch Verfügung des Polizeipräsidenten vom 10. Juni 1913 ist den Inhabern der Abzahlungs-, Nähmaschinen- und Automaten-Geschäfte verboten worden, an den Sonntagen kassieren zu lassen. Freigegeben sind nur die nach dem Berliner Gesetz festgesetzten Stunden, im Sommer von 8-10 Uhr, im Winter von 12-2 Uhr.

Eine ganze Reihe Firmen obengenannter Branchen haben ihren Einkassierern gar nichts von dem ergangenen Verbot mitgeteilt.

Seitens der Organisation wird in kürzester Zeit eine Ueberwachungskommission den Kontrolldienst übernehmen und jeden Arbeitgeber, welcher die gesetzlichen Bestimmungen mißachtet, unmissverständlich zur Anzeige bringen.

Auch seitens der Einkassierer gehen uns Beschwerden derart zu, daß gerade „organisierte“ Arbeiter am Sonntag kassiert sein wollen.

Weiter wird Beschwerde darüber geführt, daß „organisierte“ Arbeiter als Sonnabendnachmittag- resp. Sonntagvormittag-Kassierer fungieren, welche die festgestellten Einkassierer „auf das schwerste“ schädigen. Diese Klagen müssen verstimmen. Frauen und Kinder, in diesen Fällen die ganze Verwandtschaft eines Kassierers, wird mit zur Arbeit herangezogen. Diese Zustände sind unhaltbar und müssen auf das entschiedenste bekämpft werden.

Wir ersuchen das auf Teilzahlung laufende Publikum, insbesondere aber die organisierte Arbeiterschaft, und in dieser Bewegung zu unterstützen und die Abzahlungen nur an Wochentagen zu leisten.

Vom „Deutschen Transportarbeiterverband“, der zuständigen Organisation aller Einkassierer, ist zwecks Ausübung einer genauen Kontrolle über die Organisationszugehörigkeit eine grau-grüne Kontrollkarte herausgegeben, welche monatlich getempelt sein muß.

Wir ersuchen um genaue Prüfung derselben und bitten, alle Täuschungsversuche energig zu zurückweisen und unserem Bureau, Engelstr. 15, Zimmer 33, davon Mitteilung zu machen.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Brande der Einkassierer und Kassenboten.

Fleischerboykott Neulöbn!

Wir machen die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen darauf aufmerksam, daß in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ die Liste der Fleischermeister veröffentlicht ist, welche bewilligt haben, und ersuchen, besonders die Frauen darauf aufmerksam zu machen.

Dank der eifrigen Unterstützung der Arbeiterfrauen ist es gelungen, den Tarifvertrag mit nicht weniger als 111 Fleischermeistern abzuschließen; alle Vollzeitleute hat also den Herden wenig geholfen. Wenn die Frauen die Fleischergehilfen in Zukunft weiter so tatkräftig unterstützen, werden auch die übrigen Fleischermeister bald bewilligen müssen.

Zentralverband der Fleischer,
Eisbahnstr. 11.

Deutsches Reich.

Zum Kampf der Metallarbeiter in Hannover.

Nachdem die Metallarbeiterorganisationen das von den Unternehmern gemachte Angebot abgelehnt haben, ist das Einigungs-Komitee erneut zusammengesetzt. Die Beratungen haben zunächst einen rein informativ Charakter. Die Unternehmer haben sich noch nicht erklärt, wie sie sich zu dem Festhalten der Arbeiter an der Erhaltung der Arbeitszeit stellen. Die Verhandlungen sollen indes nicht abgebrochen werden. In den nächsten Tagen soll weiterhin versucht werden, eine Einigung herbeizuführen.

Streik auf dem Eisenhüttenwerk Thale.

Am Montag haben, wie wir schon telegraphisch berichteten, im Eisenhüttenwerk zu Thale a. S. 400 Holzwerkarbeiter die Arbeit niedergelegt. Anfang April reichten sie Forderungen ein, deren wesentlichste 10 Proz. Lohnhöhung, 14tägige Lohnzahlung, Rückzahlung der Pensionsbeiträge bei Aufgabe der Beschäftigung, bessere Behandlung usw. waren. Obwohl die meisten Arbeiter heute noch die gleichen Löhne bekommen wie vor 20 Jahren, liegen die Unternehmer die Eingaben der Organisation unbeantwortet. Schließlich eingeleitete Verhandlungen blieben ohne Resultat, da die Firma nicht das geringste Zugeständnis machte. Durch Androhung der Aussperrung der übrigen Arbeiter suchte die Betriebsleitung den Streik zu verhindern, obwohl es ihr ein Leichtes gewesen wäre, bei den hohen Ueberschüssen, die das Werk abwirft, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. Nun ist der Streik im Gange. Arbeitswillige sind nur wenige vorhanden, so daß der Betrieb des Holzwerks fast völlig ruht. Die Aussperrung der übrigen Arbeiter hat die Betriebsleitung bisher nicht vorgenommen, nur einige auf dem Werk beschäftigte Bauarbeiter einer anderen Firma wurden entlassen, weil sie die Streikenden zum Streik aufgewiegelt haben sollen.

Angebl. auf Verlangen und auf Kosten des Hüttenwerks ist in Thale ein großes Gendarmereiaufgebot zusammengeschoben worden. Die Werksingänge sind mit Doppelposten besetzt, die Zugänge zu den beiden Bahnhöfen sind für die Arbeiter gesperrt. Vor dem Werk hat man die Hydranten der Wasserleitung betriebsfertig gemacht und die Schläuche angeschraubt, um einen etwaigen Sturm auf das Werk mit der Wasserpeitsche abzuwehren.

Die Aussichten der Streikenden sind sehr düster, worin ein Versuch der Leitung der katholischen Arbeiter, den Unternehmern zu Hilfe zu kommen, auch nichts ändern wird.

Vom Hamburger Hafen.

Auch die Lohnbewegung der Seeleute ist nunmehr zum Abschluß gelangt. Die aufgestellten Forderungen waren, da insolge „freiwilliger“ Steuererhöhung durch die Reedereien eine darauf bezügliche Forderung nicht erhoben war, recht bescheidene. In einem wichtigen Punkte — bessere Bezahlung der Ueberstunden — ist man nun den Wünschen der Arbeiter erheblich entgegengekommen. Die Erhöhung, die für die transatlantische Fahrt eintritt und hoffentlich auch auf Nord-, Ostsee- und Mittelmeerfahrt ausgedehnt wird, bedeutet eine monatliche Steuererhöhung bis zu 10 M. Weniger weit ist man hinsichtlich des Beförderungswesens und der Beschwerdekommision über das Steuerwesen entgegengekommen, doch hat man auch hier Konzessionen gemacht. So wird vorwiegend den Organisationsvertretern die Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder vor der genannten Kommission freigelegt werden. Auch hinsichtlich der Kost sind Verbesserungen in Aussicht gestellt worden, die unter Umständen vorteilhaft wirken können. Das größte Gewicht legen die Seeleute, die den Abmachungen bereits zugestimmt haben, aber auf den in der Anerkennung der Organisation, die bisher hartnäckig verweigert wurde, liegenden moralischen Erfolg. — Nachdem nunmehr in allen gewerkschaftlichen Organisationen in allen Teilen zum guten Ende gebracht ist, werden wir demnächst das Ergebnis und die Bedeutung des Abkommens einer Besprechung unterziehen.

Norland.

Ein Sympathiestreik der französischen Dockarbeiter.

In den französischen Häfen droht nunmehr auch, nachdem die Reeder den Regierungsvorschlag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts abgelehnt haben, ein allgemeiner Sympathiestreik der Dockarbeiter auszubrechen. Am Donnerstagnabend 10 Uhr fand in Paris eine Versammlung der Dockarbeiter statt, in der über die Proklamation des Streiks Beschlüsse gefaßt werden sollte. Bis um 3 1/2 Uhr morgens war die Versammlung noch nicht beendet, auch wird über ihren Verlauf strengst stillschweigen bewahrt. Man sagte in der 5. Etage eines Hauses, um völliges Geheimnis wahren zu können. Nicht alle Delegierten der Dockarbeiter konnten rechtzeitig an der Versammlung teilnehmen, weil sie verspätet eintrafen.

In Le Havre fand gleichfalls eine Versammlung der Dockarbeiter im Volkshaus statt. 2500 Dockarbeiter beschloßen, bei dem ersten vom Verband eintruffenden Signal sofort die Arbeit niederzulegen und sich mit den Seeleuten solidarisch zu erklären. Die Seeleute ihrerseits hielten gleichfalls eine Versammlung ab, in der sie den Dockarbeitern für ihre Beschlüsse dankten und versprachen, gegebenenfalls mit den Dockarbeitern zu sympathisieren. Der Führer der Streikenden, Deille, erklärte, daß die nötigen Geldmittel zur Verfügung ständen.

Als bekannt wurde, daß die Reeder sich geweigert hätten, ein von der Regierung vorgeschlagenes Schiedsgericht anzuerkennen, bemächtigte sich der Bevölkerung eine lebhafte Erregung. Man nimmt an, daß der Streik daher noch lange andauern werde. Das Syndikat der Seeleute wurde gestern nachmittag offiziell davon benachrichtigt, daß die Reeder das Schiedsgericht ablehnten. Seitens der Syndikatsleitung ist daher der hiesige Streikführer Deille dringend nach Paris berufen worden.

Paris, 28. Juni. (B. L. B.) Die eingeschriebenen Seeleute der Messageries maritimes haben beschlossen, auf den Vorschlag der Einsetzung eines Schiedsgerichts zu antworten, sie würden dieses Schiedsgericht annehmen, aber mit der Wiederaufnahme der Arbeit warten, bis sie den Schiedsspruch erfahren hätten.

Letzte Nachrichten.

„Der schlichte Mann aus der Werkstat“ in den Orkus.

Hagenow, 28. Juni. (B. L. B.) Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Hagenow-Grevesmühlen wurden bis 12 Uhr abends für Pauli (kons.) 6426, für Sidlovich (lib.) 8906 Stimmen gezählt. Es stehen noch etwa 20 Ortschaften aus.

Vertagung der reichsländischen Kammern.

Stralsburg, 28. Juni. (B. L. B.) Die beiden Kammern wurden heute mit Zustimmung des Landtags bis zum 14. Januar des nächsten Jahres vertagt.

Das marokkanische Protektorat in der französischen Kammer.

Paris, 28. Juni. (B. L. B.) In der Nachmittags-Sitzung wurde die Beratung über den Vertrag betreffend das Protektorat über Marokko fortgesetzt. Reichstatterer erklärte, Frankreich habe seine Rechte nicht nur auf Grund der internationalen Vereinbarungen, sondern auch der gedachten Opfer für so bedeutend, daß sie uneräußerlich seien. Die Zustimmung zu dem Vertrag sei nur die formale Weihe des tatsächlichen Zustandes. Im weiteren Verlauf der Sitzung gedachte Long der tragischen Ereignisse in Fez und all der Opfer auf französischer Seite; er sagte, Frankreich werde in Marokko eine hochherzige Politik der Zivilisation verfolgen. (Beifall.) Jaurès verlangte Zurückziehung des Protektoratsvertrages, um über ein neues Abkommen zu verhandeln, das die Empfindlichkeit des Sultans weniger bedroht. Jaurès schloß, es würde gefährlich sein, eine größere Truppenzahl in Marokko ständig zu halten. Frankreich solle dies Volk respektieren und ihm nicht ein solches Protektorat auferlegen. (Beifall bei der äußersten Linken.)

Nach einer weiteren ausführlichen Rede sagte Jaurès in seiner Kritik der französischen Marokkopolitik unter anderem: Die Revolte von Fez sei durch das ganze Regime vorbereitet worden. Man habe den Sultan aus Hungern wollen, um ihn vollständig in die Hände zu bekommen. In welsch grausamer Weise sei der Aufstand der Marokkaner unterdrückt worden, die ja doch nur ihren Boden und ihre Unabhängigkeit verteidigten. Der Nationalist Briand rief daswischen: „Unser barbarisch niedergemetelten Offiziere vergessen Sie. Sie sind mehr Marokkaner als Franzosen!“ Jaurès erklärte sodann, daß ihn die Ergebnisse des Generals Gouraud mit schweren Bedenken erfüllte und kritisierte den Bericht eines französischen Zeitungs-korrespondenten, wonach General Gouraud die Duars und die Grenzfelder der Eingeborenen niederbrennen lasse, um die Aufständischen zur Unterwerfung zu zwingen. Wir haben die Wahl zwischen einer Politik, durch welche die Freiheit der Marokkaner, eines Volkes von sechs Millionen tapferer Menschen, beschützt werden kann, und einer Politik der Gewalttätigkeit und der brutalen Eroberung.

Nord.

Mos, 28. Juni. (B. L. B.) Die Verkäuferin Stein wurde heute blutüberströmt auf der Landstraße bei Arnabille aufgefunden. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß das Mädchen drei Weiserische in der Kehle hatte, die ihren sofortigen Tod herbeiführten. Der Täter ist der 45-jährige Onkel der Ermordeten, Paul Stein aus Vorfigwalde bei Berlin. Er ist schuldig.

Hiabsbotschaften aus der Aviatik.

Reims, 28. Juni. (B. L. B.) Der Schiffsleutnant du Terze, der heute mittig auf dem hiesigen Flugfelde zu einem Probeflug aufgestiegen war, stürzte, nachdem er einige Kunden zurückgelassen hatte, auf beträchtlicher Höhe ab. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert. Leutnant du Terze wurde bewußtlos in das Krankenhaus gebracht, wo schwere innere Verletzungen und ein Bruch des linken Beines festgestellt wurden.

Madrid, 28. Juni. (B. L. B.) Der Militärflieger Hauptmann Bano stürzte heute auf dem hiesigen Flugfelde beim Ausprobieren einer Maschine aus 25 Meter Höhe ab und erlitt einen Bruch beider Beine, sowie innere Verletzungen. Sein Zustand gilt als hoffnungslos. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert.

Jugentleistung in Frankreich.

Neun, 28. Juni. (B. L. B.) Der Schnellzug von Ventimiglia, der 11.35 Uhr vormittags in Paris ankommen soll, ist um 10 1/2 Uhr kurz vor dem Bahnhof von Neun eingeleist. Die Lokomotive, der Tender und die drei ersten Wagen des Schnellzuges sind aus den Schienen gesprungen und wurden vollständig zertrümmert. Glücklicherweise befanden sich in den zerstörten Wagen nur wenig Personen. Sechs Reisende haben leichte, zwei schwerere Verwundungen davongetragen. Der Sachschaden ist bedeutend.

Die Berliner Gewerkschaftskommission

hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine Sitzung ab, um den Bericht der Sekretäre entgegenzunehmen und die Neuwahlen des Ausschusses und der Revisoren zu vollziehen.

Rollen- und Geschäftsbericht

erläuterte Genosse Körten. Wie er betonte, hatte die Gewerkschaftskommission am Jahresabschluss weder Außenstände noch Schulden. Die Agitation für die Abwehr der Reichsversicherungsordnung habe bedeutende Kosten verursacht. Die Delegationskosten entstanden durch Entsendung von Delegierten zum Gewerkschaftskongress zu einer Konferenz der Schiedsgerichtsbeisitzer und zu dem Gegenbesuch der französischen Genossen in Paris.

Ueberblick über die agitatorische Tätigkeit.

Mit den numerischen Erfolgen könne man zufrieden sein. Die Zunahme der gewerblichen Arbeiter betrug 4,9 Proz., die Mitgliederzahlen der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Gewerkschaften ist aber von 265 089 auf 266 795 gestiegen, d. h. um 31 706 oder 11,9 Proz. Bei den weiblichen Mitgliedern ist der Prozentfuß etwas höher als der Durchschnitt, bei den Jugendlichen noch mehr.

Kleines Feuilleton.

Wie sich

ein Romanschreiber das Sozialistentöten denkt.

In einem illustrierten Hausfrauenblatt des „Waffenheims“ „Rollenpost“-Verlages läuft zurzeit ein sogenannter Militärroman von Richard Slowronnel. Herr Slowronnel ist ein in der „Schönheit“ und „Waffenpracht“ wohl affektierter Autor. Herr Slowronnel hat mit der Weibmannslust aber auch die Schwärmerie für prallstehende Offiziersuniformen, oder sagen wir einmal für das moderne Landsknechtstümmlerchen vorwärtiger Couleur gewissermaßen mit der Muttermilch eingesogen.

Der Herr Hauptmann: „Mein Verehrtester, wir reden aneinander vorbei und verstehen uns nicht. Und, vergehen Sie, wenn ich, als der nur wenig Ältere — die paar Jahre Krifa haben mir über eine ganze Portion von Vordermännern hinweggeschwemmt — mich hier sozusagen als Schulmeister frische. Der Herr Oberleutnant ist also der Ansicht, daß wir in einer Zeit leben, die mehr erfordert als den altpreussischen Drill: Ein Verben der Vorgesetzten um die Herzen ihrer Untergebenen! ... Und er hat recht, denn was wir heute unter die Fahne kriegen, sind zur guten Hälfte Sozialdemokraten. Die sogenannten bürgerlichen Parteien haben keine Zeit, sich um die zukünftigen Vaterlandsverteidiger zu kümmern, so in dem kritischen Alter zwischen 14 und 20! Also, ich kriegen im Spätherbst etwa fünfzig Jünglinge vorgestellt, aus denen ich Soldaten machen soll. Aus ihren Leistungen und von ihren älteren Arbeitsgenossen haben sie alles Mögliche gelernt, nur keinen Respekt vor der Obrigkeit. Ueber die Dinge dieser und jener Welt wissen sie besser Bescheid als der liebe Gott selber, den Dienst unter der Waffe aber sehen sie als einen Zwang an, der nur unter stetem Zähneknirschen zu ertragen wäre. Schlagworte wie Menschenschinderei, Mutenregiment und Moloch des Militarismus sind nur so Mittelwörter!

glieder mit einem Jahresumsatz von über 10 Millionen Mark. Es hat große Mühe gefordert, das Vorurteil gegen das Genossenschaftswesen in Berlin zu beseitigen. Derjenige Teil, dem diese Hilfeleistung zuteil geworden sei, scheine das jedoch vergessen zu haben. Nebenfalls hat sich dieser Teil nicht veranlaßt gesehen, auch der Propagandakommission eine Einladung zum Genossenschaftstag zuzuschicken. Um der Mühe willen, die sich die Propagandakommission zwecks Förderung des Genossenschaftswesens gegeben hat, hätte sie eingeladen werden müssen; das verlange ein einfaches Takt- und Anstandsgefühl. Die Anwesenheit von Gewerkschaftlern wäre um so notwendiger gewesen, als auf dem Genossenschaftstage Ausführungen gemacht wurden, die mit den heutigen Verhältnissen nicht mehr zu vereinbaren sind. Die Rede des Genossen Stürmer z. B. habe Anschauungen offenbart, die besonders von gewerkschaftlicher Seite bekämpft werden müssen. Andererseits müßten sich die Gewerkschaftler auch mehr positiv mit den Genossenschaften beschäftigen und nicht nur Waren entnehmen, sondern sich auch um das innere Getriebe kümmern, indem sie Stellung in den Generalversammlungen nehmen und Vorschläge zum Vorstand machen. Es stehen jetzt Personen an der Spitze, welche den notwendigen innigen Kontakt mit den Gewerkschaften vermissen lassen. Die neue Organisation der Diensthöfen und Hausangestellten hat einen erstrebenswerten Aufschwung noch nicht genommen, doch ist es gelungen, auf dem Gebiete der Nachsprechung verschiedene Verbesserungen zu erzielen, so z. B., daß die Weihnachtsgeschenke nicht zurückverlangt werden können, wenn ein Mädchen im Laufe des Jahres den Dienst aufgibt usw. Eine große Mühe hat das Sekretariat mit den Klagen solcher Leute aus der Provinz gehabt, welche sich von Reisenden, die einzelne Berliner Firmen über ganz Deutschland entsenden, allerlei überflüssige Dinge andrehen ließen. Das Sekretariat hat dann immer das zweifelhafte Vergnügen, derartige Klagen vor den Gerichten zu vertreten. Die Arbeiterrechtsbeilage, welche jetzt dem „Correspondenzblatt“ beigegeben wird, gelangt auch an die Beisitzer des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, des Gewerbegerichts und des Innungs- und Handwerksgerichts zum Versand. Es wird erwartet, daß diese auch den gehörigen Nutzen daraus ziehen.

Den Sekretariatsbericht

erstattete Genosse Linf. Die Tätigkeit des Sekretariats erfuhr im Berichtsjahre wieder eine Steigerung. Die Zahl der Auskunftsfindenden stieg von 23 780 auf 24 810 Personen, die Zahl der angefertigten Schriftsätze um 700. Die vom Sekretariat entfaltete Tätigkeit kommt fast ausschließlich den organisierten Arbeitern zugute, denn nicht weniger als 23 004 Auskunftsfindende = 96,71 Proz. waren organisiert. Der Durchschnittsbesuch betrug monatlich 2001 Personen, die höchste Besuchsziffer war im Dezember mit 2161, die niedrigste im September mit 2027. Vielen Rat und Hilfe Suchenden mußte leider eine Enttäuschung bereitet werden. Es herrscht noch bei einem großen Teil der Unfallverletzten die irrtümliche Ansicht, daß ihnen eine Rente, die sie beziehen, nicht wieder genommen werden kann. Gesehen wird dies doch, dann denken sie durch die Vertretung des Sekretariats das Verlorene wieder retten zu können. In allen Fällen kann das Sekretariat aber nicht die Vertretung übernehmen, besonders nicht, wenn diese von vornherein gänzlich aussichtslos sind. Dann gehen die Betroffenen häufig zu Winkelfunkulanten und schimpfen auf die Gewerkschaft. Erreichen können sie aber doch weiter nichts, als daß sie dem Winkelfunkulenten noch ihre letzten Groschen opfern.

Ein wesentliche Diskussion über diese Berichte fand nicht statt. In den Ausschuh wurden gewählt: Wich (Baugewerbe), Kunze (Bekleidungsindustrie), Schulze (Leiderindustrie), Baumgarten (Staphisgewerbe), Schuldt (Lebens- und Genussmittelindustrie), Lihes (Handelsgewerbe), Dandke (Metallindustrie), Raab (Holzgewerbe) und Bruns (verschiedene Gewerbe).

Zu Revisoren wurden Leopold, Quasnik und Urban gewählt.

Unentschuldig fehlten die Vertreter der Blumenarbeiter, Kupferschmiede, Musiker, Zigarrensortierer, Zilographen und Schiffschlösser, sowie die Vertreter der Unterkommissionen Spandau, Wilmersdorf, Regell, Tempelhof und Hennigsdorf a. S.

Stunden Wästel schmeißen oder Metall drehen ist viel langweiliger! So rede ich noch eine ganze Weile fort, schmiere den Jungens Schlagfahne um die Waden, und mit einem Male brülle ich: „Stillgestanden!“, daß die Bäume auf unserem alten Gezierplatz wackeln. Die Jünglinge aber kriegen einen Mordschreck, und ich komme zu den ernstern Tönen. Vaterland, Pflicht zur Verteidigung des eigenen Herdes, wenn der Feind mit frecher Faust über die Grenze greift, und ein Hundsbott, wer da nicht beim ersten Tambourschlag zur schwarzen Fahne rennt. In diesen Gesinnungen möchte ich Euch erziehen, meine lieben Jungen, so schließe ich, und wer mir willig folgt, soll mein Freund sein und ich der seinige. Zu jeder Zeit will ich für ihn zu sprechen sein, wenn er irgendeine Beschwerde hat, und hier meine Leutnants und Oberjäger sind ebenso gefonnen wie ich, sind meine treuen Helfer, daß bei allem strammen Dienst in der Kompagnie niemandem Ueberlast oder Unrecht geschieht!

„Na, und nach dieser allgemeinen Standpauke am ersten Tag kommt die Detailbehandlung. Bei jeder passenden Gelegenheit greife ich mir ein paar von den Jünglingen nacheinander heraus, gebe mit ihnen auf und ab und fange sie mir ein. Durch einige Teilnahme an ihrem bisherigen Ergehen, ein paar Fragen nach Eltern, Geschwistern, Ausfahrten in ihrem Beruf usw. ... jedesmal, wenn der so Behandelte wieder in Reich und Glied zurücktritt, habe ich einen neuen Freund gewonnen. Das ist vielleicht ein wenig zeitraubend, aber der Erfolg entschädigt. Wissen Sie z. B., was der Jäger Stengel, den ich vorhin mit federmäßigem Auftreten beim nächsten Sonntagspöbel bestrafte, in seinem Zivilberuf ist?“ Oberleutnant von Bahlenberg: „Ja hatte noch keine Gelegenheit, mich danach zu erkundigen, Herr Hauptmann.“

„Machinschlosser in Hamburg und trotz seiner jungen Jahren schon Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei! Ich gebe mich ja nun nicht der Hoffnung hin, daß er nach seiner Entlassung konfessionell wählen wird — offen gestanden, ist mir's auch höchst schamlos — aber wenn man in seiner Gegenwart auf Militär schimpft, wird er sagen: „Daltet das Maul, das versteht Ihr nicht! Ich hab' meine zwei Jahre bei den Spordischen Jägern abgedient, und ich sage Euch, das war ein Vergnügen!“ ne Arme müssen wir haben zum Schutze unseres Vaterlandes, und wer da quatscht, das bischen Soldatenspielen war in sechs Wochen zu lernen und so, hat von militärischen Fragen überhaupt keine Ahnung!“ Und dann kriegt er leuchtende Augen, fängt von seiner Dienstzeit zu schwärmen an, von seiner dritten Kompagnie und seiner Korporalschaft — lauter Kerle wie die Löwen waren das, die so nen Bindbeutel von Franzosen zum Frühstück verzehrt hätten! ... Ich aber hör' mir das an — im Geiste natürlich — und sage, ungeheuer selbstzufrieden: kleiner Madenhäuter, das hast Du wieder mal gut gemacht! Wieder mal einen Jungen in die Welt entlassen, der auf seine Dienstzeit nicht schimpft, sondern dem sie eine Quelle freudiger Erinnerungen ist! Das aber ist die Hauptsache, und darauf allein kommt es an. Wenn das Vaterland ruft, wird der Schlosser Stengel, und mit ihm Hunderttausende, die auch einen ordentlichen Kompagniechef hatten, mit Begeisterung zur Fahne eilen und aus inner Ueberzeugung seine Pflicht tun!

„Brav! brav! Herr Hauptmann Madenhäuter. Vardon, Herr Richard Slowronnel! Ihr Universalmittel ist höchlich schmeibig. Sie hätten beinahe das Zeug, preussischer Kriegsmünister zu werden. Bald würden wir uns tot lühen. Das hätten die preussischen „Frischen“ so gern. Aber — uff den Kalmus

6. Generalversammlung des Zentralverbandes der Bildhauer Deutschlands.

München, 27. Juni 1912.

An das Referat Duponts über die Anschlußfrage knüpfte sich eine sehr lebhaft Debatt. Es meldeten sich während der Ausführungen des Referenten nicht weniger als 20 Redner zum Wort. Deshalb wird die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt.

Sofor-München erklärt, daß die Mitgliedschaft München gegen den Anschluß an den D. S. V. sei und den Zentralverein der Bildhauer als selbständige Organisation erhalten wissen wolle. Sollte sich aber doch die Generalversammlung für den Anschluß entscheiden, könne nur der geschlossene Uebertritt in Betracht kommen. Eine Aufteilung im Sinne des Berliner Antrages würde zu einer Zersplitterung führen.

Bohl-Rürnberg weist auf die Erfolge hin, die die Bildhauer von Nürnberg-Fürth durch die gemeinschaftliche Bewegung mit dem D. S. V. erreichten. Er erklärte sich für den Anschluß und ermahnte die Kollegen, sich in der Diskussion von großen Gesichtspunkten leiten zu lassen. Es wäre erwünscht, wenn der Uebertritt möglichst geschlossen erfolgen würde.

Miesbach-Berlin glaubt, daß nur ein Drittel der Mitglieder übertreten dürften. Das sei ungenügend. Darauf müsse Wert gelegt werden, wenn wir unsere wirtschaftliche Macht nicht schwächen wollen. Solange in den Mitgliederkreisen keine Mehrheit für den Anschluß vorhanden ist, dürfe dieser nicht beschlossene werden. Eine alte Organisation, die mit Stolz auf eine 30jährige Vergangenheit zurückblicken kann, kann nicht ohne weiteres mit ein paar Worten ihre Selbständigkeit preisgeben. Die Uebertrittsanhänger werden sich damit befriedigen müssen, daß sie noch eine Zeilang ihre Bestrebungen zurückhalten müssen.

Amreiß (Generalkommission) versteht den von Hildesheim-Berlin u. Gen. während der Generalversammlung gestellten Antrag nicht, der von der Generalkommission die Schaffung einer allgemeinen Arbeiterunion für ganz Deutschland verlangt. Andererseits aber lehnen die Berliner den Anschluß an einen Industriebund ab. Der Antrag auf Schaffung einer Arbeiterunion dürfte auf keinem Gewerkschaftskongress Aussicht auf Annahme haben. Die vom Hamburger Gewerkschaftskongress in der Frage der Grenzstreitigkeiten gefasste Resolution spricht dem Sinne nach aus, daß die Entwicklung der Gewerkschaften zu großen leistungsfähigen Verbänden sich vollzieht. Diese Entwicklung komme naturnotwendig ganz von selbst. Die Generalkommission habe zur Verschmelzungsbisher grundfänglich keine Stellung genommen. Persönlich könne er den Anschluß an den D. S. V. nur empfehlen. Angeht die Machtverhältnisse werden die kleineren Verbände mehr und mehr genötigt, sich zu großen leistungsfähigen Verbänden zusammenzuschließen. Aus dieser Erkenntnis heraus haben eine Reihe von kleineren Organisationen den Anschluß an größere Verbände bereits vollzogen. Eine Reihe besonderer Verhältnisse sprechen für eine Verschmelzung der Bildhauer mit dem Holzarbeiterverband. Der Einwand, daß der D. S. V. die Interessen der Steinbildhauer und Modellseure nicht vertreten könne, sei nicht stichhaltig. Im D. S. V. sind heute schon eine Reihe von Berufen vertreten, die in einem sehr losen Zusammenhang mit der Holzbranche stehen und deren Interessen im Holzarbeiterverband mit Nachdruck vertreten werden. Findet sich eine Mehrheit für den Uebertritt, so müsse dies geschloffen geschlossen. Es müsse darauf gesehen werden, daß die berufliche Geschlossenheit bei der Verschmelzung nicht gestört wird.

Rauen-Dresden und Schröter-Leipzig erklären sich gegen eine Verschmelzung mit dem D. S. V. und für Beibehaltung des Zentralvereins. Der Tarifabschluß in Leipzig beweise, daß die Bildhauerorganisation noch aktionsfähig sei. Den gleichen Standpunkt vertritt Brand-Preßlau, der glaubt, daß die Bildhauer in der Frage der Arbeitszeitverkürzung durch den Anschluß länger fahren werden.

Weller-Berlin (Vorstandsmitglied) erklärt, daß er die Ausführungen Duponts Wort für Wort unterschreibe, selbst auf die Gefahr hin, daß wieder gesagt werde, im Zentralverband sei eine Pauerung vor sich gegangen. Doch befürchte er, daß es nicht so einfach sei, die Organisation im ganzen dem D. S. V. zuzuführen,

pien wir nicht. Und hängen Ihre famose „Gazetten“ lieber ein wenig tiefer, um unseren Lesern einige Augenblicke zwerchfellererschütternder Heiterkeit zu gewähren.

Ein ärztlicher Standalprozess in London. Großes Aufsehen erregte eine Verhandlung, die kürzlich drei Tage lang den höchsten Londoner Gerichtshof beschäftigte. Es handelte sich um eine Klage des Dr. Bell-Hall-Roon-Str., Rayfair alda, gegen den Direktor des Britischen Krebs-Forschungs-Instituts Dr. Ernest Francis Balford sowie gegen die „Britische Medizinische Gesellschaft“ auf Schabenerfah. Dr. Bell will als langjähriger leitender Arzt am Glasgower Frauen-Hospital und nach sorgfältigem Studium die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Anwendung des Operationsmessers bei Krebsleidenden nicht bloß vollständig zwecklos sei, sondern daß dadurch in den meisten Fällen die Schmerzen nur noch verschlimmert und das Leben verkürzt würde. In diesem Sinne veröffentlichte er eine wissenschaftlich gehaltene Broschüre: Heilung des Krebses ohne Operation, in der er den Nachweis geliefert haben will, daß der Krebs eine Blutkrankheit ist, der man nur durch geeignete Blutreinigungsmittel, durch entsprechende Diät (Enthaltung von Fleischspeisen usw.) beikommen könne. Dr. Bell sucht ferner zu beweisen, daß in England alljährlich ungefähr 30 000 Krebskranke sterben — infolge der bisherigen ganz unrichtigen medizinischen Behandlung —, während Krebsleidende, die im Anfangsstadium ihrer Krankheit zu ihm kämen, fast immer geheilt würden und ihnen sogar in hoffnungslosen Fällen noch eine Verlängerung der Schmerzen und Verlängerung des Lebens in sichere Aussicht gestellt werden könnte.

Diesen Ausführungen traten nun Dr. Balford und die „Britische Medizinische Gesellschaft“ in äußerst scharfer Weise entgegen. Im „British Medical Journal“ vom 27. Mai 1911 bezeichnen sie Dr. Bell als den gewöhnlichsten Krebs-Kurpfuscher seiner Zeit und seine Erfolge und Erfahrungen als den größten Schwindel und Betrug.

Die Verhandlung, zu der eine große Menge von Zeugen vorgeladen war, endete mit der Verurteilung des belligen Dr. Balford und des Medizinischen Instituts zur Zahlung eines Schadenersatzes an Dr. Bell in der Höhe von 40 000 M. Das Urteil selbst wurde vom Publikum mit großem Beifall entgegengenommen.

Gumore und Satire.

Zufüßirtümer.

„Abg. Borchardt wird beschuldigt, aus einem abgeschlossenen, zum öffentlichen Dienst bestimmten Raum, in dem er ohne Befugnis verweilt, ... sich nicht entfernt zu haben.“

„Abg. Borchardt hielt sich bekanntlich an dem bewußten Tage auch in der Toilette des Abgeordnetenhauses auf. Er war tatsächlich besugt; seine Verdauung funktionierte.“

Das Wort „abgeschlossener Raum“ in der Anklageschrift hat den betreffenden Assessor die Karriere gelöst.

Bei einer Uebung der Eisenbahner prüfte ein Hauptmann der Reserve mächtig mit seinen maschinellen Kenntnissen. „Ja —“ sagte ein Kamerad — „können Sie denn konstruieren?“ „Erlau'm Sie ma“, erwiderte der Angeredete, „ich bin preussischer Staatsanwalt.“

weil außer den Holzbildhauern zwei weitere Gruppen festgelegt in der Organisation vertreten sind. Es sei kein Zweifel, daß bei der heutigen gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gedanke des Zusammenschlusses bei den Mitgliedern an Umfang gewonnen habe. Werde der Anschluß heute nicht beschlossen, so sei er nur noch eine Frage der Zeit.

Lampf und **Reinert** betonen, daß die Berliner Kollegen nicht an eine Zerspaltung der Organisation denken. Die Redner vertreten die Ansicht, daß ein geschlossener Uebertritt zum D. S. B. das richtige wäre. — **Silberstein** in Berlin polemisiert gegen **Umbreit** und bekämpft sich als absoluter Gegner des Anschlusses. Die Berliner wollen keine Zerspaltung. Sie seien überzeugt, daß der Zentralverein der Bildhauer noch lebensfähig sei. Sollte der Uebertritt doch beschlossen werden, würden die Gegner auf keinen Fall die Mitarbeit herweigern.

Wönig in Berlin meint, daß der Anschluß an eine große Organisation eine reine Zweckmäßigkeitsfrage sei. Der Schritt sollte nicht übereilt gemacht werden, er könnte mehr schaden, als nützen. In bezug auf die Leistungsfähigkeit sei er der Meinung, daß die kleine Organisation der Bildhauer prozentual in der gleichen Weise vorwärts gekommen sei, wie der große Holzarbeiterverband. Die Steinbildhauer und Modelleur lehnen einen Anschluß an den D. S. B. entschieden ab, weil sie absolut keine gemeinschaftlichen Interessen haben. Sie wollen die Organisation in der jetzigen Form erhalten wissen. Der Redner erklärt, daß er gegen den Anschluß und gegen die Auflösung in jeder Form stimmen werde.

Im Laufe der weiteren Diskussion, von der die Anschlußgegner und -freunde ausgiebig Gebrauch machten, legte der Zentralvorstand eine Resolution vor, die bei den Anschlußgegnern Widerspruch hervorrief. Um eine Verständigung zu erzielen, zogen sich die Anschlußgegner zu einer gesonderten Besprechung zurück, die dann folgende Resolution zeitigte:

„Nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse erscheint ein sofortiger Anschluß des J. B. d. V. D. an eine größere Organisation noch nicht geboten. Jedoch erkennt die Generalversammlung an, daß eine Aenderung der Form unserer Organisation eine unausbleibliche Folge der Entwicklung ist und daß eine solche Aenderung nur eine Frage der Zeit sein kann. Wenn auch darüber, wann der geeignete Zeitpunkt für eine solche Aenderung gekommen sein wird, die Meinungen erheblich auseinandergehen, so dürfen doch die aus Mitgliederkreisen immer zahlreicher auftretenden Wünsche nach Anschluß an eine größere Organisation schon jetzt nicht unbeachtet bleiben.“

Die Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand, den geschlossenen Uebertritt in den D. S. B. zur Diskussion zu stellen und innerhalb 8 Wochen nach Erscheinen des Protokolls der Generalversammlung eine Abstimmung darüber herbeizuführen. Ergibt sich hierfür eine Zweidrittelmajorität der Abwesenden, so sind die Verhandlungen über die näheren Bedingungen des Uebertritts mit dem Vorstand des D. S. B. sobald wie möglich einzuleiten. Diese vereinbarten Bedingungen sind einer außerordentlichen Generalversammlung zur Sanctionierung zu unterbreiten.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und der Antrag auf Auflösung des J. B. d. V. D. und der Antrag auf sofortigen Anschluß an den D. S. B. abgelehnt.

Aus der Partei.

Wegenfälle in der polnischen Parteigenossenschaft.

Es wird uns geschrieben:
In der Ortsgruppe Leipzig-Lindenau der Polnisch-Sozialistischen Partei ist seit langer Zeit eine Gegnerschaft gegen die polnische Parteileitung rege, deren Haltung der Opposition zu nationalistisch ist. Die Mehrzahl der Mitglieder wählte einige oppositionelle Delegierte für den Parteitag, aber die Parteileitung in Kattowitz verstand es, die Ortsgruppenleitung zu bestimmen, die Mandatsformulare nicht zu unterschreiben, um so die Austragung dieser Differenz auf dem Parteitag zu umgehen. Durch folgende Erklärung gaben jetzt 20 Mitglieder die Antwort auf das Vorgehen:

Die Unterzeichneten erklären hierdurch, daß sie infolge der letzten Ereignisse, die in der hiesigen Organisation der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) Leipzig-Lindenau Platz gegriffen und deren Entscheidung dem Parteivorstand in Berlin überlassen wurde, aus der P. P. S. ausscheiden und in den Sozialdemokratischen Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis eintreten.

Es folgten 20 Unterschriften.
Für die Weiterbildung der polnischen Genossen ist jetzt im Ortsverein Plagwitz-Lindenau ein eigener polnischer Diskussionsabend eingerichtet worden, an dem sich die 20 Unterzeichner der obigen Erklärung beteiligen.

Unsere Toten. Während eines Ferienaufenthaltes in Schluchsee im badien Schwarzwald ist Genosse **Adolf Baumann**, Stadtdirektor in Frankfurt a. M., einer der Ältesten, der die Reiten des Sozialistengesetzes als tätiger Genosse miterlebte, einem Schlaganfall erlegen. Genosse Baumann, der sich mit regem Eifer an den Arbeiten der Stadtdirektorenversammlung beteiligte, ist 69 Jahre alt geworden. Ehre seinem Andenken!

Pölschelles, Gerichtliches usw.

Das beleidigte Offizierkorps.

Wegen Beleidigung des Offizierkorps des 102. Regiments in Jitzau war am Freitag Genosse **Emil Rauch** von der „Vollzeitung“ in Jitzau vor dem dortigen Schöffengericht angeklagt. Die Beleidigung wurde gefunden in einem Artikel der „Vollzeitung“, in dem im Anschluß an eine Mitteilung, wonach die ganze Regimentskapelle zu Ehren von drei zur Konfirmation gehenden Offiziersöhnen aufspielen mußte, von Rasse, Kassengeist und Kostendünkel gesprochen wurde; namentlich den letzteren Ausdruck hatte man als Zeichen der Mißachtung aufgefaßt. Das Justizministerium in Dresden hatte die Staatsanwaltschaft in Bautzen veranlaßt, gegen den sozialdemokratischen Preshänder das Strafverfahren einzuleiten. Rauch wurde wegen formaler Beleidigung zu 50 M. Strafe verurteilt, wobei seine Vorstrafen als Preshänder immerhin noch ins Gewicht fielen. Das Gericht stellte sich aber auch andererseits auf den Standpunkt, daß es sich nur um eine verhältnismäßig geringfügige Formalsbeleidigung handelte. Über Strafe muß sein!

Berichtigungen brauchen nicht wahr zu sein.

400 M. Geldstrafe wegen Beleidigung zweier Redaktionsdirektoren erhielt Genosse **Wagner** als Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“ von der Strafkammer in Wochum zubilligt, weil er einigen „Berichtigungen“ der Redaktionsbeamten die bekannte Kammergerichtsentscheidung, wonach Berichtigungen nicht wahr zu sein brauchen und dennoch aufgenommen werden müssen, vorangestellt hatte.

Es ist allgemein bekannt, daß die Redaktionsverwaltungen den Berichtigungsparagrafen geradezu mißbrauchen, indem sie auf die in den Redaktionsverträgen vorherzusehende Meinung hinarbeiten, daß Berichtigungen aufgenommen werden müssen, wenn sich die Sache als unwar herausgestellt habe. Die Höhe der Strafe zeigt, welcher Wind jetzt wieder an den Gerichten weht.

Jugendbewegung.

Der Jungdeutschlandbund als Sprengkörper.

Die Gründung des Jungdeutschlandbundes erfolgte beabsichtigt zu dem doppelten Zwecke, um einmal militärische Jugendvereine ins Leben zu rufen und um zweitens — und dies im besonderen — die bestehenden bürgerlichen Jugendvereine und die in ihnen tätigen

Personlichkeiten zusammenzuschließen, um durch das geeinte Vorgehen größere Scharen der arbeitenden Jugend für die patriotische „Jugendpflege“ zu gewinnen. Obwohl es die Gründer des Bundes an einer marxistischeren Reklame nicht fehlen ließen, kam ihr Plan dennoch gar nicht erst zur Ausführung. Das lag an dem Umstande, daß die Interessen der einzelnen Kreise im Bürgertum zu verschiedenartig und der daraus entspringende Konkurrenzgeist zu giftig sind, um ein geschlossenes Vorgehen der bürgerlichen Jugendbewegung zu ermöglichen. Ihre einzelnen Gruppen halten es mit dem Wort: getrennt marschieren und vereint schlagen. Der gemeinsame Feind aber, der da geschlagen werden soll, ist die proletarische Jugendbewegung.

Während diese sich kräftig weiterentwickelt, steigt durch die Tätigkeit des Jungdeutschlandbundes mit jedem Tage die Verwirrung, die seine Gründung im bürgerlichen Lager hervorgerufen hat. Immer größer wächst die Zahl der Vereine, die sich für die einigende Wirksamkeit des Jungdeutschlandbundes bestens bedanken, und die gegen die Gründungen von Ortsgruppen des Bundes energisch protestieren. Die Leiter der konfessionellen Jugendvereine bemerken den angeblich religionslosen Charakter des Bundes, um ihn unter diesem Vorwande zu belächeln.

Das Zentralkomitee der katholischen Jugendvereine Deutschlands hat die Leitung des Jungdeutschlandbundes zu bewegen gewußt, dafür zu sorgen, daß die katholische Jugendpflege nirgendwo durch Veranstaltungen von „Jungdeutschland“ geschädigt werde, insbesondere, daß dort, wo Jugendvereine bestehen, in denen für körperliche Ausbildung gesorgt ist, keine Neugründungen von Jungdeutschlandvereinigungen erfolgen. Damit solche Neubildungen in den Orten, wo katholische Vereine bestehen, verhindert werden, hat das Zentralkomitee gleichzeitig die katholischen Vereine aufgefordert, die körperliche Erleichterung (man mache uns nicht verantwortlich für diese neue teutsche Wort) zu pflegen. Die Demagogen der katholischen Bewegung hätten demnach dafür gesorgt, daß sie vor der Konkurrenz des Jungdeutschlandbundes bewahrt bleiben, vorausgesetzt, daß dieser kein Versprechen hält, woran aber, nach den Mitteilungen der katholischen Jugendblätter zu urteilen, stark zu zweifeln ist.

Die evangelischen Jugendvereinsleiter sind ihren katholischen Kollegen getreulich gefolgt. Die Nationalvereinigung der zehn evangelischen Jünglingsbünde Deutschlands, in der 2000 Vereine mit 127 000 Mitgliedern zusammengeschlossen sind, hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, einem Zusammengehen mit dem Jungdeutschlandbund abwartend gegenüberzustehen, bis er entsprechend dem Erlass des preussischen Kultusministers vom 18. Januar 1911 neben der körperlichen und sittlichen Kräftigung der schulfähigen Jugend auch deren religiöse Beeinflussung für nötig erachte und die dahingehenden Bestrebungen anerkenne. Gleichzeitig wird in selbstgefaßter Art hervorgehoben, daß eine Reihe von Bestrebungen, wie sie „Jungdeutschland“ heute pflegt, von Seiten der evangelischen Jünglingsvereine und christlichen Vereine junger Männer bereits vor Gründung von Jungdeutschland ausgeführt worden sind.“

Die lärmende Agitation, die die Leiter des Jungdeutschlandbundes betreiben, haben selbst den Ehrgeiz des preussischen Kultusministers arg verletz. In einem längeren Schreiben an den Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. vom 23. April 1912 macht der getränkte Kultusminister seinem Herzen Luft. Er weist darauf hin, daß die einheitliche Leitung der gesamten Jugendpflege ihm übertragen sei und nicht dem Jungdeutschlandbund.

Auch war er es, der die Bildung der Jugendpflegeausschüsse angeregt habe, die die Träger aller Vergünstigungen, welche den ihnen angehörenden Jugendvereinen gewährt werden, seien. Diesen Ausschüssen habe sich in Preußen auch die Vereinigung „Jungdeutschland“ eingegliedert.

Die katholischen und evangelischen Jugendvereine, die teilweise eine Abschrift von dem Schreiben erhalten haben, machen davon natürlich eifrig Gebrauch, wodurch die Lust zwischen Jungdeutschlandbund und konfessionelle Jugendvereine wiederum vergrößert wird. Und neuerdings gesellen sich zu den Frondeuren auch die teutschen Turner, die sich aufgerafft haben, ihre Klagen gegen den Jungdeutschlandbund zu erheben. In der letzten Sitzung des Ausschusses der Deutschen Turnerschaft zog zunächst der Vorsitzende, **Dr. Goch**, gegen die Jungdeutschlandbewegung zu Felde. Sie gehe nicht die anfangs erhofften Wege. Ein Fehler sei es, daß überall pensionierte Offiziere als Leiter der Bezirksvereine berufen würden. Als Geschäftsführer sei ein Generalmajor mit 6000 M. Gehalt tätig, der noch einen Major a. D. als Helfer mit 3400 M. zur Seite bekommen hat. Generalfeldmarschall v. d. Goltz habe ebenfalls erklärt, daß er einen Major zur Hilfe haben müsse. Das bedeute weiter 3000 M. Gehalt. Das sei keine richtige Jugendpflege. Geh. Reichsrat **Prof. Dr. med. Partsch** in Weesla warf dem Bunde vor, daß sein Organ lediglich Vorarbeit für die Beherrschenden leiste. Auch würden überall neue Vereine ins Leben gerufen, obwohl gerade das vermieden werden sollte. Wenn der Bund so weiter verfahren wolle, dann müsse die Deutsche Turnerschaft deutlich zum Ausdruck bringen, daß sie dem Bund nicht mehr angehöre. **Prof. Dr. Berger** in Magdeburg pflichtete diesen Ausführungen bei und forderte ebenfalls eine Trennung vom Jungdeutschlandbunde.

Schließlich bekamen sich die teutschen Turner, daß sie mit dem Jungdeutschlandbunde, der lediglich Vorarbeit für Beherrschende leiste, doch zu wesensverwandt sind, als daß sie mit ihm brechen dürften. Die tapferen Mannen steckten die Degen in die Scheiden und baten (!) in einer Entschickung die Leitung des Jungdeutschlandbundes, Neugründungen nur da vorzunehmen zu lassen, wo andere Vereine für Jugendpflege nicht bestehen und ferner dafür zu sorgen, daß auch die Bezirksverbände mehr Fühlung mit der Deutschen Turnerschaft nehmen. Immerhin zeigt sich auch hier die Wirkung des Bundes, statt Arbeit und Einigkeit Verwirrung und Streit im bürgerlichen Lager hervorgerufen zu haben. Demnach ist die Stellung des Militärversorgungsbundes, wie der Jungdeutschlandbund entsprechend seiner Tätigkeit genannt zu werden verdient, innerhalb der bürgerlichen Jugendbewegung keineswegs so hervorragend, wie nach seiner Agitation anzunehmen man geneigt ist.

Aus Industrie und Handel.

Die abgelehnte Auswandererkonzeption für Emden.

Die Entscheidung des Bundesrats, der vom Fürstentum gestifteten Deutschen Reedereigesellschaft die Auswandererkonzeption für Emden zu versagen, ist in rechtserhebenden Blättern vielfach kritisiert worden. Man hatte auf die Konzeption um so mehr gehofft, als Fürst Fürstentum zu den Freunden des Reiches gehört und Preußen für den Ausbau des Emdener Hafens gegen 100 Millionen und für den Dortmund-Emdener Kanal 50 Millionen Mark aufgewendet hat. Mit der Ablehnung des Fürstentumsgesuches wurde gleichzeitig die Bewahrung der Konzeption für Emden an die beiden großen Schiffsahrtsgesellschaften in Hamburg und Bremen veröffentlicht. Da das Auswanderergeschäft erhebliche Gewinne gewährt und die beiden Unternehmen jetzt ein Monopol darauf besitzen, ist durch die Entscheidung des Bundesrats für sie ein unangenehmer Konkurrent beseitigt worden. Die „Kreuzzeitung“ wandte nun u. a. ein, daß die Anbahnung des fremden Auswandererverkehrs von 250 000 bis 304 000 Köpfen jährlich in Hamburg und Bremen bedenklich sei, und seine Abwertung schon aus sozialen und gesundheitslichen Gründen wünschenswert wäre. Auch könne Emden nur durch den Auswandererverkehr in die Höhe kommen; jedenfalls sei das der gangbarste und aussichtsreichste Weg dazu. Da Preußen an dem Aufschwung Emdens als eines Hafens stark interessiert sei, müsse es wohl im Bundesrat eine Niederlage erlitten oder ein nicht recht verständliches Opfer gebracht haben. Wohl um sich vor allem gegen diesen Vorwurf zu verteidigen, läßt sich die „Nordd. Allgemeine Ztg.“ also offiziell aus:

„Ein neues Schiffsahrtunternehmen müßte in schwerem Kampf mit den bereits bestehenden treten. Daß durch einen solchen Kampf die beiden großen deutschen Schiffsahrtsgesellschaften in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen werden würden, ist klar. Diese Gesellschaften stehen aber bereits an zahlreichen Stellen des Weltverkehrs im heißen Konkurrenzkampf mit ausländischen Unternehmen; ihre Lage durch Schaffung eines neuen Konkurrenzlamps in eigenen Lande zu erschweren, dürfte mehr als unerwünscht sein. Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie durchaus nicht lediglich Unternehmen der Hansestädte Bremen und Hamburg sind, sondern an diesen Weltunternehmungen deutsches Kapital aus dem ganzen Reichsgebiet beteiligt ist, und daß durch die Erhaltung und Stärkung dieser Linien auch sonst die Interessen des Reiches in lebhafter Weise berührt werden.“

Die Regierung gibt hier also ganz offen zu, daß sie neue Unternehmen nicht aufkommen lasse, um nicht den alten Konkurrenz zu schaffen. Ob das wirklich Aufgabe des Reiches ist, private Monopolbestände zu stützen, erscheint mehr als zweifelhaft. Das „Berl. Tagebl.“ erweist sich aber in begeisterter Weise für diese Lösung: „Die preussische Regierung hat vielmehr in anerkannter Weise ihre partikularen Interessen hinter die allgemeinen Gesichtspunkte zurücktreten lassen und damit wahrhaftige Reichspolitik getrieben.“ (!)

Die „Post“ wendet aber mit Recht ein, auch in der deutschen Montan- und Eisenindustrie liegen Millionen von Kapitalwerten aus allen Teilen des Reiches; hindere deshalb die Regierung die Konkurrenz?

Jungen kann man allerdings, daß die Interessen Emdens gewahrt worden sind. Die „Norddeutsche“ schreibt: „Die beiden Gesellschaften haben sich verpflichtet, bei Gewährung dieser Erlaubnis entweder, wie es die „Deutsche Reederei“ plante, eine eigene, zunächst alle 14 Tage verkehrende, gegebenenfalls zu einer wöchentlichen auszustellende Dampferlinie zwischen Emden und New York zur Förderung von Auswanderern und Gütern einzurichten und zu diesem Behuf alle erforderlichen Einrichtungen zu treffen, insbesondere eine Auswandererhalle auf eigene Kosten herzustellen, auch eine angemessene Zahl von Auswanderern über Emden zu leiten, oder aber diesen Dienst zwischen Emden und Nordamerika zunächst — solange er eigene Linien nicht genügend versorgt — durch Anlaufen mit ihren Dampfern von Bremen und Hamburg aus zu bewirken und daneben noch einen vierwöchentlichen Frachtdienst zwischen Emden und 1. Ostasien, 2. Australien, 3. Südamerika zu unterhalten.“

Wenig einleuchtend erscheint der Einwand der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“, daß diese Entscheidung nicht auf Emden als den gegebenen Ausführlinien für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk Rücksicht nehme. Wenn heute tatsächlich noch der Güterverkehr aus diesem Gebiet über belgische, holländische und französische Häfen geht, so liegt das nicht an der mangelnden Unterstützung Emdens als Auswandererhafen, sondern daran, daß es dort bisher an benutzbaren Hafenanlagen fehlte.

Prämienwindeln russischer Zuckereporture.

Das „Berl. Tagebl.“ berichtet: „Der Finanzminister ist seit einiger Zeit auf abnorm niedrige Preise für russischen Zucker im Auslande aufmerksam gemacht worden. Eine daraufhin eingeleitete Untersuchung stellte fest, daß mehrere große russische Exportfirmen Schwindeltrieben mit den Ausfuhrprämien trieben. Sie gaben Zucker als für den ferneren Osten bestimmt auf und steckten die Prämie ein, worauf sie den Zucker in einem beliebigen Hafen des Auslandes veräußerten. Das Resultat ist, daß die Staatsverwaltung etwa eine halbe Million Mark an fiktiven Ausfuhrprämien gezahlt hat.“

Die Zuckerausfuhrprämien, die Rußland noch allein von allen europäischen Staaten zahlt, bildet nicht nur für den Bestand der russischen Zuckerkonvention eine dauernde Gefahr, sondern hat sehr auch zu Schädigungen der russischen Staatskasse geführt.

Aus der Frauenbewegung.

Fabrikarbeit verheirateter Frauen in den Niederlanden.

In den Jahren 1908 und 1909 hat dem „Reichsarbeitsblatt“ (Heft 6) zufolge das niederländische Arbeitsamt durch die vier Gewerbeaufsichtsbeamten eine Untersuchung über Umfang, Art, Gründe und Wirkungen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen sowie unehelicher Mütter angestellt. Ingesamt handelte es sich um 427 Frauen, 704 Witwen, 235 Geschiedene und Eheverlassene, 214 uneheliche Mütter. Gliedert man nach Betriebsgruppen, so entfällt die größte Zahl verheirateter Frauen auf die Textilindustrie, die Gruppen Nahrungsmittel- und Genussmittel sowie Leder und Steine und Bekleidung und Reinigung. Dem Alter nach standen die meisten verheirateten Fabrikarbeiterinnen zwischen 20 und 29 Jahren (41,2 Proz.) und zwischen 30 und 39 Jahren (30,6 Proz.).

Eine Uebersicht über die Reinverdienste in der Woche für regelmäßige Fabrikarbeit und für Saisonarbeit zeigt, daß die meisten (etwa 3/4 aller) bei regelmäßiger Arbeit nicht mehr als bis zu 11,88 M. (7 Gulden) verdienen. Noch ungünstiger stellen sich die Zahlen für solche, die nur Saisonarbeit verrichten; 72 Proz. verdienen hier nur bis 4,56 M. (4 Gulden).

Von den Wirkungen der Fabrikarbeit auf den Gesundheitszustand legen die mannigfachen Klagen Zeugnis ab. Von 1640 befragten Arbeiterinnen hatten 633 Beschwerden. Am häufigsten (etwa 27 Proz. aller Fälle) zeigten sich Kopfschmerz, chronische Müdigkeit, Reventkrankheiten. Ebenso sind Schwäche, Blutarmut, Nerven- und Seitenschmerzen stark verbreitet.

Ueber die Gründe der Fabrikarbeit gaben in fast einem Viertel der Fälle (23,6 Proz.) die Frauen an, daß der Verdienst des Mannes so gering sei, daß sie mitverdienen müßten. Arbeitslosigkeit des Mannes zwingt ein weiteres Beihülfe zur Fabrikarbeit. In einem Fünftel der Fälle ist die Frau die einzige Ernährerin der Familie (Witwe, Geschiedene, Eheverlassene).

Durch die Fabrikarbeit kann die Frau für die häusliche Tätigkeit keine oder nur sehr geringe Zeit aufwenden. Trotzdem zeigt sich, daß fast 45 Proz. der Frauen ihren Haushalt nebenbei allein versorgen, während etwa 15 Proz. häusliche Hilfe durch ein Familienmitglied erhalten. Ungefähr 10 Proz. geben nur die Wäsche aus dem Hause und 13 Proz. lassen die Wäsche gänzlich von Familienmitgliedern besorgen. Fremde Hilfe gegen Entgelt kommt selten vor, Hilfe nur zum Kochen schon öfter, dagegen findet sich häufiger der Fall, daß eine fremde Frau im Hause gegen freie Wohnung tätig ist.

Von den befragten Frauen hatten weitaus die Mehrzahl Kinder. In Holland dürfen Frauen erst vier Wochen nach der Niederkunft wieder in Fabriken und Werkstätten arbeiten. Auch besteht für gewisse Betriebe die Vorschrift einer alljährlichen ärztlichen Untersuchung, durch die eine Umgehung der Vorschrift verhindert wird. Bei der Niederkunft können die Mütter nur selten Wartefrauen zur Pflege und für den Haushalt annehmen. Auch in Holland zeigt sich die bekannte Tatsache, daß Brustkinder den Krankheitsgefahren viel leichter zu widerstehen imstande sind als künstlich ernährte Säuglinge. Die Säuglingssterblichkeit stellte sich bei letzteren etwa doppelt so groß wie bei jenen. Selbst in Gemeinden, wo diese Hausfrauen ständig in Fabriken tätig sind, bestehen keine entsprechenden Einrichtungen (Anstalten zur gemeinsamen Bereitung des Essens, Kinderkorte u. dgl.). Das Aufhören des Stillens infolge der Fast der Mutter, rechtzeitig nach der Fabrik zurückzukommen, hat eine zunehmende Kindersterblichkeit zur Folge. Die für diese Frauen so notwendigen Säuglingsheime fehlen vollständig. In den großen Städten bestehen Kruppen. Sie werden aber von anderen außer dem Hause tätigen Frauen für ihre Kinder benutzt, z. B. von Handels- und Wäschefrauen. Auch öffnen die Anstalten des Morgens zu spät, um den Fabrikarbeiterinnen benutzt werden zu können.

In Leipzig wurde gegen 29 Frauen und Mädchen verhandelt, die sich des Vergehens gegen das heimliche Leben schuldig gemacht hatten. Die aus der summarischen Urteilsbegründung hervorgehend, haben die verschiedensten Gründe die Angeklagten bewegen, sich jener Frau anzuvertrauen, die es durch Vuchführung und Aufnehmen von Briefen verschuldet hat, daß so viel Unheil über viele Familien gekommen ist. Die meisten sind aus purer Not zu dem Schritt gedrängt worden, sei es, daß sie als Familienmütter die Zukunft der Ihren zu bedenken hatten, sei es, daß sie als ledige Erwerbstätige ihren Beruf und ihr Brot gefährdet sahen. Eine Mutter, die ihr Kind zu dem Vergehen angestiftet hat, muß dies mit 8 Monaten Gefängnis bestrafen, eine Frau, die ihrer Freundin einen guten Rat zu geben glaubte, soll dafür drei Monate büßen. Eine Frau, die Grund hatte, bei eintretender Schwangerschaft für ihr Leben zu fürchten, ist trotzdem noch mit einigen Wochen Gefängnis bestraft worden. Keine der unglücklichen Frauen hat aus reinem Leichtsinne oder Mitleiden gehandelt, sie alle trieb die eberne Notwendigkeit; sie mußten ihre Position behaupten, die in dem gelobten Gegenwärtigen durch eine Schwangerschaft gefährdet war. Diese Auffassung hat augenscheinlich auch das Gericht gehabt, denn es hat familiären Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt, so daß sie vor dem Zuchthaus bewahrt blieben. Aber die Strafen, die auf Grund unserer Gesetze für das in Frage stehende Vergehen angedroht werden, sind auch bei Zuerkennung mildernder Umstände noch furchtbar hart.

Erfolge der katholischen Arbeiterinnenvereine in der Pfalz.

Zu dem Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine findet sich folgende charakteristische „Briefkasten“-notiz:

L. v. L. „Warum liest man denn gerade von den Pfälzern keinen Bericht mehr in der „Arbeiterin“? So fragen Ihre Mitglieder. Die Redaktion hat sich auch schon manchmal diese Frage vorgelegt; noch mehr, sie hat sich schon bemüht, über den Stand der Arbeiterinnenfrage in der Pfalz, über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen eigene Artikel zu bekommen. Leider blieben alle Versuche bisher ohne Erfolg. Wir dünkt, daß die Sozialdemokratie zuerst noch mehr Verletzungen unter den Arbeiterinnen der Pfalz anrichten muß, ehe man der kath. Arbeiterinnenvereinsbewegung die gebührende Beachtung schenkt. Es ist das ein recht bitteres Bewußtsein.“

Wahrscheinlich ist es also in der Pfalz nur Nichtachtung des katholischen Arbeiterinnenvereins zu geben. Das erregt bei uns durchaus kein bitteres Bewußtsein. Ueber den Stand der Arbeiterinnenfrage und die Lage der Arbeiterinnen in der Pfalz Berichte zu erhalten, kann doch aber gar nicht schwer werden. Man wende sich nur an die richtige Stelle, die Gewerkschaften und die politische Organisation in der Pfalz!

Die Frau in der Kommune. Eine soeben angestellte Enquete ergibt, daß in Baden bereits in 42 Städten 190 Frauen in städtischen Kommissionen tätig sind; in Schulkommissionen 62, in Handels- und Gewerbeschulskommissionen 24, in Armenkommissionen 49, in den Kommissionen für öffentliche Gesundheitspflege 12 und in Kommissionen für nützliche und soziale Angelegenheiten 13 Frauen. Dazu kommt noch Mannheim, das in 10 Kommissionen 44 Frauen hat.

Gerichts-Zeitung.

Urteil im Prozeß Kaim.

In dem großen Unterschlagungsprozeß, über dessen Inhalt wir berichteten, wurde gestern das Urteil verkündet. Es lautet gegen den Agenten Georg Kaim auf 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, 2500 M. Geldstrafe event. noch 250 Tage Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte wurde in Haft genommen. Der Gerichtshof hat den Angeklagten in fünf Fällen des Betruges, in einem Fall der Unterschlagung, ferner des Bankrotts für schuldig befunden. Das Urteil hob u. a. hervor, daß die Versicherung der Firma Heber, d. h. deren Inhaber, daß sie getäuscht worden seien, dem Gerichtshof den Eindruck der vollsten Glaubwürdigkeit gemacht habe. Diese hochanständigen Leute seien durch den Angeklagten geschädigt worden, der es verstanden habe, sie mit immer größerem Vertrauen zu seiner Person zu erfüllen. Der Gerichtshof habe eine fortgesetzte Handlung angenommen. Auch in den Fällen Thomas u. Hoff und Clemens u. Wittkowski sei der Betrug bzw. die Unterschlagung erwiesen. Was den Darlehensschwindel seitens des Angeklagten betrifft, so sei das Gericht der Ueberzeugung, daß auf Seiten der Herren Wittkowski irgendwelche unregelmäßigen Maßnahmen nicht festzustellen sind. Bei der Strafzumessung ist folgendes erwogen: Dem Angeklagten konnte nicht widerlegt werden, daß er aus den Transaktionen große persönliche Vorteile nicht gezogen und nennenswerte Beträge nicht hinter sich habe, ferner hat er den Schaden zum Teil wieder gut gemacht. Andererseits aber war zu berücksichtigen, daß die Verfehlungen sich über einen großen Zeitraum erstreckten und daß durch ihn die Firma Heber an den Rand des Konkurses geführt worden ist und einen Zwangsvergleich eingehen mußte, die andere Firma aber zusammengebrochen ist. Aus diesen Erwägungen sind dem Angeklagten mildernde Umstände verjagt worden.

Polizeistunde und Lokalschluss.

Eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Posen bestimmt: Wenn für eine Ortschaft (des Regierungsbezirks), in welcher an Lohn- und Vorkuhzahltagen infolge übermäßigen Genusses geistiger Getränke Störungen der öffentlichen Ordnung vorgekommen sind, von der Ortspolizeibehörde bestimmte Tage als Lohn- und Vorkuhzahltag festgesetzt sind, kann die Ortspolizeibehörde allgemein oder für bestimmte Wirtschaften eine frühere Polizeistunde als die regelmäßige festsetzen.

Nun hat der Polizeipräsident von Posen durch Bekanntmachung vom 12. Oktober 1911 für das Gebiet der Stadt Posen alle Sonnabende für Lohn- und Vorkuhzahltag im Sinne jener Verordnung des Regierungspräsidenten erklärt und vorgeschrieben: An diesen Tagen sind Gast- und Schankwirtschaften hinsichtlich der Räume, wo der nachmittägliche gewöhnliche Brauereibetrieb betrieben wird, um 5 Uhr nachmittags zu schließen, d. h. die bezeichneten Räume müssen um 5 Uhr geschlossen werden und es sind von da ab in ihnen keinerlei Gaste zu dulden.

Eine große Anzahl Posenrher Gastwirte (Dhter und Gen.) wurden wegen Uebertretung der Bekanntmachung des Polizeipräsidenten in Verbindung mit der Verordnung des Regierungspräsidenten angeklagt.

Das Landgericht hob das freisprechende Urteil des Schöffengerichts auf und entschied im Gegenjah zu diesem, daß die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten vom 12. Oktober 1911 gültig sei.

Die Angeklagten legten gegen das landgerichtliche Urteil Revision beim Kammergericht ein und machten geltend, daß die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten ungültig sei.

Das Kammergericht hob am Mittwoch das Urteil des Landgerichts auf und sprach die Angeklagten frei. Es erklärte die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten vom 12. Oktober 1911 für ungültig und führte kurz aus: Nach seiner Bekanntmachung habe der Polizeipräsident nicht die Polizeistunde anderweit festgesetzt für die betreffenden Lokalkitäten, wozu ihn die Verordnung des Regierungspräsidenten ermächtigte, sondern er habe überhaupt die regelmäßige, uneingeschränkte Schließung der betreffenden Lokalkitäten an den Lohn- und Vorkuhzahltagen von 5 Uhr nachmittags ab angeordnet. Dazu sei er aber nicht berechtigt gewesen. Daraus ergebe sich die Freisprechung.

Erfurter Streikjustiz.

Wegen angeblicher Mißhandlung eines Arbeitswilligen während der vorjährigen Metallarbeiterausperrung in Erfurt wurden am Dienstag zwei Arbeiter zu schwerer Strafe verurteilt. Die „Mißhandlung“ bestand nach der Beweisaufnahme darin, daß der eine

Angeklagte A. dem Arbeitswilligen Otto Jung einen Stoß forknahm und der zweite Angeklagte B. dem Arbeitswilligen einen Schlag mit der Hand gab. In der ersten Verhandlung am 31. Oktober u. A. wurden die Angeklagten zu 5 Monaten, 3 Wochen und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt; der Staatsanwalt hatte je drei Monate beantragt. Das Reichsgericht hob das Urteil auf, weil § 153 G.-O. zu Unrecht angezogen worden war. In der erneuten Verhandlung beantragte der Staatsanwalt, das Strafmaß nicht herabzusetzen, jedoch ließ das Gericht „Milde“ walten: es verurteilte den Angeklagten A. zu 4 Monaten, 2 Wochen und den Angeklagten B. zu 5 Monaten Gefängnis.

Verfammlungen.

Eine außerordentliche Branchenversammlung der Krankenkassenangeestellten war von der Leitung der Ortsgruppe Berlin des Verbandes der Bureauangestellten am Dienstag nach den „Rustertagen“ einberufen worden, um zu dem von Verbandsvorstand ausgearbeiteten Entwurf einer Dienstordnung Stellung zu nehmen. Das Referat hatte Siebel übernommen, welcher eingangs seiner Ausführungen erklärte, daß die späte Veröffentlichung des Entwurfs, welche bei den Mitgliedern eine große Mißstimmung hervorgerufen habe, nicht dem Verbandsvorstand zur Last zu legen sei. Der Vorstand des Verbandes der Ortskrankenkassen, der vom Krankenanstaltstag in Dresden den Auftrag erhalten habe, eine Dienstordnung auszuarbeiten, habe eine Verständigung mit dem Verbandsvorstand der Bureauangestellten illusorisch gemacht und dann selbständig einen Entwurf ausgearbeitet, der aber der Öffentlichkeit nicht unterbreitet worden ist. Dieser Entwurf berücksichtige aber so wenig die berechtigten Forderungen der Krankenkassenangeestellten, daß sich der Verbandsvorstand veranlaßt sah, einen Gegenentwurf auszuarbeiten, welcher ebenfalls dem diesjährigen Krankenanstaltstag, der vom 4.—6. August in Köln stattfindet, vorgelegt werden soll. Die in diesem Entwurf enthaltenen Forderungen, seien auf das Mindestmaß herabgedrängt worden, um von vornherein keinen Anstoß beim Krankenanstaltstag zu erregen; es werde nur das unbedingt Erreichbare gefordert. Die wichtigste Forderung sei die Sicherung der Existenz der Angestellten. Der Anstellungsvertrag, der heute bestiehe, greife ja gang gewaltig in das Kündigungsgesetz der Kassenverbände ein, weswegen diese ob ihrer Zustimmung zu diesem Vertrage vielen Angriffen ausgesetzt gewesen seien. Es ist aber trotzdem dieser Punkt in dem Entwurf wieder aufgenommen worden, obgleich eine Reihe von Kassenverbänden überhaupt keine Einigung des Kündigungsgesetzes haben wollen. Die Verjährungsfrist für einmal erteilte Verwarnungen sei aber fallen gelassen worden; in dieser Frage ist die Konzession gemacht worden, daß ohne Rücksicht auf die zeitliche Entfernung wegen wiederholter Pflichtvergehen und Verwarnung die Kündigung ausgesprochen werden kann. Ferner enthalte der Entwurf die Einteilung der Angestellten in fünf Gruppen; diese Einteilung spiele für Berlin keine Rolle, da hier wohl nach wie vor nur drei Gruppen gebildet werden würden. Die Einteilung in fünf Gruppen berücksichtige nur die Verhältnisse in Sachsen, wo es Brauch sei, jugendliche Angestellte bis herab zu 16 Jahren zu beschäftigen. Redner empfahl der Versammlung, diesem Entwurf ihre Zustimmung zu geben, da er die Forderungen enthalte, die der Verbandstag aufrecht erhalten habe. — In der hierauf folgenden Generaldiskussion wurde teils für, teils gegen den Entwurf Stellung genommen. Die Gegner desselben führten aus, daß es nicht zu verheben sei, daß Verschlechterungen plattgreifen sollen, obgleich das Gesetz dazu nicht zwingt. Nachdem man verschiedene Artikel im „Bureauangestellten“ vor Erscheinen des Entwurfs gelesen habe, sei man sehr enttäuscht gewesen, als der Entwurf veröffentlicht wurde. Der Entwurf einer Dienstordnung für die Angestellten der Berufsvereinigungen enthalte mehr Verbesserungen. — In der anschließenden Spezialdiskussion wurden die Vorschläge einer Kommission, welche von der Vertrauensmännerversammlung gewählt worden war, um entsprechende Abänderungsanträge für den Entwurf auszuarbeiten, nach eingehender Debatte gutgeheißen und auch aus der Versammlung heraus noch Streichungen und Abänderungen beantragt und vorgenommen. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß diese Forderungen nur berechtigt seien, und erwartete von dem Krankenanstaltstag so viel soziales Empfinden, daß diese Forderungen keinem Widerstand begegnen werden.

In unserem Bericht über die Versammlung der Kinderschuttkommission wird und berichtigend mitgeteilt, daß der Genosse Christian nicht Kontrolleur der Kommission ist; er gehörte derselben vielmehr früher als Helfer an. — Der Name des Genossen, der auf die Schädlichkeit der Ainos hinwies, ist nicht Detlon, sondern Detlof.

Aus aller Welt.

Das Luftschiff „Schwaben“ verbrannt.

30 Personen verbrannt. Das in Düsseldorf stationierte Zeppelin-Luftschiff „Schwaben“ ist am Freitagmittag nach einer glücklich verlaufenen Fahrt auf seinem Ankerplatze neben der Ballonhalle von einem Windstoße erfasst worden, der das Luftschiff mehrere Meter emporriß. Dabei wurde die Hülle des Luftschiffes aufgerissen, die Gasballons entleerten sich und das entweichende Gas kam zur Explosion. Der entstehende Brand vernichtete das Luftschiff fast vollständig. Durch die Explosion wurden etwa 30 Personen verletzt, darunter sieben schwer. Unter den Verletzten befindet sich auch der Führer des Luftschiffes, Oberingenieur Darr.

Ueber die Katastrophe wird uns aus Düsseldorf folgende Darstellung gegeben: Im stolzen Fluge war heute vormittag um 10 Uhr das imposante Luftschiff „Schwaben“ von Frankfurt kommend nach schöner Fahrt über dem Flugplatze angelangt. Es war um 6 Uhr heute früh in Frankfurt a. M. aufgestiegen, um in Düsseldorf stationiert zu werden und Passagierfahrten zu unternehmen. Jemand welche Schwierigkeiten hatten sich während der Fahrt nicht gezeigt, auch die Motoren funktionierten tadellos. Als das Luftschiff sich Düsseldorf näherte, fuhr ihm der Parzevalballon „Charlotte“ entgegen, der die Luftschiffhalle geräumt hatte, um dem großen Bruder Platz zu machen. Plötzlich aber setzte ein ziemlich heftiger Sturm ein, und man hatte daher Bedenken, das Luftschiff in die Halle hineinzubringen, weil man fürchtete, daß bei dieser Operation sich wie bei ähnlichen Anlässen ein Unfall ereignen könnte. Man veranlaßte daher das Luftschiff im Freien und suchte es nach Möglichkeit zu sichern. Um die Mittagsstunde wurde der Wind aber immer heftiger und gegen 1/2 Uhr setzte mit einem Schlage eine sturmartige See ein, die das Luftschiff einige Meter hoch emporriß. Die Hülle wurde aufgerissen und die Gasballons, die gleichfalls Beschädigungen erlitten hatten, als das Luftschiff durch den erhaltenen Stoß durchbrach, begannen sich zu entleeren. Aus bisher unbekannter Ursache entzündete sich eine Gaszelle, und es erfolgte eine große Explosion, die in wenigen Minuten den stolzen Luftkreuzer zerstörte und nur die Gerippe übrig ließ. Leider ist es nicht beim Materialverlust geblieben, sondern die Katastrophe führte die Vermundung einer großen Reihe von Personen herbei. Insbesondere wurden hierbei die Soldaten betroffen, die bestimmt waren, die Teile des Luftschiffes zu halten, und auch die Beobachtungsmannschaften wurden in die Katastrophe mit hineingezogen.

Aus der Anglistischen Chronik der Zeppelinluftschiffe.

Der erste Lenkballon, der einem Unfall zum Opfer fiel, war

Der L. Z. 2, dessen Erbauung in den November 1905 fällt. Im Januar 1908 wurde es nach einer glücklichen Landung vom Sturm gerückt. Dann folgte die Katastrophe von Göttingen, bei welcher L. Z. 4 nach Ausführung der von der Militärbehörde zwecks Uebernahme vorgeschriebenen Uebungsfahrt total vernichtet wurde. Der Erfolg dieses Schiffes, L. Z. 5, der im Mai 1909 seinen ersten Aufstieg machte, erlitt bei Göttingen eine schwere Havarie, konnte aber umgebaut werden und wurde als Z. 11 vom Reich übernommen. Das Schicksal spielte dem Luftkreuzer abermals böse mit und brachte ihn bei Weilburg zum Scheitern. Auch den L. Z. 7, der für Passagierfahrten der Frankfurter Delag-Gesellschaft bestimmt war, traf das Unglück. Er strandete im Teuloburger Walde, als er die „Pressefahrt“ unternahm. Dann folgte die Katastrophe des L. Z. 6, der nach seiner glänzenden Fahrt nach Berlin bei Bützlig schwer verunglückte. Am 14. September vorigen Jahres wurde L. Z. 6 durch Feuer zerstört, das beim Auffüllen des Benzins in die hintere Maschinen Gondel entstand.

Die Explosionskatastrophe bei Schönebeck a. E.

Ueber die bereits gestern gemeldete Explosion in der Alledorffschen Sprengstoff- und Patronenfabrik Schönebeck a. E. werden uns noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die Fabrik, inmitten weiter Jucherrübenfelder, auf der Feldmark von Groß-Salze gelegen, beschäftigt 20 Arbeiter. Verarbeitet wird in der Hauptsache Dorsphit und eine Spezialmarke der Fabrik „Alldorff“. Aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache explodierten im Maschinenhaus die dort bearbeiteten Stoffe und dieses sowie das benachbarte Trockenhaus flogen mit donnerähnlichem, weithin hörbarem Knall in die Luft. Peterdicke Eisenträger wurden wie Helme geknickt und Eisenstücke und Fenstertrümmer wurden weit ins Feld hinausgeschleudert. In den Nachbarorten Groß-Salze, Schönebeck a. E. und Frohne wurden zahlreiche Fensterstücken durch den gewaltigen Luftdruck zertrümmert, vielfach löste sich der Kalk von den Fassaden der benachbarten Häuser. Der schrecklichen Katastrophe sind leider auch blühende Menschenleben zum Opfer gefallen. Sofort getötet wurden vier Personen, schwer verletzt drei und leicht verletzt eine Person. Die Namen der Toten sind: Arbeiter Reinicke, Göhre, Kästel und Meister Meyer. Letzterer wurde fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt unter den Trümmern hervorgerissen. Schwer verletzt sind die Arbeiter Lindner, Schüller und Haber, leicht verletzt der Arbeiter Krumbiegel. Die Verunglückten — mit Ausnahme des getöteten Arbeiters Göhre — sind sämtlich verheiratet.

Die furchtbare Explosionskatastrophe ist übrigens nicht die erste dieser Art. Bereits am 6. Mai 1908 und genau ein Jahr später, am 6. Mai 1910, flogen verschiedene Teile der Fabrik in die Luft und töteten mehrere Arbeiter. Jetzt wie damals war die Ursache wohl in einer Ueberziehung des verarbeiteten Materials (Salpetersäure, Alkohol, Quecksilber usw.) zu suchen. Klarheit wird jedoch kaum zu schaffen sein, da die unmittelbaren Augenzeugen der Explosion sämtlich tot sind.

Der General der Dominikaner vor Gericht.

Aus Rom wird uns geschrieben: Ein Dominikanerorden namens Trisittia hat gegen den General seines Ordens eine Schadenersatzklage anhängig gemacht, die zurzeit vor dem römischen Appellationsgericht verhandelt wird. Vor einigen Jahren wurde der Mönch Trisittia an die hiesige kirchliche Hochschule des hl. Thomas von Aquino als Lehrer der Philosophie berufen. Diese Berufung, die nicht durch den General des Ordens, sondern durch eine andere Instanz erfolgt, trug ihm die Feindschaft seiner Vorgesetzten ein, die diese Stelle gern einem Franzosen oder Deutschen zugedacht hätten, da diese beiden Nationen im Dominikanerorden das Uebergewicht haben. Es wurde daher dem Mönch geraten, die Stelle nicht anzutreten. Als er dem Rat nicht folgte, wurde er in Rom in jeder Weise verfolgt. Man verweigerte ihm ärztlich verordnete Hilfen unter dem Vorwande, daß der Orden für sie zu arm wäre. Während der Mönch krank war, wurde er im Hochsommer dienlich nach Sizilien geschickt. Da er bei einer höheren kirchlichen Instanz vorstellig wurde, setzte es der General durch, daß der Mönch bei seinen Ausgängen von zwei Polizisten, die die römische Polizeidirektion zur Verfügung stellte, beobachtet wurde. Auch seine Korrespondenz wurde widerrechtlich geöffnet. Schließlich stieß man ihn, unter Androhung von Gewalt aus dem Orden aus und machte den Kranken und mittellosen Mann obdachlos. Der beklagte Dominikanergeneral Cormier macht geltend, daß der Dominikanerorden in Italien aufgehoben ist und also keine juristische Existenz hat, wogegen der Privatkläger anführt, daß der Orden tatsächlich besteht, was er dadurch beweist, daß die Dominikaner unlängst in Rom einen Bauplatz für drei Millionen Lire erworben haben. Weiter hebt der Beklagte hervor, daß die Androhung des Mönches direkt vom hl. Stuhl verfügt wurde, also auf Grund des Garantiegesetzes zu seiner Rechtsmahnahme Anlaß geben kann. Die Rechtsvertreter des Privatklägers entgegnen darauf, daß das Garantiegesetz des Papst und seine Organe nur in bezug auf ihre Maßnahmen religiöser Natur außerhalb der weltlichen Gerichtsbarkeit stellt, daß aber die zivilrechtlichen Folgen, die die Ausföhrung der religiösen Maßnahmen nach sich ziehen, nicht der Immunität des hl. Stuhles teilhaftig werden können.

Ein treffendes Beispiel Christlicher Toleranz und Nächstenliebe.

Bei einem Wirte wundermild . . .

Die „Kölnener Zeitung“ bringt als Inserat das folgende sonderbare Selbstbekenntnis eines Gastwirtes:

Einem geehrten Publikum von Köln und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich wegen Ueberhandnahme des Ungeziefers gezwungen bin, die Verabfolgung von Dinners und Soupers einzustellen, um mich dadurch vor Strafe zu schützen. Achtungsvoll G. Meyer.

Ob da nicht mancher, der bei dem Gastromomen ipse, nachträglich noch Bauchgrimmen bekommt?

Keine Notizen.

Drei Streckenarbeiter überfahren. Der D-Zug 189 von Eisenach nach Eger ist Freitag früh bei Tröbsdorf in eine Kolonne Streckenarbeiter hineingefahren. Zwei Mann wurden sofort getötet, einer schwer verletzt. Auch der schwerverletzte starb einige Stunden später im Krankenhaus.

Schwerer Betriebsunfall. In der Krupp'schen Fabrik in Esse explodierte eine Gießpfanne mit flüssigem Stahl. Die Wasse ergoß sich über die darunter stehenden Arbeiter, von denen fünf lebensgefährlich verletzt wurden.

Lebensig verbrannt. In einer chemischen Fabrik in Sosnowice ist durch Verginexplosion ein Brandschaden von 100 000 Rubel entstanden. Drei Arbeiter sind in den Flammen umgekommen, ein vierter liegt hoffnungslos darnieder.

Das Testament des Geisteskranken. Ein im Irrenhause verstorbenen Rentner namens Sapene hatte dem König von Spanien sein ganzes, 2 1/2 Millionen Frank betragendes Vermögen vermacht. In dem Erbschaftsprozeß, den die Schwester Sapenes angestrengt hat, hat das Appellationsgericht von Saint Gaudens (Dep. Oberpfrinien) die Pflegerin ermächtigt, dem König Alfonso durch einen gerichtsvollzieher aufzufordern, am 29. Juli vor dem Gerichtshof zu erscheinen.



Allein-Verkauf für Gross-Berlin!

Favorit-Socken

medizinisch imprägniert, vielfach begutachtet, bestens empfohlen. Beselligen Schweißfüsse

Paar... **85, 1.35**

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen Soweit Vorrat

Lebensmittel

Kaffee Pfund 1.30, 1.40
Kakao Pfund 68 Pl.
Haushaltsschokolade .. Pfund 68 Pl.
Himbeer- od. Kirschsafft 1/2 Fl. 60 Pl.

Wurstwaren

Cervelat- od. Salamiwurst Pfund **1.30**
Schinkenwurst Pfund **1.30**
Plockwurst Pfund **1.30**
Teewurst Pfund **1.15**
ff. Leberwurst Pfund **98 Pl.**
Landleberwurst Pfund **85 Pl.**
Rotwurst I Pfund **85 Pl.**
Jagdwurst Pfund **95 Pl.**
Mettwurst (nach Braunschweiger Art) Pfund **95 Pl.**
Mortadella (gefüllter Schinken) Pfund **95 Pl.**
Zwiebel- od. Rotwurst Pfund **48 Pl.**
Schinkenspeck Pfund **1.10**
Nusschinken Pfund **1.25**

*Johannisbeeren Pfund **35 Pl.**
*Stachelbeeren (unreif) Pfund **15 Pl.**

Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen Pfund **90 Pl.**
Brust oder Querrippe Pfund **75 Pl.**
Kamm oder Fehrlippe Pfund **80 Pl.**
Goulasch Pfund **75 Pl.**
Schinken im Ganzen Pfund **78 Pl.**
Kamm o. Schuft Pfund **95 Pl.**
Schulterblatt Pfund **80 Pl.**
Bauch Pfund **70 Pl.**
Rückenfett Pfund **68 Pl.**
Kalbskeule im Ganzen Pfund **90 Pl.**
Kalbsbrust Pfund **85 Pl.**
Kassler Pfund **88 Pl.**

*Erdbeeren Pfund **38, 45 Pl.**

*Kartoffeln 5 Pfund **40 Pl.**

*Kirschen Pfund **15 Pl.**

*Blaubeeren .. Pfund **38 Pl.**

*Austral-Aepfel Pfund **38, 45 Pl.**

*Kohlrabi Mandel **8 Pl.**

*Butter und Käse

Allerfeinste Tafelbutter in Paketen 1/2 Pfund **66 Pl.**
Feinste Molkerelbutter in Paketen 1/2 Pfund **62 Pl.**
Emmentaler Käse Pfund **1.15**
Schweizer Käse Pfund **90 Pl.**
Tilsiter Käse Pfund **58, 80 Pl.**
Brie-Käse Pfund **55 Pl.**
Romatour-Käse Stück **29 Pl.**
Faust- oder Spitzkäse 3 Stück **25 Pl.**
Harzer Käse 4 Stück **10 Pl.**

Puddingpulver (gefärbt) in verschied. Geschmack 5 Pack **28 Pl.**
Vanillen-Saucen-Pulver 3 Pack **20 Pl.**
Gurken Stück **10, 15 Pl.**

*Mohrrüben .. 3 Bund **10 Pl.**

*Schoten Pfund **14 Pl.**

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

1 Waggon Tonkochgeschirre garantiert feuerfest, Marke „Feuertrotz“, Kasserollen, Schmortöpfe, Milchtöpfe, Milchkocher Stück **95 Pl.** | 1 Waggon Salatieren Satz 7 Stck. **98 Pl.**

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Technikum - Bauschule
Reg.-Baumeister Werner
Neanderstraße 3.

Ilmenau

Bad Ilmenau Thür. Wald, 540 m
hoch. Klim. u. Terrain-
kurort, Sanatorium, Sommerfr.,
Winterportpl. Auf. Groß. m. Woh-
nungsnachfr. frei d. d. Badenestret.



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger
Anzüge
und
Sommerpaletots,
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.

Lieferant der Konsumgenossenschaft
und des Arbeiterradfahrerbundes.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft m. b. H.,
Nordhausen,
empfiehlt ihre vorzüglichen Kautabake, heiß frisch.
Gaut.-Niederlage
Udo Stangenberg, Berlin SO., Köpenicker Straße 20a.
Telephon: Amt Köpenick 9460.

Heideschloß Hohenbinde
„Zum Gutenbergs“
Stadtbahnstation Oranienburger Platz 20A.
Schönlich an Wald und See gelegen.
Röhl. Sommerwohnungen u. Zimmer.
Für Vereine u. der schönste Ausflugs-
ort. *Prachtfaal und Halle. Regelm.
Bahnen u. H. Lehmann.

Dank an Berlin!

Infolge des großen Zuspruches, welchen unser neues Verkaufssystem

Selbstkostenpreis + 10%

bei den Einwohnern Berlins gefunden hat, haben wir uns entschlossen, unseren Dank damit auszudrücken, indem wir eine **Ausnahmewoche** in **Herren- und Knaben-Anzügen** vom **29. Juni** bis **7. Juli** veranstalten.

In dieser Woche werden sämtliche Herren- und Knaben-Anzüge mit dem unglaublich kleinen Nutzen von 5 Prozent, das heißt also

Selbstkostenpreis + 5%

verkauft.

Der bisherige Verkaufspreis befindet sich noch an jedem Stück und werden beim Kauf die ermäßigten 5 Prozent abgeschrieben. Es liegt also im Interesse eines jeden, von diesem Ausnahmehangebot den weitesten Gebrauch zu machen. An Wiederverkäufer wird in dieser Woche nichts verabfolgt.

Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H.

Anfertigung nach Maß. Sämtliche Berufskleidung.

Turmstr. 86 (neben kleinem Tiergarten) Gr. Frankfurter Str. 4 (Ecke Fruchtstr.)

Der Verbandstag der Holzarbeiter.

Eine lebhafteste Debatte entwickelte sich in der gestrigen Vor- mittags-Session über die Regelung der Arbeitszeit.

Die Debatte dreht sich in der Hauptsache um die Frage des freien Sonnabendnachmittags. Schneppenhorst-Rürnberg ergreift gegen die im letzten Absatz der Resolution niedergelegte Auffassung.

Schröder-Düsseldorf ist im Prinzip dafür, daß man von dem freien Sonnabendnachmittag Abstand nimmt und auf jeden Fall das Hauptgewicht auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit legt.

Leipart (Verbandsvorsitzender) führt aus: Es sei nicht zu leugnen, daß die Vorgänge in Stuttgart dazu beitragen, daß der Punkt: Die Regelung der Arbeitszeit, auf die Tagesordnung des Verbandstages gesetzt wurde.

Der Vorstand wird dem Kollegen Reumann-Kaufmann zustimmen, gleich nach dem Verbandstage nach Stuttgart zu reisen, um die betreffenden Kollegen auf gutlichem Wege für die Wiedereinführung der vertragmäßigen Arbeitszeit zu gewinnen.

Schneider-Beih berichtet, daß in Beih, wo feinerzeit in der Amdenburgerindustrie nach einem verlorenen Streik der freie Sonnabendnachmittag eingeführt wurde, inzwischen die Klavierarbeiter dasselbe erstrebt und erreicht haben.

geschlagene Resolution. — Ueber einen ähnlichen Fall wie in Beih berichtet Riemann-Eberfeld aus der Nachbarstadt Barmen.

Marie Ammon-Kürnberg hält den freien Sonnabendnachmittag im Interesse der Arbeiterinnen für außerordentlich wertvoll.

Nachdem sich noch weitere Redner zu der Frage und zu den vorliegenden Anträgen geäußert haben, tritt Schluß der Debatte ein. Reumann legt in seinem Schlusswort nochmals seinen Standpunkt dar, der übrigens der des gesamten Vorstandes ist.

An die Einführung des freien Sonnabendnachmittags kann ernstlich erst herangetreten werden, wenn die tägliche Arbeitszeit in ausreichendem Maße verkürzt ist.

Mit dieser Abänderung wird sodann die Resolution angenommen. Ferner gibt der Verbandstag einstimmig seine Zustimmung zu einer Erklärung, die besagt, daß der Verbandstag einmütig auf dem Standpunkt steht, daß die Überzeitarbeit aufs schärfste bekämpft werden muß.

Die Erklärung zu der Stuttgarter Angelegenheit wird einstimmig angenommen. Dazu wird dann noch folgender Zusatz beschlossen: Der Verbandstag erwartet, daß die Kollegen in Stuttgart ihren die Organisation schädigenden Standpunkt revidieren und die vertragmäßige Arbeitszeit sofort wieder einführen.

In der Rachmittags-Session kommt in erster Reihe die Frage der höheren Hauptkassenbeitragspflicht

der leistungsfähigeren Zahlstellen zur Entscheidung. Leopold-Berlin berichtet über das Ergebnis der neuen Kommissionsverhandlungen. Die Kommission empfiehlt, den Münchener Verbandstagsbeschluss in der Weise durchzuführen, daß die Zahlstellen, wo Lokalbeiträge von 10 Pf. und darüber erhoben werden, von je 5 Pf. einen Pfennig an die Hauptkasse abzuführen haben.

Es wird nochmals gründlich über die Frage diskutiert. Die meisten Redner treten für den Kommissionsvorschlag ein und erklären dies teils im Namen der Gasse. Glocke-Berlin erklärt, daß die Berliner Delegierten grundsätzlich dafür seien, daß bei Mehrbedarf an Mitteln der Beitrag zur Hauptkasse auf der ganzen Linie erhöht werde.

Der Kommissionsantrag wird schließlich in namentlicher Abstimmung mit 155 gegen 10 Stimmen angenommen, und damit wurde zugleich auch folgende Erklärung der Kommission gutgeheißen:

Werden Zahlstellen durch hohe Kosten bei Streiks oder Ausperrungen genötigt, vorübergehend ihren Lokalbeitrag um mehr als 10 Pf. zu erhöhen, so soll dieser erhöhte Betrag von der Berechnung des an die Verbandskasse abzuführenden Beitrages ausgeschlossen werden.

Zur Verhandlung kommt dann: Die Arbeitsvermittlung im deutschen Holzgewerbe.

Leipart als Referent legte folgende Resolution vor: Die Notwendigkeit der allgemeinen Arbeitslosenversicherung, die bereits mehr und mehr das öffentliche Gewissen bedrängt, zwingt die Gewerkschaften, der Arbeitsvermittlung als dem wichtigsten Teil der Arbeitslosenfürsorge mehr als je ihr Augenmerk zu schenken.

Der Verbandstag verpflichtet aus diesen Gründen alle Verbandsmitglieder, die Regelung der Arbeitsvermittlung überall und mit allen Kräften zu unterstützen und bei Arbeitslosigkeit selbst die bestehenden Arbeitsnachweise in jedem Falle zu benutzen.

Die paritätische Grundlage des Arbeitsnachweises erkennt der Verbandstag nach wie vor als richtig an und beauftragt die Lokalverbände, nach Möglichkeit auf die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise für die Holzindustrie hinzuwirken.

in Städten mit kommunalen oder sonstigen öffentlichen Arbeitsnachweisen diesen als besondere Facharbeitsnachweise angegliedert werden können.

Für die paritätischen Arbeitsnachweise betont der Verbandstag wiederholt die Notwendigkeit des Obligatoriums. Wird ein Arbeitsnachweis von Arbeitgebern und Arbeitern gemeinschaftlich errichtet und verwaltet, so muß auch für alle Angehörigen beider Parteien die Pflicht bestehen, sich nur dieses Arbeitsnachweises zu bedienen.

Ein paritätischer Arbeitsnachweis ohne Obligatorium, dessen Benutzung ganz in das Belieben des einzelnen Arbeitgebers und Arbeiters gestellt ist, kann nicht als eine gesunde und dem Frieden dienende Regelung der Arbeitsvermittlung angesehen werden.

Der Redner behandelte die ganze Frage noch eingehender, namentlich auch in Verbindung mit der Arbeitslosenfürsorge, wobei er u. a. die gesetzliche Regelung in Dänemark erwähnte, und empfahl die Annahme der Resolution.

Der Vortrag Leiparts über die Materie wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Mit Rücksicht auf die vielen Punkte der Tagesordnung, die noch zu erledigen sind, wurde auf eine Debatte verzichtet und die Resolution einstimmig angenommen.

Am Sonnabend mit den Arbeiten des Verbandstages fertig zu werden, wird eine besondere Abendstimmung anberaumt.

14. Ordentlicher Verbandstag der Schuhmacher.

Dresden, 27. Juni.

Am heutigen vierten Verhandlungstage wird die Diskussion über das Referat Lohnbewegungen und Streiks fortgesetzt und den Ausführungen des Hauptvorsitzenden am dritten Verhandlungstage noch manches interessante Moment hinzugefügt.

Zwischendurch wurde die Wahl einer Statutenberatungskommission vorgenommen, der alle vorliegenden Anträge zum Statut und zur Beitragserhöhung überwiegen werden. In diese Kommission werden gewählt: Wendig-Berlin, Felsmüller-Birnbaum, Hermann-Dresden, Hering-Weihenfeld, Kühn-Offenbach, Müller-Kürnberg, Roway-Erfurt, Sperr-Kornwestheim und Biegler-Burg.

Die meisten Redner sprechen sich für eine Beitragserhöhung aus, doch gehen die Meinungen darüber auseinander, wie man am besten den Wünschen der Kollegen gerecht wird. So wird von einem Teile der Kollegen eine Beitragserhöhung von 5 Pf. schon als genügend erachtet, während ein anderer Teil, und das ist die Mehrzahl, diesmal 10 Pf. festgesetzt wissen will.

Ueber die augenblickliche Situation in der Schuhindustrie, die geradezu bedrückend, den Verband finanziell etwas fester auf die Füße zu stellen, sind sich die Delegierten alle einig. Einige Redner bebauern, daß das Referat des Kollegen Simon nicht von allen 48 000 Mitgliedern gehört worden ist.

Die Kommission erstattet, da sie sich inzwischen über die Beitragserhöhung schlüssig geworden ist, durch Wendig-Berlin Bericht und beantragt eine Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Woche. Gleichzeitig soll aber damit eine Erhöhung der Streikunterstützung beschlossen werden.

Nachdem Genosse Simon-Kürnberg in einem längeren Schlusswort die vorgetragenen Einwände geprüft und nochmals in anfeuernden Worten auf die Gesamtsituation verwiesen hatte, wurde der Antrag mit 88 gegen 87 Stimmen angenommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 30. Juni, vormittags 9 Uhr, Doppel-Allee 15/17, und Abend, „Adel-Village“: Freireligiöse Versammlung, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. G. Pöffe: „Gedankenwelt und Aufgaben des Freimarientums“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter zu Hamburg. (E. G. 29.) Fühls Baumhäuserweg. Sonnabend, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Köhling, Baumhäuserstr. 67: Wahl der Ortsverwaltung.

Erdrückende Beweise gegen unsere Feinde

Jeder Zweifel, jedes Misstrauen geklärt!

Um unsere Behauptungen, die H. K. G. sei die billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Bekleidung und biete dem Publikum bedeutende Ersparnisse, jederzeit beweisen zu können, haben wir bei mehreren Konkurrenz-Firmen Einkäufe machen lassen und festgestellt, dass diese Artikel bei regulären Verkaufspreisen

bis zu 25 % teurer sind wie bei uns.

Die Beurteilung dieses Tatbestandes überlassen wir dem geehrten Publikum.



Herrn-Kleider-Vertriebs-Ges. Nur Neue Schönhauser Strasse 1 *



Selbstkostenpreis + 10 %

DEUTSCHLANDS grösstes SPEZIAL-GESCHÄFT für Herren-, Jünglings-, Knaben- und Sport-Bekleidung mit dem Verkaufs-System Selbstkostenpreis + 10 %

Selbstkostenpreis + 10 %

Todes-Anzeigen

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber, herzenguter und unversehrlicher Mann, guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Paul Presser
 im Alter von 27 Jahren plötzlich durch Ertrinken verunglückt ist.
 Dies zeigt in tiefer Trauer an Witwe **Margarete Presser** geb. **Seidel** nebst Angehörigen Brangelstraße 76.
 Die Beerdigung findet Sonnabend, den 29. d. M., nachmittags 7, 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 29096

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsgesellschaft Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bohrer
Paul Presser
 (Brangel-Str. 76) am 26. d. Mts. durch Ertrinken verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 7, 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Rege Beteiligung erachtet 120/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Anna Gallasch
 am 26. d. Mts. im Alter von 46 Jahren verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. d. Mts. nachmittags 2, 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Emil Brazeit
 am 26. d. Mts. im Alter von 29 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 1. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung erachtet 65/1 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
 Durch den Tod ist uns eines unserer Mitglieder, der Kollege
Gustav Schrader
 welcher im Betriebe des Zentralmagazins des städt. Gaswerks beschäftigt war, entzogen worden.
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Girchhofes, Reinickendorfer Straße 179/185, aus statt. 34/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund „System Arends“.
 Mitgliedschaft Groß-Berlin.
 Am 26. Juni verstarb unser Mitglied
Emil Brozeit
 nach langem, schwerem Leiden.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Montag, den 1. Juli, nachmittags 5 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung erachtet Der Vorstand.

Musikverein Künstlerheim.
 Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglied
Herr Paul König
 an den Folgen eines Unfalles plötzlich durch den Tod aus unserer Mitte gerissen wurde.
 Ehre seinem Andenken!

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

Vornehme



Bekleidung
 fertig und nach Maß
 erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
 auf Wunsch Wochenrate.



Rosenthaler Straße 36 1. Etage.
 Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstraße.
 Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz.

Waldorf-Astoria Cigarettes

Docky 3 Pf.
 Clio 5 Pf.

Charlottenburg.
S. Hoffmann, Wilmsdorfer Straße 12 Ecke Schulstraße
 empfiehlt zur Reise-Saison sein reichhaltiges Lager von guten Herren- und Knaben-Garderoben zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
 Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45 M. an in eigener Betriebswerkstätte. 30702
 Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Von der Reise zurück 109/1
Dr. Badt,
 Neue Königstr. 32.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung

S. Boltuch
 Mass-Schneiderei
 nur Frankfurter Allee 75.
 Eingang Tilsiter Strasse.
 Kein Laden! Kein Laden!

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.
 E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstr. 22/26.

Heute Sonnabend eröffnen wir
Wassertor-Straße 20
 unsere
86. Verkaufsstelle.
 Der Vorstand.

Bekanntmachung
 der gemeinsamen Ortskrankenkasse für Mariendorf und Umgegend.
 Vom 30. Juni d. J. ab ist die diesseitige Geschäftsstelle in 2 a n k i t, Kaiser-Wilhelm-Straße 49 I, aufgehoben und hierfür eine Nebestelle in der Wälschenstr. 3, bei Herrn Lohb, mit den Dienststunden von 8 bis 10 und 5 bis 7 Uhr eingerichtet, bei der die An- und Abmeldungen entgegengenommen und zu ärztlichen Behandlungen Legitimationscheine abgegeben werden. Krankmeldungen und bei der Hauptkasse in Mariendorf anhängig zu machen. 276/19
 Die Kasseneinträge und Eintrittsgelder werden bei den Arbeitgebern durch einen Kassierer einliefert. Die freiwilligen Mitglieder haben die Beiträge auf ihre Gehälter und Renten an die Hauptkasse, oder die Nebestelle, selbst abzuführen.
 Mariendorf, den 27. Juni 1912.
 Der Vorstand.
 Kass. Leip. Schröter. Kassier. Borßinger.

Fleischerboykott in Neukölln.

Folgende Fleischermeister haben die Forderungen der Gesellen anerkannt und den Tarifvertrag unterzeichnet:
 Alsterstr. 12, R. Kröber
 Alsterstr. 43, Böhner
 Benlaststr. 20, B. Guffe
 Berliner Str. 28, R. Dutschke
 Bergstr. 39, A. Baum
 Bergstr. 60, H. Pöselmann
 Bergstr. 74, G. Hundt
 Bergstr. 84, G. Schulz
 Bobstr. 26, H. Döber
 Bobstr. 49, J. Paul
 Böhmische Str. 10, F. Müller
 Büchenerstr. 5, P. Ringer
 Ganner Str. 51, R. Kauerberger
 Donaustr. 18, G. Rubin
 Emser Str. 12, H. Bauer
 Emser Str. 21, G. Schmidt
 Emser Str. 25, J. Drey
 Emser Str. 40, Gleich
 Emser Str. 70, R. Kroll
 Emser Str. 90, A. Steiner
 Emser Str. 111, R. Stod
 Erlenstr. 74, G. Aming
 Friedenstr. 46, D. Weiland
 Friedenstr. 51, D. Berikow
 Halberstr. 2, R. Schmidt
 Halberstr. 20, R. Hiele
 Hargerstr. 118, G. Burt
 Herrnhuterstr. 23, G. Schiffe
 Herberstr. 21, H. Krüger
 Hohrstr. 19, H. Rademacher
 Hohrstr. 38, D. Seifert
 Hohrstr. 42, R. Reichmann
 Hermannstr. 46, R. Niede
 Hermannstr. 114, Erste Reutlinger
 Engros-Schlächtere
 Hermannstr. 109, D. Verste
 Hermannstr. 210, Reinickendorfer
 zentrale
 Leibelberger Str. 80, A. Dolland
 Jägerstr. 7, G. Seibel
 Jägerstr. 59, F. Kugell
 Juliusstr. 48, H. Niede
 Johann-Gub-Str. 3, G. Kuboff
 Jonastr. (Neue) 29, G. Järber
 Karlsruherstr. 2, H. Niede
 Karlsruherstr. 16, G. Reuber
 Karlsruherstr. 19, F. Klein
 Knechtstr. 41, F. Karlich
 Knechtstr. 68/69, R. Kische
 Knechtstr. 117, H. Hennig
 Knechtstr. 150, D. Loote
 Koller-Friedrich-Str. 7, J. Oels
 Koller-Friedrich-Str. 22, G. Schrend
 Koller-Friedrich-Str. 73, E. Wachsoll
 Koller-Friedrich-Str. 76, E. Döbel
 Koller-Friedrich-Str. 89, H. Witte
 Koller-Friedrich-Str. 245, J. Raminoff
 Leffingstr. 9, R. Albrecht
 Leffingstr. 18, Grzamba.
 Hausfrauen! Unterstützt die um eine geregelte Arbeitszeit kämpfenden Fleischeressen. Kauft eure Fleisch- und Wurstwaren nur in solchen Geschäften, wo folgendes Plakat (weiss mit rotem Rand) anhängt:
 Reiner geschätzter Rundschaft zur gefälligen Kenntnis:
 In meinem Geschäft sind die
Lohn- und Arbeitsbedingungen
 mit dem
Zentralverband der Fleischer u. B. D.
 tariflich geregelt.
 Es erfolgt hierdurch keine Preiserhöhung der Fleisch- und Wurstwaren.
 Stempel der Streikleitung. Befähigt durch Paul Bergmann.
 Alle Geschäfte, in denen das rote, von der Innung und den Geilen herausgegebene Plakat anhängt, sind boykottiert.
 Die Streikleitung. Berlin, Wobesstr. 11.
 Telefon: Amt Königsplatz Nr. 3004.

Lewinsohn's
 Saison-
Ausverkauf

Rosenthaler Str. 40-41
 Hackescher Markt.
 Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.



Nur kurze Zeit solange Vorrat

- Damen-Stiefel**
- schwarz im Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons . . . jetzt nur **4.75**
 - schwarz Chevreau mit Lackkappe, schlanke u. breite Fassons . . . jetzt nur **5.95**
 - schwarz prima Chevreau mit, auch ohne Lackkappe, die elegantesten Fassons, Goodyear-Weltstet nur **7.95**
 - braun Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons . . . jetzt nur **5.95**
 - braun in Chevreau mit Lackkappe, breite u. schlanke Fassons . . . jetzt nur **6.75**
- Halbschuhe**
- Damen, schwarz Chevreau mit Lackk., jetzt nur **3.95**
 - braun Chevreau mod. Fassons, jetzt nur **4.25**
 - schwarz Derby, große Ova, Lackk., jetzt nur **4.95**
 - braun Chev., Derby mit Lackk., jetzt nur **4.95**
 - Lack-Halbschuhe amerikanisch, Fassons, jetzt nur **5.95**

- Herren-Stiefel**
- schwarz Kindbo - Schnürstiefel, breite Fassons, kräftig, Straßenstiefel, auch Zug u. Sohle . . . jetzt nur **5.95**
 - schwarz Chevreau - Schnürstiefel mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons jetzt nur **6.95**
 - schwarz Chevreau-Schnürstiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Welt . . . jetzt nur **8.95**
 - braun Chevreau-Herrenstiefel, schlanke und breite Fass., jetzt nur **6.95**
 - braun in Chevreau-Herrenstiefel, neueste Formen . . . jetzt nur **7.95**

- Kinder-Stiefel**
- schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel
 - 20-24 25-26 27-30 31-35
 - 1.55 2.95 3.25 3.75**
 - braun, mit Lackkappe Normalfassons
 - 21-24 25-26 27-30 31-35
 - 2.95 3.45 3.75 4.25**

- Rindleder-Sandalen**
- 20-24 25-26 27-30 31-35
 - 1.95 2.25 2.55 2.75**
 - 35-41 42-46
 - 3.35 3.85**

- Hausschuhe**
- in Leder mit Absatz für Damen **1.65**
 - Hausschuhe**
 - in Leder mit Absatz für Herren **1.95**

Lewinsohn
 Rosenthaler Str. 40-41
 Hackescher Markt.
 Prompter Versand nach außerhalb. Umtausch jedweseit.

Zimmerstr. 51, 2. Stg., 3 u. 4 helle vorbere. Zimmer, Küche, Gas, Nebengel., s. 1.10, zu vermieten.
 2 Stuben, Nebengel., mit Laden, u. ohne Lager Keller s. 1.10, zu vermieten Hartgrafstr. 74.

WESTMANN
 Mohrenstr. 37 a GrFrankfurterstr. 115

Ich bitte um Prüfung meines heutigen Angebotes!
Kostüme | Mäntel
 zum größten Teil eigenes Fabrikat, nur beste Stoffe, Fassons und Zutaten

- Blau Kanengarn, Phos. teile, Loden, Linnen, East (deutsches Fabrikat), Seide etc. Mäntel, Voller-Kleider, Seiden-Kleider
- leichtes Tuch in schwarz und farb., Frauen-Mäntel Tüll, Loden, Alpaka, Seide, Popeline, Ulster, Ueber-gänge- u. Regen-Mäntel

Alle Größen, alle Weiten, selbst für die stärksten Figuren.

Preislagen: von M. 10 an, je nach Qual. 12, 15, 18, 21, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 60 bis M. 200

Zurückgezogene Konfektion!
 Kostüm M. 10 (fr. u. M. 50) | Paletots M. 6 (fr. u. M. 20)
 Loden-Kostüm, 6 Str. u. M. 23 | Kleider M. 15 (fr. u. M. 60)
 Höschen M. 5 (fr. u. M. 10) | Blusen M. 3 (fr. u. M. 10)

Sonntag geöffnet 8-10 Vorm.

Advertisement grid for various goods and services including leather goods, furniture, clothing, and food. Includes categories like 'Lederwaren', 'Möbelmagazine', 'Schuhwaren', and 'Nähmaschinen'.

Theater und Vergnügungen

Advertisement for 'Sonnabend, 29. Juni 1912' featuring various theatrical performances and events.

Advertisement for 'Schiller-Theater O.' featuring 'Hohe Politik' and 'Das Konzert'.

Advertisement for 'Metropol-Theater' featuring 'Schwindelmeier & Comp.' and 'Großes Sommerfest'.

Advertisement for 'Admiralspalast' featuring 'Eis-Arena' and 'Yvonne'.

Advertisement for 'Voigt-Theater' featuring 'Die Tochter der Hexe' and 'Hagenbecks Indien'.

Advertisement for 'IKLA' and 'Apollo Theater' featuring 'Intern. Kongress Lebender Abbemitteln' and 'Vorletzter Tag!'.

Partei - Angelegenheiten.

Reutahn. Die noch ausstehenden Bücher der Wahlvereins-Bibliothek sind der Inventur wegen bis 30. d. M. zurückzugeben. Die Bibliothekskommission.

Karlshorst. Sonntag, den 30. d. Mts., Familienausflug nach dem Restaurant Waldburg am Bahnhof Hirschgarten. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr am Karlshorster Bahnhof.

Die Bezirksleitung.

Gefner. Heute abends 9 Uhr bei Degebrodt: Generalversammlung. U. a.: Neuwahl des Vorstandes.

Die Bezirksleitung.

Königs-Wusterhausen. Die Generalversammlung findet nicht Sonnabend, den 29. Juni, sondern erst am Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale von Wils. Rodewitz (Otto Schuhmann), Wildau, statt.

Groß-Westen. Am Sonntag, den 30. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale von Schimmelpfennig, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des gesamten Vorstandes. 3. Bericht der Gemeindevorsteher. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Der Vorstand.

Königsental. Heute Sonnabend, Generalversammlung in Bernau bei Salzmann, Badorfstr. Mitgliedsbuch legitimiert. Treffpunkt am Bahnhof, Abfahrt 8,20.

Vorsigwalde-Bittenau. Morgen Sonntag, den 30. Juni, vormittags 9 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins in den Vorsigwalder Festsälen statt. Tagesordnung: Bericht der Bezirksleitung und Neuwahl derselben. Die Bezirksleitung.

Bruchmühle-Eggerdorf. Sonntag, den 30. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Lokal Kuhner, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung. 3. Verschiedenes.

Groß-Lichterfelde. Sonntag früh Verpfändung der Konsumgenossenschaften im Clou. Treffpunkt früh 9 Uhr am Händelpfad. Willets a 10 Pf. sind dort zu haben.

Berliner Nachrichten.

Vom Wandern.

Sieht man um diese Jahreszeit den Leuten den Wandertrieb nicht an der Schirmmütze, der Plaidrolle, der Reisetasche und der schnuppernden Raufspitze an, dann ganz gewiß an einem ostentativ zur Schau getragenen dicken, rotgebundenen Buch, dem „Vadeker“. Das ist der gedruckte Führer für alle, die eine weitere Reise machen und von ihr erzählen wollen. Frau Juma will wissen, daß es auch eine renommierte Menschenorte gibt, die den Vadeker kauft, ihn halb auswendig lernt und — nicht verreist. Man darf dann doch begeistert mitreden und nach dem schönen Grundsatze handeln: Dicketun ist mein Reichtum! Ja, es existieren liebenswürdige Institute, die auf Bestellung leere Reisefloher hin und her senden, damit sie mit den ordnungsmäßigen Frachttzetteln besetzt werden, oder die von einem bestimmten Orte hausenweis präparierte Ansichtskarten an den Bekanntenkreis des Auftraggebers, der dann vorsichtig seine nähere Adresse verschweigt, losschicken. Bloß damit der Anschein erweckt wird, daß man das nötige Geld gehabt habe, um eine kostspielige Saisonreise zu unternehmen. Inzwischen aber sitzen die Aufschneider, da sie selbstredend nicht in der verräterischen Eigentwohnung bleiben können, irgendwo ganz in der Nähe in einer verlassenen und billigen Sommerfrische. Werden sie hier zufällig aufgespürt, so ist die Blamage fertig. Das sind die Folgen einer ebenso widerlichen als lächerlichen Grobmannschaft, die heutzutage weite bürgerliche Kreise ergriffen hat. Arbeiterkreise kommen nicht in solche Verlegenheit und auch gar nicht auf solche Ideen. Sie fühlen sich vorübergehend schon halbwegs glücklich, wenn sie aus dem tosenden, brandenden Lärm des Großstadtlebens in die nahegelegene grüne Welt hinauswandern, bei der uralten Mutter Natur sich Sonntags Stärkung holen können für den in der arbeitsreichen Woche so freudlos daheimgebliebenen. Aber auch der bescheidene Sonntagswanderer kann so etwas wie einen „Vadeker“ kaum mehr entbehren. Eine Landpartie bringt nur dann vollen Genuß, wenn man sich nicht den ganzen oder halben Tag an einer bestimmten Stelle, mag sie auch noch so schön sein, festsetzt. Die Natur ist in der Umgebung Berlins so reich an herrlichen, vielseitigen Eindrücken, daß der Ausflügler wie ein Schmetterling von einer Blüte zur anderen flattern darf. Dazu ist eine genaue Kenntnis der Verhältnisse oder ein Orientierungsvermögen vermittelt einer guten Landkarte fast unerlässlich. Wo Ausflügler und Tourenwanderer aus Geldrücklagen gern gesehen werden, haben ja schon Gastwirte, Verschönerungsvereine und andere Interessenten für Wegweiser einigermassen gesorgt. Das genügt aber nicht. Die Wegweiser sind auch gewöhnlich nur an den begangenen Wegen angebracht. Viel schöner wandert es sich abwärts dieser Wege, und hier leitet eine gute Karte, in der jeder Bestimmungsweg zwischen den einzelnen Tagen, jede Lichtung, Wasserfläche und Siedelung eingzeichnet steht, ohne Schwierigkeit zurecht. Vor allem kann man auch die Entfernungen, die auf den wenigsten Wegweisern angegeben sind, ziemlich genau abmessen. Praktische Hinweise bietet die Karte für Seewanderung. Manche Seen liegen mitten im Walde, andere sind ungleich bewaldet. Man wird also diejenige Uferseite wählen, welche auf der Karte möglichst viel grüne Fläche zeigt. Mit solcher Hilfe werden auch kleinste, oft wunderhübsche Seen, an denen der große Strom der Ausflügler adios vorbeizieht, nicht links liegen gelassen. Karten von der ganzen Mark eignen sich natürlich nicht. Es gibt zahlreiche Touristenkarten, die engere Spezialgebiete umfassen und für wenige Nickel in den meisten Buchhandlungen zu haben sind.

Die Bewässerungsanlage für die Werderschen Obstkulturen vom dortigen Stadtparlament beschlossen. Die Bewässerung der Obstplantagen in der Obstammer Berlins, in Werder a. S., gehörte seit Jahren zu den dringlichsten Aufgaben, die im Interesse des Obstzüchtereibes in Werder keinen Aufschub duldete. Die langwierigen Verhandlungen, die mit der Regierung geschlossen wurden, fanden dort Entgegenkommen und Berücksichtigung und im Reklamationsbauamt wurden die Pläne für die Bewässerung des Obstbaulandes in Werder ausgearbeitet. Gestern verhandelte nun das Stadtparlament über die „Wasserfrage“. Am Stadtparlament nahm an den Beratungen Regierungsrat Gehling von der Potsdamer Regierung mit einigen Referenten teil. Das Projekt wurde kurzgeleitet. Nach dem Kostenvoranschlag erfordert es 800 000 M. Am Blesower See, der Eigentum der Stadt ist, wird ein Pumpwerk errichtet, das täglich 1800 Kubikmeter Wasser fördern soll. In

einem 4 Kilometer langen Leitungsnetz wird das Wasser auf die Höhen und Obstdaufläufen verteilt. 640 Hektar Obstkulturland sind in die Bewässerungszone einbezogen. Auf der Friedrichshöhe wird das Höhenreservoir errichtet. Der Staat trägt ein Viertel der Kosten aus dem Reklamationsfonds, die Provinz ebenfalls ein Viertel und der Rest wird von der Stadt durch eine Anleihe aufgebracht. Einmütig wurde der Bau der Bewässerungsanlage, die für die Entwicklung Werders von eminenter Bedeutung ist und als Kulturwerk ersten Ranges mit Recht bezeichnet wird, beschlossen. Die Kosten für eine Erweiterung der Bewässerungsanlage als städtisches Wasserwerk, die sich noch auf mehrere tausend Mark belaufen würden und 13,2 Kilometer Leitungsnetz erfordern würden, hat die Stadt allein zu tragen.

Ueber die schulpolitische Bewegung in der deutschen Lehrerschaft sprach in der letzten Versammlung der Vereinigung für Schulpolitik Lehrer Klemens Schneider nach den Wahrnehmungen auf zwei großen Nebenversammlungen bei der letzten Tagung des Deutschen Lehrervereins. Es waren dies die Versammlung der schulpolitischen Vereinigung, die in Nord- und Mitteldeutschland ins Leben gerufen worden sind, und der ganz Bayern umfassende Junglehrerverband. Der Referent zeigte, wie namentlich in jüngeren Lehrerkreisen weithin das Bedürfnis sich geltend macht, Fragen der Schulpolitik zu erörtern, theoretisch durch das Studium der einschlägigen und angrenzenden Gebiete, praktisch durch Herstellung von Beziehungen zu den Kreisen, die fördernd auf die Stellung der Volksschule einwirken können. Wie nötig eine eingehendere Beschäftigung mit der Schulpolitik sei, ging aus dem Bericht hervor, daß die Volksschulen, die sich mit Schulfragen befassen, recht mäßig besucht seien. Hier gelte es, nach viel zu tun. In der Besprechung wurde die Notwendigkeit, das schulpolitische Interesse zu beleben, von allen Seiten anerkannt. Man erblickt darin eine Ergänzung der Lehrervereinstätigkeit.

Die Waffe der Hausbesitzer.

Seitdem in Berlin und Vororten die Hausbesitzer die „schwarzen Listen“ haben, durch die sie vor „nicht empfehlenswerten“ Mietern andere Hausbesitzer warnen, ist manchem von ihnen sein Nachbedachtsein noch beträchtlich gestiegen. Die Listen sind geheim, so daß die Mieter, die von ihren Wirten zur Aufnahme gemeldet werden, nicht mal Kenntnis davon erhalten. Vielleicht muß der eine und der andere der so gebrandmarkten Mieter bei der nächsten Wohnungssuche zu seiner Verwunderung bemerken, daß so viele der Herren Wirte, nachdem der Mietlustige seine Adresse genannt hat, entweder sofort ihre Liste einsehen und ihn dann ohne weiteres zurückweisen oder ihm Verschiedenes versprechen und hinterher gleichfalls ablehnen. Zu den nicht empfehlenswerten Mietern kann einer aus mancherlei Gründen geworfen werden, nicht nur wegen Mietschulden oder Unpünktlichkeit der Mietzahlung, sondern auch wegen anderer Differenzen, die er mit seinem Wirt hat, und die ihn diesem als „nicht empfehlenswert“ erscheinen lassen.

Für den Hausbesitzer ist die „schwarze Liste“ eine Waffe, gegen die der Mieter gerade wegen der Heimlichkeit, in der das ganze Verfahren sich abspielt, wehrlos ist. Mitunter verspricht aber ein Hausbesitzer sich mehr Erfolg davon, daß er einem Mieter offen ankündigt, er werde ihn auf die „schwarze Liste“ bringen. Ein Fall dieser Art, der kennzeichnend für das Nachbedachtsein mancher Hausbesitzer ist, wird uns belautet. Ein Ehepaar wünschte eine Wohnung vor Ablauf des Vertrages aufzugeben, weil der Aufenthalt in ihr wegen der Störung, die von einem auf dem Nachbargrundstück untergebrachten Gewerbebetriebe ausging, der Frau unerträglich schien. Die Frau ließ das dem Wirt sagen, trat sich dann nach einer anderen Wohnung um, obwohl der Wirt den Vertrag noch nicht lösen wollte, und stellte schließlich auch die Mietzahlung ein, während sie noch die alte Wohnung benutzte. Das Recht war auf Seiten des Wirtes, aber weil, wo nichts ist, nicht nur der Kaiser sein Recht verloren hat, sondern auch ein Hauswirt leer ausgeht, so entschloß er sich nunmehr, den Vertrag zu lösen. Er stellte nur die Bedingung, daß für die Zeit bis zum Auszug aus der Wohnung die rückständige Miete nachgezahlt würde, und er glaubte, durch eigenmächtige Pfändung eines Möbelstückes diese Forderung sichern zu können. Um den Schuldner noch williger zur Bezahlung der Miete zu machen und ihm die Folgen einer etwa beabsichtigten Weigerung vor Augen zu führen, drohte er ihm in einem Briefe:

„Glauben Sie nicht, daß Sie so davon kommen, ich werde mein Recht schon geltend machen. Sie scheinen nicht zu wissen, daß wir Hauswirte gegen solche Mieter durch eine schwarze Liste geschützt sind, und Sie können versichert sein, daß ich Sie nicht vergessen werde.“

Wenn ein Hauswirt gegenüber einem Mietschuldner seine Ansprüche verfolgt und dabei das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren innehält, so kann man dagegen nichts sagen. In dem hier geschilderten Fall muß man aber fragen, was denn mit dem Recht, das der Hauswirt gegen den Mietschuldner geltend machen will, der Hinweis auf die „schwarze Liste“ zu tun hat. Der Mann hat zweifellos Verständnis für die Wirkung der Waffe, mit der er winkt, und kennt die Macht, die in ihr liegt. Was würde zu seiner dem Hinweis auf die „schwarze Liste“ beigefügten Ankündigung, daß er den Mietschuldner „nicht vergessen“ werde, ein Staatsanwalt sagen?

Der künstliche Vermessungsinspektor Peter Otten ist im 83. Lebensjahre infolge einer Herzmuskelentzündung am Herschlage gestorben. Otten hat über 14 Jahre an der Spitze des städtischen Vermessungswesens gestanden.

Die Übertragung der Wohnungspolizei auf die Stadt beschloß der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung bei der Staatsregierung zu beantragen. Die dritte städtische Realschule (Steiniger Straße) erhält den Namen „Körner-Realschule“ und die vierte (Diestelmeyerstraße) den Namen John-Realschule. Am Schluß der Sitzung verabschiedete sich der Oberbürgermeister von den Magistratsmitgliedern. Geh. Rat Ragggraff sprach dem Scheidenden das Bedauern über seinen Abgang aus.

Das Opfer eines verhängnisvollen Unglücksfalles wurde gestern Nachmittag ein etwa dreizehnjähriger Schulknabe. Der Kleine war auf dem Tempelhofer Feld in der Nähe des Garnisonfriedhofes auf eine Foppel hinausgeschleift, um nach einem Vogelneß zu sehen. Als er fast die Baumkronen erreicht hatte, brach plötzlich der Ast, auf dem er stand, und aus einer Höhe von nahezu 10 Meter stürzte der Knabe in die Tiefe. Mit zerbrochenen Gliedern blieb er unten liegen. Eingekommene Arbeiter schafften den Verunglückten nach dem Budower Kreiskrankenhaus, wo er bisher das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt hat.

Ueber die Verfolgung des Kassenboten Bruning ist nichts Neues von Bedeutung mitzuteilen. Alle bisher von der Kriminalpolizei verfolgten Spuren haben nicht zum Ziel geführt. Viele Leute wollen nach ihren Angaben den Flüchtigen bald allein, bald mit anderen Personen zusammen gefasst haben. So will ein Nordmörder beobachtet haben, daß am Mittwoch, am Tage der Verurteilung, vier Mann an der Ecke der Charlotten- und Schützenstraße eilig ein Automobil besaßen und nach dem Halleschen Tor zu davonfahren. Auf einen der Insassen des Wagens poht seiner Meinung nach die Verfolgung Brunings. Auch von auswärtigen Polizeibehörden sind jetzt mehrere Meldungen vom Auslaufen verdächtiger Personen eingegangen. So weil sie bis jetzt nachgeprüft werden konnten, erwiesen sich aber auch diese Vermutungen als irrig.

Eine berüchtigte Einbrecherbande, an deren Spitze der „geisteskranke“ Einbrecher „Goldmager“, einer der gefährlichsten Geldschrankknacker Berlins, der ehemalige Steinbruder Max Gorki, stand, wurde gestern durch die Berliner Kriminalpolizei festgenommen. Im Jahre 1908 machte er in Antwerpen mit zwei Mitgliedern seiner Bande, Koshoff und Kiebling, einen Einbruch in ein Bankgebäude, zu dem er sich Eingang durch die Decke verschafft hatte. In dem Winger schmolzen die mit Kuchbrennern ausgerüsteten Einbrecher ein großes Loch und öffneten dann den Schrank, dem sie 140 000 Gulden entnahmen. Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei hatten damals insofern Erfolg, als es ihr bald gelang, die drei Burschen hier festzunehmen und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Sie wurden zu schweren Strafen verurteilt, Gorki aber als „geisteskranke“ nach Herzberge, später nach Buch gebracht. Von hier gelang es ihm, im November d. J. zu entfliehen. Seitdem hielt er sich in Berlin unangemeldet auf und von seinem Schlußwinkel aus unternahm er mit einigen Komplizen ausgedehnte Diebstahlfahrten. Nach vieler Mühe gelang es, den Schlußwinkel Gorkis zu ermitteln, ihn dort zu überraschen und festzunehmen. Der gefährliche Bursche, der stets einen Revolver schüttert bei sich führt, hatte 230 M. Bargeld in seinem Besitz. Das Geld dürfte ebenso wie ein ihm vorgefundenes neues englisches Einpfaßstück mit der Jahreszahl 1911 aus einem der letzten Einbrüche herrühren. Bei der Durchsuchung des Schlußwinkels fand man eine Menge Silberzeug, Medaillons mit Photographien, Uhren und Ketten, Manschettenknöpfe, Schmuckgegenstände aller Art, einen Plüschmantel, einen grünen Uster, einen Sommerpaletot und Damenkleidungsstücke. Außer Gorki wurden auch seine Komplizen Richard Koch, Friedrich Damin, Willi Mitich und Georg Majlowicz festgenommen.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Donnerstag in Charlottenburg. In der Berliner Straße wollte der 15jährige Lehrling Fritz Horst aus der Magazinstraße 17 auf seinem Zweirade ein vor ihm fahrendes Fuhrwerk überholen. Er bog nach der linken Seite aus und geriet hier gegen zwei Automobile, denen er nicht mehr ausweichen vermochte. Er wurde weggeschleudert und kam unter den einen Kraftwagen zu liegen, dessen Vorderräder über ihn hinweggingen. Der Lehrling erlitt einen komplizierten Bruch des linken Oberschenkels und erhebliche Quetschungen und wurde in dem Auto, das ihn überfahren hatte, nach dem Krankenhaus Wessend überführt. Der Chauffeur ist nach den Aussagen von Augenzeugen an dem Unfälle schuldlos.

Ein weiterer Automobilunfall hat sich gestern Nachmittag in der Schildstraße ereignet. Dort werden gegenwärtig Asphaltarbeiten vorgenommen. Als gestern mehrere Arbeiter mit dem Legen von Asphalt beschäftigt waren, kam vom Schomplag ein Straßenbahnwagen herangefahren, und während die übrigen Leute zeitig zurücktraten, blieb der 43 Jahre alte Arbeiter Andreas Greven, Turbhir, 33 wohnhaft, einen Augenblick unerschüttert stehen. Er sprang dann schleunigst zurück und rannte direkt gegen ein aus der anderen Richtung kommendes Privatautomobil, das ihn zu Boden schleuderte und über seinen Brustkasten hinwegfuhr. Mit schweren inneren Verletzungen und Quetschungen wurde der Verunglückte ins Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Eine Liebestragödie hat sich gestern in der Kaiserstraße 22 abgespielt. Der 50 Jahre alte, aus Wohen bei Regensburg gebürtige Händler Paul Kobelt unterhielt ein Liebesverhältnis mit der 27 Jahre alten Musikantinnen Anna Schöneburg, die in einer Singespielhalle in der Landsberger Allee auftrat, während ihr Mann in einem Kaffee in der Landsberger Straße Klavier spielte. Frau Schöneburg, die Mutter dreier Kinder, zweier Söhne von 16 und 15 und einer Tochter von 12 Jahren war, wollte die Beziehungen lösen, weil sie des Verhältnisses überdrüssig geworden war. Gestern nachmittags um 6 1/2 Uhr besuchte sie Kobelt in seiner Stube. Gleich darauf hörten Nachbarn einen kurzen Wochwechsel und dann drei Schüsse. Die Verwalterin, die von der Flurnachbarin, Frau Marquard, gerufen wurde und die verschlossene Tür öffnete, fand beide mit Schußverletzungen im Kopf auf dem Fußboden liegen. Frau Schöneburg war tot. Kobelt lebte noch und wurde als Polizeigefangener nach der Charité gebracht. Die Leiche der Frau wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Ueber einen Skelettfund wird uns aus Nieder-Schöneweide berichtet. In der Haffelweder Straße werden seit einigen Tagen Ausschachtungsarbeiten zum Zwecke von Kabellegungen gemacht. Western stehen nun Arbeiter vor dem Grundstück Nr. 32 auf ein vollständig erhaltenes Skelett eines Menschen. Es war in einer Tiefe von etwa 1 1/2 Meter im Erdreich vergraben. Auf welche Weise das Skelett dorthin gekommen ist, war nicht zu ermitteln. Vor einer Reihe von Jahren war jene Stelle noch unbesautes Forstterrain und es ist nicht ausgeschlossen, daß vor längerer Zeit ein bisher noch nicht entdecktes Verbrechen verübt und der Leichnam an der Fundstelle vergraben worden ist, um eine Entdeckung zu vermeiden. Die Kriminalpolizei hat allerdings Ermittlungen angestellt, um den rätselhaften Fund aufzuklären, doch dürfte bei der inzwischen verstrichenen langen Zeit wohl kaum noch etwas Positives festzustellen werden können.

Beim Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist eine Frau Johanna Scholz aus der Kirchstraße 57 verunglückt. Sie verließ vor dem Hause Landsberger Straße 9 trotz der Warnung des Schaffners einen Straßenbahnwagen der Linie 76 während der Fahrt und kam zu Fall. Die Verunglückte erlitt einen Bruch des linken Arms und wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Vor einem Verschönerungsmittel, für welches seit längerer Zeit in deutschen Zeitungen von der Firma Harriet Meta Smith in Paris in ausgedehnter Weise Reklame gemacht wird, ebenso vor einem Entfettungsmittel, Dr. Turners Triplexmittel, warnt der Regierungspräsident. Beide Firmen sind Zweigniederlassungen der im Jahre 1908 in Syracuse (New York) zum Zwecke der gewerblichen Ausbeutung solcher Mittel gegründeten To-Ralon Manufacturing Company. Die Leiter dieses Unternehmens sind wegen unerlaubter Ausübung der ärztlichen Praxis je zu einer Geldstrafe von 500 Frank und der Pariser Arzt Dr. A. Baequier (dieser unter Strafschluß) wegen Verstoßes dazu zu einer Geldstrafe von 200 Frank verurteilt worden. Trotz dieser Verurteilung wird der Vertrieb des Entfettungsmittels in Deutschland durch einen Apotheker namens Arsène Hocquette in Paris, Nr. 27, Boulevard de Valenciennes, fortgesetzt. Letzterer sucht auch für ein Schönheitsmittel unter der Marke „Venus Carnis“ Reklame zu machen.

Auf der Brandstätte der Ziegler Humboldtstraße war gestern vormittag die Ortswehr noch eifrig mit den Aufbaumassarbeiten beschäftigt. Die noch immer rauchenden Trümmermassen werden auseinandergerissen und gründlich abgelöscht. Inzwischen sind Beamte von Verschönerungsgesellschaften mit der Beiziehung des Schwabens beschäftigt. Der Betrieb der Firma erleidet nur eine vorübergehende Störung, da von den großen Reihvorräten nur ein ganz kleiner Teil vernichtet worden ist.

Die fertiggestellte Ufer- und Höhrerbrücke in Ronitz wird heute früh um 11 Uhr dem Verkehr übergeben werden. Damit wird ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung des Nordens und Nordwestens erfüllt.

Straßensperrung. Die Prenzlauer Allee, Ostseite, zwischen der Gredstraße und Carmen-Sylva-Straße, ist wegen Pflasterarbeiten bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Neudöln.

Die Stadtverordneten trafen am Donnerstag zu ihrer letzten Sitzung vor den Ferien zusammen. Eine reichhaltige Tagesordnung galt es zu erledigen. Die Wahl des Staats. Raths (Soz.) wurde für gültig erklärt und derselbe in sein Amt eingeführt. Zu einem scharfen Zusammenstoß mit dem Rat gab es und der gesamten Stadtverordnetenversammlung führte eine mehr denn fonderbare Vorlage, welche der letzteren zur Beschlußfassung unterbreitet wurde. Mit einer seltenen Geschlossenheit trafen einmütig die Stadtverordneten der Zustimmung entgegen, die im Falle der Annahme die schlimmste Desorganisation der Versammlung bedeutet hätte. Es handelt sich dabei um folgendes: Durch das bekannte Urteil des Oberverwaltungsgerichts wurde plötzlich ein Rumpiparlament geschaffen. Ein großer Teil der Deputationsmitglieder wurden ihres Amtes enthoben, da deren Wahlen für ungültig erklärt wurden. Aus dem verbleibenden Rest mußten die vakanten Plätze ergänzt werden, um die Beschlußfähigkeit der Deputation zu ermöglichen. Das war notwendig und ein Präzedenzfall. Sofort nach Zusammenritt der im März und April gewählten neuen nunmehr vollständigen Stadtverordnetenversammlung kamen Seniorenlounge und Wahlprüfungsausschüsse, die Neubildung der Deputationen nach der Stärke der einzelnen Fraktionen vorzunehmen. Der Wahlprüfungsausschuss eine entsprechende Vorlage aus und unterbreitete diese der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung. Demgegenüber beantragte der Magistrat, die anderweitige Regelung der Ergänzung und Besetzung der Deputationen, Kommissionen und Ausschüsse erst im Herbst d. J. in einer gemischten Kommission zunächst vorzubereiten. Die Möglichkeit eines Konflikts zwischen beiden Körperschaften war also in greifbare Nähe gerückt. Als Grund für seine Auffassung führte der Magistrat in seiner schriftlichen Begründung aus, daß er eine solche Änderung für unstatthaft hält und eine Vermehrung der Zahl der Deputationsmitglieder der Stadtverordneten notwendig auch eine Vermehrung der Zahl der Magistratsmitglieder erforderlich mache. Das hätte zur Folge, daß die Zahl der unbefohlenen Mitglieder erhöht werden müßte. Außerdem ständen die Ferien vor der Tür und zudem sei die Dauer der gegenwärtigen Amtszeit eine kurze, daß mit Rücksicht hierauf die Frage bedeutungslos sei. Stadtd. Abraham (Mitbürgerlich) verteidigte demgegenüber die Beschlüsse des Wahlausschusses und bewies die ablehnende Haltung des Magistrats. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die aus dem Rumpiparlament gewählten Ausschüsse jetzt noch weiter fungieren sollen, da die Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung eine wesentliche andere sei als vor den Wahlen. Innerhalb der Fraktionen haben große Verschiebungen stattgefunden, und diese müssen berücksichtigt werden. Auch die rechtliche Darstellung der Sachlage durch den Magistrat sei unhaltbar. Nach Auffassung des Redners sei das Recht in der Stellungnahme des Magistrats in der verletzten Eitelkeit zu erblicken.

Stadtd. G. Roger (Soz.) trat der Auffassung des Magistrats ebenfalls mit aller Schärfe entgegen. Bei den Beratungen des Wahlausschusses sei der Magistrat zugegen gewesen. Auch der Oberbürgermeister Kaiser habe sich mit seiner Anwesenheit etwa fünf Minuten lang beehrt. Während dieser Zeit habe sich derselbe jedoch in Schweigen gehüllt. Des Weiteren sei auch nicht zuzugeben, wenn durch die Saumlässigkeit des Magistrats in äußerst wichtigen Dingen, wie die, welche z. B. Stadtd. Dr. Gläusmann inne hatte, zurzeit eine Überbürdung einzelner Deputierten eingetreten sei, daß darunter die Stadtverordneten und die Besetzung der Deputationen leiden sollen. Selbst auf die Gefahr hin, daß der Oberbürgermeister es zu einem Konflikt treiben wolle, müsse die Stadtverordnetenversammlung zu den Beschlüssen des Wahlausschusses stehen.

Stadtd. Winter (Fortf.) schloß sich im wesentlichen diesen Ausführungen an. Einen Fehlerfehler habe der Oberbürgermeister Kaiser mit seinen Ausführungen zu verzeichnen. Im Interesse der Stetigkeit der Verwaltung müsse der Magistrat bei seiner Auffassung beharren. Es könnte sonst eine Verschiebung in den Deputationen alle drei Wochen vorkommen. Er bestritt, daß verleihe Eitelkeit das Recht seiner Haltung sei, vielmehr könne nach Beurteilung der rechtlichen Seite eine andere Auffassung wie die des Magistrats gar nicht Platz greifen. Nachdem noch die Stadtd. Scholz und Silberstein (Soz.) die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters einer treffenden freisinnigen Würdigung unterzogen hatten, erteilte die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat eine ganz unzweideutige Antwort. Einstimmig folgte sie den Beschlüssen des Wahlausschusses und lehnte den Antrag des Magistrats auf Vertagung bis zum Herbst ebenfalls einmütig ab.

Au Stelle des nach Guben überfiedelten Stadtrats Dr. Gläusmann wurde Stadtrat Rier per Affirmation in den Zweiterverband gewählt.

Die Reorganisation der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne wurde dem neuen Rechnungsausschuss zur Vorbereitung überlassen.

Die Herstellung der Futtermauern für den Röhnerpark sowie die vorgesehenen Bauarbeiten an der Nordseite sollen alsbald in Angriff genommen werden.

Bei dem Antrage auf Schaffung einer neuen Vorflut für die Feinwässer und Niederschlagswässer riefte Conrad (Soz.) das ständige Anfordern neuer Mittel, die immer beträchtlicher werden. Diese Entscheidung könne nur auf eine wenig planvolle Arbeit schließen lassen. Dagegen verwahrte sich Stadtbaurat Weigand.

Zu einer sehr lebhaften Debatte gab das Ersuchen des Magistrats Veranlassung, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob gelegentlich der Asphaltierung der Kaiser-Friedrich-Strasse eine anderweitige Einteilung unter Verlegung der Straßenbahnleiße auf die Mittelpromenade erfolgen soll. Wegen ein derartiges Projekt wandte sich Stadtd. Heller (Soz.) mit aller Entschiedenheit. Mit der Bewirkung eines solchen Planes wäre der Bevölkerung die einzige Möglichkeit genommen, sich auf der Promenade zu ergehen. Den Kindern würde damit die Gelegenheit zum Spielen und Tummeln völlig entzogen, da man hierfür keine Gegenwerte zu schaffen genötigt sei. Auch die Stadtd. Conrad und W. (Soz.) berurteilten den kräftigen Mut, der Bevölkerung die einzige Gelegenheit zu rauben, sich nach des Tages Lust und Nähe ergehen zu können. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß wenn die einzige schöne Promenadenstraße abgefaßt würde, sich in der Bevölkerung ein Sturm der Entrüstung geltend machen würde. Nur den Stadtd. Serno und Dr. Dietrich war es vorbehalten, für die Befestigung der Promenade zu plädieren. Sie erwarteten eine so tiefenstehende Entwicklung des Verkehrs, daß die Kaiser-Friedrich-Strasse ihn in der jetzigen Beschaffenheit nicht aufnehmen kann. Besser keinen Spielplatz als die Promenade! Diese mit Empörung vorzutragende These des Herrn Dr. Dietrich dürfte in der Bürgerchaft wohl wenig Gegenliebe finden. — Auch Stadtd. Emmeluth (Fortf.) wandte sich gegen die Ausführungen dieser beiden Herren und ersuchte, die Promenade in der jetzigen Gestalt zu belassen. Gegen die Stimmen der olibürgerlichen Fraktion wurde beschlossen, die Promenade in der Kaiser-Friedrich-Strasse zu belassen und mit der Asphaltierung baldigt zu beginnen.

Stadtd. Abraham (Mitgl.) beantragte noch die späte Zustimmung der Vorlagen an die Stadtverordneten. Dem einzelnen ließ es hierdurch zur Unmöglichkeit gemacht, wichtige und bedeutungsvolle Fragen genügend prüfen zu können. — Auch Stadtd. Roth (Soz.) berurteilte den Zustand, daß die Magistratsboten bis in die späte Nacht schweißtreibend herumrennen müssen, damit die Stadtverordneten noch im letzten Augenblick in den Besitz der Vorlagen kommen. Dieser Zustand lasse nur auf eine sehr mangelhafte Dispositionsfähigkeit des Magistratsbureaus schließen. Der Zustand bedarf einer dringenden Abhilfe.

Ohne Widerspruch wurde als Dienstreifen für die städtischen Körperschaften ein zweiter Benzinautomobilwagen bewilligt. Stadtd. W. (Soz.) als Berichterstatter der Kommission beantragte, den Bebauungsplan Abteilung II dergestalt abzuändern, daß zwischen Rosenstraße und Richardplatz bezw. Bergstraße und Richardstraße eine Anlagenlage heraussepariert werden solle. Dem Antrage wurde zugestimmt. — Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen folgte geheime Sitzung.

Die Freie Turnerschaft Neudöln-Brig veranstaltete am Sonntag, den 30. Juni, auf dem Turnplatz an der Gren.-Allee ein Schauturnen der Belebungsabteilungen. Abmarsch mit Musik um 11 Uhr vom Karlsplatz aus. Freunde und Gönner sind dazu eingeladen.

Lichtenberg.

Eine 6½ Stunden in Anspruch nehmende Stadtverordneten-Sitzung am 27. Juni war zu einem großen Teile von Händeln unter den Bürgerlichen ausgefüllt. Mehr oder weniger spielten dabei Wahlbeschlüsse und Grundbesitzinteressen eine große Rolle. Ueber eine Stunde lang variierte man das Rätsel, ob die Frage der Errichtung einer Gasanstalt am Rummelsburger See einmal akut werden könnte. Eine Petition, zugunsten der Hausbesitzer den Verkauf einer Reihe Waren auf den Rummelsburger Märkten zu verhindern, verfiel dem verbienten Schicksal der Ablehnung. Eine lange Diskussion entzifferte die Entlassung eines seit fast 10 Jahren in Diensten der Stadt stehenden Beamten. Angekündigt ist er in der letzten Zeit renitent gewesen. Der betreffende Beamte ist nach ärztlichem Befund hochgradig nervös und rückenmarkleidend. Er sieht seine Kündigung als unbedeutend an. Nun soll ihn der Kreisrat untersuchen, der dafür 8 Monate Zeit beansprucht. Und der Magistrat verfügte, an den Mann während der Beobachtungszeit monatlich ganze 15 M. — Armenunterstützung zu zahlen. Solche Behandlung setzt allerdings Stahlnerven voraus. Genosse Grauer beantragte, 100 M. monatlich aus dem Fonds des Magistrats zu zahlen, bis die Angelegenheit entschieden sei. Der Antrag fand gegen heftigen Widerspruch Annahme. Bürgerliche Turnvereine petitionierten um Ermäßigung der Turnballenmiete. Ueber den Antrag des Petitionsausschusses hinweg beschloß die Versammlung, auf die Miete überhaupt zu verzichten. Dabei kam natürlich auch wieder die Ausschließung der Arbeiterturnvereine, der Jammer der sogenannten Selbstverwaltung und der Schmiegsamkeit der Bürgerlichen aufs Tapet. Genosse John rollte in antichristlicher Weise die bekannte Affäre in Rummelsburg auf, wo die Regierung es durchsetzte, daß dem Arbeiterturnverein die zur Verfügung gestellte Halle wieder entzogen wurde, er auch nicht die Halle der höheren Schule benutzen dürfe. Im Verlauf des Renitententres zwischen John und dem Magistratsmitglied Dr. Morawski machte dieser die bemerkenswerte Mitteilung, daß ihn die Weigerung des Schuldirektors, dem Turnverein die Halle zu öffnen, zunächst ausbestrebt habe. Der Direktor sei aber in einer Zwangslage gewesen. Ohne Vorwissen des Gemeindevorstandes habe der Kultusminister ihm durch eine Verfügung sein Verhalten vorgeschrieben. Da sei man einfach machtlos gewesen. Nach seiner Meinung müßten die Eingriffe der Schulbehörden in die Selbstverwaltung einmal im Wege des Verwaltungsfreiheitsverfahrens angegriffen werden. Genosse F. L. kennzeichnete das wenig rühmliche Verhalten der Bürgerlichen in Lichtenberg, die noch nie den Versuch gemacht, ihr Selbstverwaltungsrecht zu schützen. Oberbürgermeister Ziegen erklärte, dem letzten Antrage des Arbeiterturnvereins betreffend Vergabe einer Turnhalle sei die Schuldeputation beigetreten; sofort sei ihr die Regierung mit einem Einspruch in die Parade gefahren. Die einstimmige Annahme eines Antrages Grauers, allen Turnvereinen ohne Unterschied die Benutzung einer Turnhalle zu gestatten, dürfte der Regierung zeigen, wie ihre Parteilichkeit wirkt. Betschke, weil man jetzt gewonnen ist, die Frage eventuell im Prozesse zur Entscheidung zu bringen, fand ein Antrag W. (Soz.), der die Ertragung einer Gemeindefurnhalle zum Ziele hat, diesmal noch keine Zustimmung.

Als amtliche Publikationsorgane gelten in Zukunft der „Lichtenberger Anzeiger“ und das „Lichtenberger Tageblatt“. Dem ersten Blatt wolle der Magistrat den Amtscharakter entziehen. Die beantragte Einführung des Einheitspreises für Gas (13 Pf.) und zwar zum 1. Oktober d. J. fand Zustimmung, ebenso die Errichtung zweier neuer Oberleitungsstellen. Die Annahme der Magistratsvorlagen: Abschluß eines Vertrages mit der Stadt Berlin betreffend Einlegung eines Wasser-Druckrohrs, Ausbau eines Regenwasserkanals, Enteignung eines Terrains erfolgte ohne Debatte. Der verlangten Regulierung der verlängerten Thierstraße und Vertragsleistung zum Neubau der schwarzen Brücke stimmte die Versammlung unter dem Vorbehalte zu, daß die Frage der späteren Unterhaltung der Brücke vorher geregelt und ein von Herrn Roeder zugesagter Kostenbeitrag sicher gestellt werde. Einen fetten Hoppen schlug die Kirchengemeinde. Das Eigentum an einem Grundstücke in der Dorfane und der sogenannten Kirchenwörde hat sie erlassen. Die Stadt muß die Aue gemäß einer mit der Götterstiftung verbundenen Verpflichtung zu einer Anlage freilegen. Für den Verzicht auf das erlassene Grundstück verlangt die Kirchengemeinde die Vergabe eines Kirchenbauplatzes am Trapeplatz in Erdbaurecht und eines Platzes an der Eitelstraße. Hierfür sollen nur 15 M. pro Quadratmeter gezahlt werden, davon sofort die Hälfte. Die andere Hälfte wird bis zum Bau einer Kirche zinslos gestundet. Grauer konstatierte, daß die Kirche mit wertvollen Grundstücken Spekulationsgeschäfte mache und für Kirchenbauten geschenke oder fast geschenke Grundstücke verlange. Die Mehrheit erklärte sich trotzdem mit dem Handel einverstanden. Sodann begründete Genosse Düwoll folgende Interpellation: „Seit einiger Zeit wird ein Teil der Einwohner Berlin-Lichtenbergs durch polizeiliche Maßnahmen materiell und ideell geküßelt. Man erzählt zudem in den Rathen eine partielle Amisführung, die Beunruhigung erregt. — Die Interpellationen fragen ergebenst an: welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um die in ihren berechtigten Interessen geschädigten und beunruhigten Einwohner Berlin-Lichtenbergs gegen einseitige Maßnahmen der Polizeiverwaltung zu schützen? — Die Bürgerlichen hatten die Dringlichkeit anerkannt. Obwohl sie sonst ja manches geduldig schlucken, ließen sie nun merken, daß die Taten der Lichtenberger Polizei bei ihnen Meinungen und Ansichten auslösten, die mit Kopfschütteln leise ausgedeutet sind. Um welche Taten es sich handelt, kann man in der Donnerstagsnummer des „Vorwärts“ nachlesen. Dasselbe bezog sich auf schäblich, wie die Partei unter der liebevollen Mitwirkung der Polizei in Lichtenberg geradezu rappte wußte. So angenehm das für uns sei, gegen die einseitigen Maßnahmen müßten wir protestieren. Oberbürgermeister Ziegen erklärte, der Magistrat habe kein Recht, der Polizei Vorschriften zu machen. Wer sich bereitwillig fähig, könne ja gegen sie die vorhandenen Rechtsmittel ergreifen. Grauer erwiderte dem Herrn, daß er um die Sache heruntreibe; es handele sich um die Frage, ob man das öffentliche Leben mit solcherlei Maß ruhig hinnehmen wolle. Genosse Elias brachte einen Spezialfall dieser Art zur Sprache. Dasselbe bemerkte, eine etwas weniger bequeme Kunde des Magistrats hätte man schließlich doch wohl erwarten können. Es sei die Pflicht der Stadt, gegen Schädigungen der Bürger durch einseitige polizeiliche Maßnahmen zu protestieren. Das habe übrigens auch der Sprecher der Väterlichen, Herr Schachtel, bei einer früheren Gelegenheit ausdrücklich betont. Eine Beschwerde bei dem Minister gegen die hiesige Polizei sei das mindeste, was man verlangen müsse. Der Magistrat schweig, aber auch dieses Schweigen ist ein Werben für uns.

Schöneberg.

Großfeuer auf einem Städtelplatz. Gestern Abend kurz nach 8½ Uhr wurde die gesamte Feuerwehre nach der Hauptstr. 65 an der Grenze von Schöneberg und Friedenau gerufen. Bei Anbruch der Dämmerung fanden sich dem eisbahnstillschließenden Gelände, dicht am Güterbahnhof Friedenau, mehrere Schuppen der Baumaterialienhandlung von Barck und mehrere Posten Kohlen und Stöber der Gläusau, der Brennmaterial-Vertriebs-Ges. m. B. H. in Flammen. Das ganze Terrain war in dichten Rauch gehüllt. Die Böschmannschaften hatten einen überaus schweren

Stand, da die Flammen immer weiter um sich zu greifen drohten. Mehrere Pferde konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, dagegen sind einige Wagen mitverbrannt. Nach einhelliger Rückschätzung konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Die vollständige Abkühlung mit den Aufräumungsarbeiten wird die Behe aber noch die ganze Nacht hindurch beschäftigen.

Die Junierversammlung des Wahlvereins, die leider nicht den gewohnten guten Besuch aufwies, nahm anfangs einen Vortrag über die „Deutsche Arbeiterbewegung“ entgegen. Nach kurzer Kennzeichnung der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat gab der vielere Genosse Bahl eine ziffernmäßige Darstellung des gewaltigen Aufstieges der Arbeiterorganisationen. — Zum Schluß forderte er zu reiflicher Organisation der indifferenten Massen auf.

Die Generalversammlung des Wahlvereins, auf deren Tagesordnung die Wahlen der Funktionäre, der Delegierten zu der Kreis- und der Verbands-Generalversammlung und der Parteitag stehen, findet am 30. Juli statt. Den Juli-Beziehenden wird das neue Parteiprogramm zur Besprechung vorgelegt werden. Das 23. Stiftungsfest des Wahlvereins wird am 7. Juli in den Neuen Mathausäulen abgehalten. Auch in diesem Jahre werden während der Sommerferien Kinderausflüge nach dem Grunewald veranstaltet. Diefelben beginnen am Montag, den 8. Juli, mittags 1 Uhr; Abfahrt von Grunewald-Edle Altholzstraße. Kranke Kinder und solche unter drei Jahren können nicht mitgenommen werden. Anmeldungen der teilnehmenden Kinder nehmen bis zum 1. Juli entgegen die Genossin Böhm, Goltzstr. 26, und die Genossin Gertler, Grunewaldstraße 30, und Bäumer, Martin-Luther-Str. 69.

Behlendorf (Wannseebahn).

Morgen Sonntag, den 30. d. Mts., veranstaltet der Gemischte Chor des Arbeiter-Gesangsvereins „Echo“ bei Schulz, Zeltower Straße, ein familiäres Beisammensein, verbunden mit Unterhaltungen. Die Genossen werden vom Vorstand des Wahlvereins ersucht, diese Veranstaltung durch ihren Besuch zu unterstützen.

Alt-Glienitz.

Bei der am Mittwoch stattgefundenen Schöffenwahl erhielt von 15 abgegebenen Stimmen Bauntennehmer Dürre 5, Rentier Ebel 5 und Genosse Winkelmann 4 Stimmen. In der Stichwahl siegte Rentier Ebel mit 9 Stimmen. Derselbe wird nun die Stelle des nichtbeständigen Landwirts Gustaf Damsmann einnehmen. Bei der Wahl für den nach Baumschulenweg verzogenen Schöffen Weuster erhielt von 15 abgegebenen Stimmen Landwirt Julius Hannemann 6, Dr. Herbrand 5 und Genosse Wige 4 Stimmen. In der gleich darauffolgenden Stichwahl wurde Herr Dr. Herbrand mit 8 Stimmen zum Schöffen gewählt; ob diesmal die Bestätigung erfolgen wird, steht freilich noch nicht fest. Als Schiedsmann wurde Lehrer Müller mit 8 von 15 abgegebenen Stimmen gewählt. Bemerkenswert sei, daß die Wahlen schon früh 9 Uhr angelegt waren, jedenfalls, um unsere Genossen von der Wahl fernzuhalten.

Herzfelde.

Von einem Strolch bedroht wurde auf ihrem Felde am Neuen Damm die Witwe Welsche. Der Mensch stellte der Frau zunächst unnützlich Anträge und als dieselbe hierauf nicht einging, bedrohte er sie mit dem Messer. Auf die Hilferufe der Frau eilten Vorübergehende herbei; der Fremde ergriff hierauf die Flucht und entkam.

Jugendveranstaltungen.

Lichtenberg Friedrichsfelde. Letzte Sonnabend, den 29. Juni, veranstaltete die Arbeiterjugend Lichtenberg eine Nachpartie nach dem Bolener Bergen. Treffpunkt abends 8½ Uhr: Gruppe I am Bahnhof Frankfurter Allee; Gruppe II Frankfurter Allee Verbindungswege; Gruppe III am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde. Fahrgehalt 60 Pf.; jeder Teilnehmer muß sich möglichst mit einer Decke versehen.

Arbeiterjugend Bantow-Schönhausen. Morgen Sonntag, den 30. Juni: Wandertag nach Alt-Hilshagen-Schönhausen. Treffpunkt 7 Uhr am Bahnhof Bantow. Die Nachtr. Besetzung und möglichst Gedächtnis sind mitzubringen. — Die Arbeiterjugend beider Orte wird gebeten, ihre Kinder auf die Spielabende aufmerksam zu machen. Diefelben finden Mittwoch und Freitag auf der Schönholz-Gartwiese statt. Umfang 7 Uhr.

Friedrichshagen. Morgen Sonntag, den 30. Juni: Partie nach Leipzig und der Dabrom. Treffpunkt morgens 6 Uhr Friedrichstraße 60. Alle Jugendlichen sind eingeladen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (1. Losen) des 29. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Reorganisation des Parteivorstandes. Von G. Ledebour. — Der improvisierte Bruch. Von R. Kautsky. — Jean Jacques Rousseau. (Zur zweihundertjährigen Gedächtnisfeier seiner Geburt am 28. Juni 1712.) Von Gerwille, Roland-Gottl. H. (Schluß). — Der Weg des Elektroturms. Von Paul Heimann. — Literarische Rundschau: Die sozialistischen und sozialen Verhältnisse in der sozialistischen Heimarbeit. Von Johannes Herden. — Zeitschriftenkenn.

Reuilliston Nr. 52: Silentscheidung und Klassenbildung. Von R. Zimmer. — Kollids Briefe. Von Dieckhoff. — Väterchen: Arthur Böhmig, Sidmarck und das päpstliche Rom. Ulrich Brandenburg, Bielefeld und Alterskürze zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches. Franz Starosten und Robert Keiphal, Lützenhagen. — Jose Wälder: Zur Anthropologie. Von Ernst Weyer.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist aus Losen Nr. 20 des 22. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Schlag auf Schlag. Von Pola Lugensburg. — Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs. IV. Von M. — Mithras und Prometheus in der Krankepflege. Von R. M. — Kindererziehung in Schleswig-Holstein. Von R. M.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Beleggeld 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2.00 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist Losen die 14. Nummer des 22. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalte erwähnen wir folgende Beiträge:

Zeichnungen: Ein nicht eingedrucktes Kollidwort und seine Folgen. — Der acht bayerische Spielstiel. Von Leo. — Der Kammhändler in Deutschland zum Schutze der Arbeiter. — Die Schwurfrage, wie sie aus dem ungarischen Abgeordnetenhause entsprungen ist. — Sammelheft. Von R. Empert, Wm.

Text: Die kirchlichen Gewerkschaften. Von Schmidt. — Kreuzigungs-Verstehen. — Das europäische Gewissen. — Antike Wälder. Von Justmann. — Schwurfrage in Belgien. Von M. — Wm. Von R. C. Wm.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. D. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 27. 6.	am 28. 6.	Wasserstand	am 27. 6.	am 28. 6.
Havel, Tüft	125	0	Saale, Brodth	61	0
Fregel, Unterberg	42	0	Saale, Spandau	33	0
Weißel, Ebern	64	0	Saale, Rathenow	21	0
Oder, Mühlberg	119	0	Spree, Spremberg	98	0
Krokan	124	0	Biedrow	78	0
Frankfurt	146	0	Wenden	122	0
Bärbe, Ederm	24	0	Wenden	208	0
Landberg	24	0	Hain, Burgmühlentau	568	0
Rega, Borsdamm	15	0	Rana	277	0
Elbe, Peimert	67	0	Rana	255	0
Bredben	68	0	Redar, Heilbronn	60	0
Bardo	145	0	Rana, Danau	180	0
Magdeburg	101	0	Rana, Luter	90	0

*) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. I. Ja, soweit die Lohnforderung 28,85 M. wöchentlich oder 125 M. monatlich übersteigt. — C. C. 32. Drei bis fünf Mark. — W. G. 34. 1. Der Wästelhändler kann sagen; Sie würden voraussichtlich verurteilt. Verlangen Sie Stundung zu erlangen. 2. Ja, mit Ausnahme der Papiere, durch öffentliche Versteigerung nach vorheriger Androhung. — R. R. 100. Sie können reklamieren. Ihre Frau ist jedoch heilbar. — J. St. Hoch-

brahe. Sie haben Anspruch auf eine den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des Vaters entsprechende Kautionssteuer, nach Ihrer Schilderung im Werte von etwa 600 M. Eine Klage wegen des Restes erscheint aussichtslos. Die Klage müßte bis zum 10. September erhoben sein. Einen bestimmten Rechtsanwalt empfehlen wir grundsätzlich nicht. — W. R. 18. Sägt sich im Rahmen des Briefkastens nicht behandeln. — G. 2. 23. Der Versicherungsbeitrag Ihrer Frau kann mit Ablauf des laufenden Versicherungsjahres aufgelöst werden; bis zum Ablauf desselben hat Ihre Frau für die Prämie. — R. T. 2. Ja, da sonst Schädigung seitens der

Steuerbehörde erfolgt, die unangenehm ausfallen kann. — W. W. 99. Ja. — B. Müller, Crig 5. In den Schulen mit Beginn des Schuljahres 1903/04, im amtlichen Verzeichnis seit 1. Januar 1903. — J. Z. Nr. 9. Am Urban 10/11 befindet sich eine vorzügliche Anstalt. — R. 100. Spielzeugen zu beantragen, lehnen wir ab. — G. P. 7. Donalbühne der Korporation der Kaufleute, Direktor Dr. Knorr, Burgstraße 25, Sprechstunde wochentags von 12^{Uhr} bis 2 Uhr. — J. Z. 30. Brandenburgstraße 30/31 und Am Luisenpark 1. — G. B. 27. Mit Lieberlegung; die Tourenzahl richtet sich nach der Konstruktion.



Für den Strand
zu beispiellos billigen Preisen!
Zum Aussuchen!
ca. 2900 schicke Blusen

Batist, Voile, Stickerei, Popeline, Musseline, Seide
50 Pf. 75 Pf. 1.10 1.40 — besonders günstig 2.75 — 2.90 3.50 4.25 usw.

ca. 2100 fesche Röcke

Waschstoffe, Popeline, Kgarne-Cheviot, Alpaka, Phantasiestoffe, Gera-Kgarne
2.75 3.50 4.25 5.50 — besonders günstig 6.75 — 7.50 9.00 9.75 usw.

Wash-Kostüme, Stickerei-Kleider, Popeline u. Seiden-Pal., Blaue Kostüme entsprechend

C & A

BRENNINKMEYER

Spezialhaus für Damen-, Backfisch- u. Kinderkonfektion

Königstr. 33
am Bf. Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Ecke Invalidenstr.

Zeitungs-Ausgabebestellen und Inseraten-Aufnahme.

- Zentrum: Albert Dautsch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre, S. und SW.: Hermann Exner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts dort.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Langels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Hadelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufferplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Buch, Baumauerstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Huber, Salzweberstr. 8.
Wedding: J. Dönitz, Rajareichstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinbergstr. 67, Laden.
Gesundbrunn: F. Trapp, Poststr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Karl Ward, Gneisenauer Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarze, Hofmannstr. 8.
Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Köpenicker Str. 6.
Baumschulenweg: A. Dornig, Marienbaderstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brose, Mühlentstr. 6, Laden.
Bohndorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohndorf, Gossensickstraße 10, Laden.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eichenheimerstr. 1.
Elchwalde: Oskar Walle, Stubenrauchstr. 69.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen Chaussee.
Friedersdorf-Petershagen: G. Heidekamp, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: G. Bernice, Alente 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Werlmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Wilhelme, Kaiser-Wilhelm-Platz 8.
Karlshorst: Richard Küster, Köpenicker Str. 11.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Böhler, Köpenicker Str. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Gartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlisdorf, Kaulsdorf: G. Hebbert, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Leip, Chaussee 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weigert, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Gustav Leh, Köpenicker Str. 6.
Nieder-Schöneweide: G. Schri, Köpenicker Str. 7.
Nowawes: Wilhelm Tappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Haber, Köpenicker Str. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: R. H. Mann, Mühlentstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: G. Gutlich, Provingstr. 56, Laden.
Rixdorf: W. Heinrich, Redaerstr. 2, im Laden; Rohr, Biegelestraße 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumann, Martin Lutherstr. 60, im Laden.
Spandau, Nomentaum, Staaken, Seegefeld und Falkenhagen: Köppen, Dorfstr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck, Borsigwalde, Mühlentstr. 10.
Teltow: Wilhelm Bensch, Keltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Dorfstr. 62.
Tropitz: Rob. Gramenz, Mühlentstraße 412, Laden.
Weißensee: R. Fuhrmann, Seebachstr. 105, parterre.
Wilmsdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schuber, Bismarckstr. 27.
Zehlendorf: Ernst Döllig, Zeuthen, Dorfstr. 15.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sommerpreise.

Gegr. 1893. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.

Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 84, Petersburger Straße 1.
Telephon: Amt Königstadt, 3040 und 3096.
Lagerplatz 1: O. 34, Hüttenstraße 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof).
Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

Yulkan-Salon-Briketts	0.90 M.	Krone Halbsteine	0.85 M.
Krone-Salon-	0.95 M.	Ilse, Kaiser u. Akw. Halbst.	0.80 M.
Ilse, Kaiser u. Akw.	1.00 M.	Anthracit Cade	2.30 M.

Ein Zentner (enth. 110—120 Stück) Holz zerkleinert 1.90 M.
Bei Frankfurterlieferung je nach Quantum per Zentner 5—15 Pf. mehr.
Stinkkohlen billigst. Koks zu Anstandspreisen.
Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.
Sonnabends wieder von 8—10 Uhr geöffnet.

Humor-Quartett
Gg. Trener
Monats-Garderobe!
Die besten Sommer- Paletots und 4—500 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Cavalieren getragene, alt neue Sachen (Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen.
1. Etage, des Hauptgebäudes im alten Laden.
Hirsch-Kieferbaum, Wasserstr. 12/13 I

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine Monats-Garderobe direkt an Private.
Anzüge und Paletots von 10 M. an.
Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

Räumungsverkauf.
Feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge Smoking auf Seide 30—70 M.
Versandhaus Germania
21, Unter den Linden 21.
Sonnabends nur v. 8—10 geöffnet.

Robert Meyer, Mariannenstraße 2, übernehmen habe.
Paul Golletz.

Ziehung schon 3.—5. Juli.
Große Lotterie
des Deutschen Locomotiv-Clubs
8426 Gewinne W. Mark
100000
30000
10000
Hauptgewinne
Lose 1 M. Porto u. Liste 25 Pf.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Andreasstraße 46a.

Jahresumsatz über 20 000
Fahrräder
Arcona-Räder
schlagen jede Konkurrenz! Dresden bezug. Berliner 6-Tage-Rennen L. u. H. W. V. u. V. Preis auf Arcona-Rad gewonnen. Die bedeutendsten Rennfahrer der Welt fahren die Marke Arcona — das beste Rad von absoluter Qualität, leichtlaufend und unversenklich im Gebrauch. Der Franzose Miquel startete Montag, Sonntag, im 100 Kilometer-Rennen in Zehlendorf auf Arcona-Rad. Neue Radrenner mit Pneumatik 32—34, 35, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200.
Verlangen Sie Katalog über Arcona-Fahrräder. Zustellkosten gratis.
Ernst Machnow,
Größtes Fahrradhaus Berlin,
Weinmeisterstraße 14.

Konfektionshaus für Damen- und Mädchen-Bekleidung von Oskar Wollburg Berlin N, Brunnenstrasse 56.
Für die Reise enorm preiswerte Sonder-Angebote:

Ein Posten	Kostüme	4 ⁹⁰ 9 ⁷⁵ 15 ⁵⁰ bis 36 M.
Ein Posten	Mäntel	6 ⁷⁵ 10 ⁵⁰ 14 ⁷⁵ bis 24 M.
Ein Posten	Kostüm-Röcke	3 ⁹⁰ 6 ⁵⁰ 10 ⁷⁵ bis 16 M.
Ein Posten	Blusen	0.95 2 ⁵⁰ 3 ⁹⁰ bis 6 ⁵⁰ M.

Durch Selbstfabrikation im grossen Stil konkurrenzlos.
Große Auswahl in Kinder- und Backfisch-Konfektion.
Eleganter Mantel 12.50 M.
Elegantes Kostüm 19.50 M.

Möbel auf Kredit
Sie erhalten bei uns:
Stube und Küche 2 Stuben und Küche
und zwar:
2 Bettstellen von 15 Mark
1 Kleiderschrank
1 Spiegel
1 Spiegelständer
1 Tisch, 2 Stühle
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
1 Küchensstuhl
1 Küchengerät
Wochenrate 1.50 M. an
2 Matratzen
1 Waschtisch
1 Kleiderregal
1 Waschkübel
1 Trümmel
1 Sofa, 1 Tisch
4 Stühle und
1 farbige Küche
Wochenrate 2—3 M. an
Moderne Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer in jeder gewünschten Art 1116 L.
von 40 Mark Anzahlung an.
Lieferung auch nach außerhalb.
Gebr. Lieber,
Alexanderstr. 161, vis-a-vis der Holzmarktstraße, dir. a. Bahnh. Jannowitzbrücke
Bitte genau auf blaue Hensenschilde zu achten!
Ausschneiden! Mitbringen! Wert 5 Mark!
Sonntag von 8—10 Uhr geöffnet.

Riba Schokolade

Eiweiß-Nährschokolade für Gesunde und Kranke

Larochi

Riba Kakao

Eiweiß-NährKakao für Blut, Kraft, Nerven

10 Prozent!

Höchst beachtenswert!

10 Prozent!

Carl Zobel, 9 Schaufenster, Berlin, Köpenicker Str. 121 (Eckhaus) 9 Schaufenster.

Herren- und Knaben-Garderoben

in allen Größen die reichste Auswahl. Beste Paßform. Anerkannt gute Arbeit.

Um den Beweis für die Güte und Billigkeit meiner Garderoben zu geben, findet bis 6. Juli ein Ferien-Verkauf statt. Auf die sehr billigen, aber streng festen Verkaufspreise bewillige ich noch extra 10 Prozent.

Anzüge, Paletots, Ulster, auch für sehr corpulente wie überschlanke Herren 18, 20, 22, 24, 27, 30 M. usw. Hosen, sehr aparte Muster, schon von 4 M. an. Fantasie-Westen alle Größen von 2 M. an. Anzüge für Sport, Jagd u. Reise, wetterfeste Pelerinen usw. in allen Preislagen. Anzüge, Paletots, Ulster für junge Herren von 15 M. an. Knabenkleidung für jedes Alter von 3 M. an. Ankleidezimmer in allen Abteilungen. Eigene Werkstätten im Hause. Nur moderne und halibare Stoffe.

Verkäufe.

Teppiche (Fardensieder), Steppdecken, Gardinen, Inventurverkauf, 10 Prozent Rabatt. Nauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Grundbesitzer der Politz, von Friedrich Stampfer, Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). Hermannplatz 6. Handeltbans. Extrablätter Jadedanzüge, Gebrodanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Damenmäntel, Akerdilliger Bettdeckenverkauf, Vermietungsbest. Kustlerbetten, Kustlermöbels, Reichhaltige Gardinenauswahl, Teppichsauberei, Blüschbeden, Steppdecken, Goldschmuck, Taschenuhren, Wanduhren, Wandbilder, Warenverkauf ebenfalls Sonntags.

zehn Prozent Rabatt Vorwärts. Sonntags geöffnet.

Teppiche mit Fardensiedern 3,25, 3,85, 4,50, 5,75, 6,85, 7,50, 9,25, 12,50.

Salonplätz-Teppiche 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 27,50, 35-88 ufm. Kleinfabrikanten, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-fabrik.

Gardinen, Fabrikpreise, Fenster 1,65, 2,35, 2,65, 3,50, 4,50, 6,75 ufm.

Totalausverkauf von angelegenen Gardinen, Stores, Bettdecken, Haumden billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Blüschportieren, Garnitur 3,25, 3,85, 4,50, 5,25, 5,65, 7,50, 8,50 ufm.

Steppdecken 3,75, 4,25, 5,65, 7,50, 8,33, 12,85 ufm.

Blüschbeden mit kleinen Federn 4,25, 5,50, 6,75, 7,85, 9,35, 11,50 ufm. E. Weihenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-fabrik 1642R.

Wanduhren, Teilkalender, Wocher 1, Klappwagen, Reiseauswahl, (postbillig) Reisefeld, Darschauerstr. 80.

Leihhaus Moritzplatz 58A: Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als von Kasellieren wenig getragene Jadedanzüge, Rodanzüge, Paletots, größtenteils aus Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitsläufe in Damen-Kostümen, Kleider, Anmänteln, aus Seide, Herstellungspreis bis Mark 150, jetzt bis 35 Mark. Gelegenheitsläufe in Herren, Ketten, Ringen, Wägen, Kustlermöbels, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a.

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Damen von 1,50, Gebrodanzüge von 1,00, Fracks von 2,50, sowie für korpusculente Figuren. Neue Garderobe zu konstant billigen Preisen, aus Handeltbans deshalb Sochen kauft man am billigsten bei Nag, Rulackstraße 14.

Es lohnt nur bei Max Weg, 87, Große Frankfurterstraße 87, allebekannte Firma, zu kaufen. Man wird am reichsten und billigsten bedient. Wenig getragene, teilweise aus Seide, von Kasellieren nur kurze Zeit getragene Jadedanzüge, Rodanzüge, Gebrodanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Ulster, Hosen, einzelne Fracks und Smoking werden zu billigen Preisen verkauft. Die elegantesten Sachen sind auch teilweise sehr billig zu haben. 87, Große Frankfurterstraße 87. Bitte im eigenen Interesse auf die Firma zu achten. 104/17

Grundstück in Kaulsdorf, dicht an der Bahn, gepflasterte Straße, Gas, Wasser, Eimgitter, Sommerhäuschen, Pflanzhof, Schuppen, 15jähriger Obstbestand, Straßen, Gemäße sofort billig zu verkaufen. Näheres Neudöln, Hermannstraße 50, Scharnengasse 1246.

Monatsanzüge, Sommerpaletots, Ulster, Gummimäntel, Gebrodanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Hosen (postbillig) Rosenhalerstraße 48, eine Treppe. 104/11

Monatsanzüge, Ubergangswulster, Beinkleider, Gesellschaftsanzüge, auch teilweise, postbillig. Schneidermeister, Wilmerdorferstraße 125, I links, Bahngeld vergütet. Sonntags auf. 103/15

Monats-Garderoben-Pandecolon (postbillig) wenig getragene Jadedanzüge, Gebrodanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Beinkleider, Fringsenstraße 28, eine Treppe. Bitte auf Hausnummer zu achten. 1580R.

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus Rosenhaler Tor, Linienstraße 203/4, Ede Rosenhalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wägen, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder. Alles postbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet. Hohe Beletung. 1561R.

Geschäftsverkäufe.

Restaurant, Pflanzhof, Vereine, zwei Klaviere, großer Umsatz, Brauerei, Billig, sofort. A. R., Petersburger Platz 4. 756

Gangbares Uhl., Gemäße, Kolonialwarengeschäft, Seifen, Rolle, sofort. Reichenburgerstraße 19. 22735

Gebäude, 2 Zehlfelder, billig verkauft. Rigaerstraße 91. 756

Restaurant, gutgehend, Pflanzhof, Vereine, schöne, anschließende Wohnung, Miete 110,00, gelegen. Götlicher Bahnhof, wegen sonstiger Uebernahme eines Grundstücks zu verkaufen zu jedem annehmbaren Preis. Oferten, W. Vorwärts, Rauscher Platz 14/15. 767

Restaurant, Miete 1800,00, 28 Delle, viel Verkehr, anschließende Wohnung, muß billig verkaufen. Gertruden-Wienertstraße 40, parterre. Brachwitz. 767

Rekulturation, gutgehend, für Anfänger passend, sofort zu verkaufen. Brauerer Platz 10. 767

Gründergeschäft, erfindungsgel. Tageskaffe für 40 Mark, besondere Umstände billig veräußert. Walter, Neudöln, Hermannstraße 110, II. 767

Möbel.

Möbel (diskret). Reste, alle, gut renommierter Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Ältere Möbel werden gegen moderne Möbel eingetauscht. Zuzahlung in Raten. Postlagerkarte 12. Postamt 22. 1437R.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Arellmann u. Co., Koppentstraße 4 (Schlesischer Bahnhof).

Schlüssigkeit Verkauf einer neuen Ruhbaumwirtschaft mit hochmodernem Rückenmöbeln, sämtliche Wirtschaftartikel, Teppich, 195,00. Händler immedios. Neue Königsstraße 66 I.

Möbel-Verleger, Brunnentor, 7, am Rosenhaler Tor, Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar. Anzahlungen auf Stühlen und Küchen 20,-, 35,-, 50,-, 75,-, 100,- Mark ufm. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Bequeme Abzahlung, Raten, die ihr Konto beglichen haben, eventuell ohne Anzahlung. Ferner Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Stühle in großer Auswahl. Borgegter dieses Interests erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch Vertreter. Sonntags von 8-10 geöffnet. 1559R.

Rehfeld, Badstraße 49, Wohnungseinrichtungen 165,- an, auch anherhalb.

Rehfeld, Badstraße 49, Umbau, Blüschelofen 45,-.

Rehfeld, Badstraße 49, englische Bettstellen, Matrache 30,-, gebraucht 12,-, 15,-, 18,- ufm.

Rehfeld, Badstraße 49, Kleider-schänke 25,-, gebrauchte, große Auswahl. 2821R.

Möbel-Gelegenheitsläufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsläufe, welche bedeutend unterm Preis sind. Räderpind 68,-, Schreibtisch 49,-, Bettstelle 33,-, Truhen mit Stuhl 34,-, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,-, Kleiderpind 46,-, Kücheneinrichtung 68,-, Tisch, alle Schönhauserstraße 32. 1626R.

Möbel! Für Brautleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung gebe schon Stühle und Küche. In jedem Stadtteil verfügbar. Ueberverteilung daher ausgeglichen. Bei Krankeitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft R. Großhaus, Hofmeisterstraße 38, Ecke Gertruden-Wienertstraße. 2601R.

Nach Zahlung der Sollen finden Sie in meinen drei Spezialgeschäften für bürgerliche Wohnungen - Einrichtungen reiche Auswahl in Kücheneinrichtungen jeder Art zu enorm herabgesetzten Preisen. Lebenswert für Brautleute und Pensionärinhaber. Herrenzimmer, Küche, schwer, Eichenlönge, Verstellbare 231,-, Schlaf-zimmer 340,-, moderne Wohn-zimmer, eckig Ruhzimmer für zwei 192,-, moderne Küchen, achtfach 55,-, Bettstelle mit Matratzenboden 27,-, Kleiderpind 24,-. Keine sogenannten Gelegenheitsläufe, nur streng reguläre Ware in erstklassiger Verarbeitung. Langjährige Garantie. Möbelhaus Ostwald, Schöneberg, Hauptstraße 60, Roabit, Turmstraße 78, Große Frankfurterstraße 1, am Frankfurter Tor. 1508R.

Gelegenheitsläufe, 200 komplette Zimmer, welche 50 Prozent ermäßigt sind, passend für Brautleute, darunter wunderbare Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, herrliche Küchen, Sofa 25-50, Ankleide-schrank, Umkle, madonnen Bildnis, Schreibtisch, Piano, Andreasstr. 30, gerabüber Marktstraße, sowie Grünerweg 85, Dömitzstr. 1658R.

100 Sofas, Garnituren, Eichenlönge, Kleiderpind, Verstellbare zu nie gekannt billigen Preisen. Postwerkstätten Stahlstraße 25, an der Hochbahn. 1662R.

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung, Restpreis, geringe Anzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Oferten unter 'Tischlermeister', Postamt 60 249/16.

Bettstelle, Matrage 15,00, Kleiderpind 12,00, Schreibtisch 5,00, Roh-hölle 2,00. Ganz elegante Wirt-schaft. Verkauflich Waldemarstraße 76, Vorderhaus I, links. 163/30

Brautleuten. Gelegenheit moderne Ruhbaumwirtschaft billig zu kaufen. Kleiderpind, Vertiko, Blüschelofen, Umbau, Auszugstisch, Eng-lischbetten, hübsche Küchenein-richtung. Sauer, Bahmannstraße 13, eine Treppe. 104/7.

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als hier: Fabrik der Bild-Verlag, Weinmeisterstraße 2. 1005R.

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, neue neu. 35,-, Holz, Blumen-straße 44. 1093R.

Geschäftsfahrrad, äußerst stabil 60,00 an. Holz, Blumenstraße 44.

Fahrradindustrie, Charlotten-burg, Bismarckstraße 62. Billigste Bezugsquelle, Arbeiter + Radfahrer 10 Prozent Rabatt. 1630R.

Grillhafe Fahrrad, Monats-rate 10 Mark. Louis Barth, Brücken-straße 10a. Kein Laden. 1629R.

Markenherrenrad 25,00, Damen-fahrrad sofort, Weberstraße 42, Quer-gebäude. 1017R.

Fahrrad 20,-, Streife, Andreas-straße 54, Hof. 103/5

Brennaborrad, 30,-, Freilauf, rad und Damenrad, Kraus, Andreas-straße 54. 103/9

Fahrräder, Gelegenheitsläufe, Leihhaus Rosenhaler Tor, Linien-straße Ede Rosenhalerstraße. 1562R.

Brennaborrad, Freilauf, hoch-elegant, sofort 45,-, Kolberger-straße 14, III links. 104/10

Musikinstrumente.

Pianino 6, neue, gebrauchte, große Auswahl, solide Arbeit, bestes Mate-rial, hübsche Teilzahlungen. F. Nantky u. Co., Goldammerstraße 31, 104/4

Pianino, hohes, freyzugig, 110,00, (Teilzahlung), Jander, Turmstraße 6, II. 104/5

Kaufgesuche.

Platina, alte Goldschmuck, Silber, Schiffe, alte Uhren, Redgold, Gold-waaren, Treffen, Dueselberg, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Schmuckstücke. Kaufe Edelmetallschmucke Brod, Köpenickerstraße 29. Telefon Moritzplatz 6958. 1659R.

Jobngedisse, Bahn bis 1,00, Vianinabläse, Goldmont, höchstgabelnd, 'Goldfontor', Holmannstraße 30. 767

Platinabläse, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Elamial, Dued-silber, Silber, Blämel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platin-abläse 5,80, Goldschmuck, Silber-schmuck, Elamialpapier, Dueselberg, Jtm, Kupfer, Blätgold, Goldwaaren, Gemmalabläse höchstgabelnd, Edel-metall-Auswahlbureau, Weberstr. 31.

Zu kaufen gesucht 'Neue Zeit', alle Jahrgänge. Buchhandlung Vorwärts.

Kaufe Kupfer, Kilogramm 1,10, Messing 0,75, Zinn 0,84, Blei 0,22, Edelmetall 0,90, Jtm 2,00, Schermer, Räderdorferstraße 21. 738

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache, für Anfänger und Fort-geschrittene, einzeln oder im Zitel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen ange-fertigt. G. Stewint - Lichtrecht Charlottenburg, Stauffgarterplatz 9, Gartenhaus III. 44R.

Gratis-Unterricht in Gram-matik und Vokabularien wird Damen und Herren erteilt gegen Er-stattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres meiden. Nach Ausbildung kostenlose Stellen-vermittlung. 'Regina' - Nachrich-tensschreibschule, Charlottenstraße 2.

Gratius-Unterricht in Gram-matik und Vokabularien wird Damen und Herren erteilt gegen Er-stattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres meiden. Nach Ausbildung kostenlose Stellen-vermittlung. 'Regina' - Nachrich-tensschreibschule, Charlottenstraße 2.

Gratius-Unterricht in Gram-matik und Vokabularien wird Damen und Herren erteilt gegen Er-stattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres meiden. Nach Ausbildung kostenlose Stellen-vermittlung. 'Regina' - Nachrich-tensschreibschule, Charlottenstraße 2.

Gratius-Unterricht in Gram-matik und Vokabularien wird Damen und Herren erteilt gegen Er-stattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres meiden. Nach Ausbildung kostenlose Stellen-vermittlung. 'Regina' - Nachrich-tensschreibschule, Charlottenstraße 2.

Gratius-Unterricht in Gram-matik und Vokabularien wird Damen und Herren erteilt gegen Er-stattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres meiden. Nach Ausbildung kostenlose Stellen-vermittlung. 'Regina' - Nachrich-tensschreibschule, Charlottenstraße 2.

Gratius-Unterricht in Gram-matik und Vokabularien wird Damen und Herren erteilt gegen Er-stattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres meiden. Nach Ausbildung kostenlose Stellen-vermittlung. 'Regina' - Nachrich-tensschreibschule, Charlottenstraße 2.

Gratius-Unterricht in Gram-matik und Vokabularien wird Damen und Herren erteilt gegen Er-stattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres meiden. Nach Ausbildung kostenlose Stellen-vermittlung. 'Regina' - Nachrich-tensschreibschule, Charlottenstraße 2.

Gratius-Unterricht in Gram-matik und Vokabularien wird Damen und Herren erteilt gegen Er-stattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres meiden. Nach Ausbildung kostenlose Stellen-vermittlung. 'Regina' - Nachrich-tensschreibschule, Charlottenstraße 2.

Gratius-Unterricht in Gram-matik und Vokabularien wird Damen und Herren erteilt gegen Er-stattung der Selbstkosten, welche sich bis zum 15. Juli dieses Jahres meiden. Nach Ausbildung kostenlose Stellen-vermittlung. 'Regina' - Nachrich-tensschreibschule, Charlottenstraße 2.

Vermietungen.

Restaurationsräume, groß und hell, modern ausgestattet, mit Vereins-zimmer, sofort zu vermieten. Kon-zeption und tadellose Einrichtung vor-handen. Näheres bei Binder, Forster-straße 9. Telefon Moritzplatz 4451.

Wohnungen.

Charlottenburg, Sophie-Charlotten-straße 84, Nähe Untergrundbahn und Bahnhof Behnd, 1 und 2 Stuben, Küche, Speisekammer, Balkon, gem. Bad. 2274R.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, Teilnehmer-gewünscht, Dresdenerstraße 19 IV. * Möblierte Stube, allein, Waldemarstraße 52, Hof IV r. 766

Zimmerchen, möbliert, vermietet Moritzstraße 4 III. 764

Möbliertes Vorderzimmer für einen oder zwei Herren zu vermieten. Gütlich, Stralauerplatz 6/7. 744R.

Möbliertes Zimmer und Schlaf-stelle, Appenzahler, Holzmarktstr. 66, vorn III. Stadtbahn Jannowstraße.

Möbliertes Vorderzimmer zu vermieten. Moritzplatz 10 III, bei Schumann. 2276R.

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, Strausbergerstraße 36 III rechts. 738

Möbliertes Zimmer, Schlaf-stelle, Ritterstraße 124, Hof III. 2272R.

Möbliertes Zimmer vermietet Frau Stahn, Goldenerstraße 41.

Schlafstellen.

Schlafstelle an Herren vermietet Hindrich, Gartenstraße 63, vorn II.

Bahnhof Hermannstraße möblierte Schlafstelle, Badbenutzung, Lobe, Neudöln, Unterstraße 41. 72

Schlafstelle für Mädchen, Urban-straße 25, Scharnengasse. 746

Schlafstelle, zwei Herren, Frau Bolter, Lindowerstraße 11, IV, Bahnhof Wedding. 104/8

Möblierte Schlafstelle, Reichen-bergerstraße 37, vorn I, Gerhards.

Möblierte Schlafstelle, mit Kasse 11,00, Kantenselstraße 48, vorn III links. 766

Möblierte Schlafstelle für Herren Gartenstraße 4, IV, Kals. 2271R

Möblierte Schlafstelle (separat) vermietet Frau Reisinger, Mantel-selstraße 115, Quergebäude parterre. 766

Schlafstelle, Kleinert, Jordstraße 44, 3. Ausgang III. 7147

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Zünftige Portier für Efen-tualität auch und Dönerben zu sofort gesucht. A. Bernsmüller, G. m. b. H., Berlin-Temp. 10. * 2 geübte Metallarbeiter sofort ver-lange. Schulz u. Goldschmidt, Reim-tenstraße 3. 104/9

Zeitungsträgerin sofort verlangt Gnamerstraße 60, Laden (C. Weiler Tagelöhner). 103/18

Zeitungsträgerin sofort verlangt Prinzenstraße 41. 103/12

Junges Mädchen zur Hilfe in Wirtschaft und Gängearbeiten verlangt Bords, Wilmstraße 59. 746

Vorort-Nachrichten.

Steglich.

Die gekränkten Sanitäre. In eigenartige Beleuchtung werden die „edlen Motive“ der hiesigen bürgerlichen Sanitätskolonne durch ein Schreiben ihres Führers, eines Hauptmanns Schmidt, gerückt. Ein hiesiges Lokaltblatt hatte in verschiedenen, ihm von der Kolonne zugegangenen Notizen über geleistete Hilfe die Namen der betreffenden Sanitäre weggelassen, vermutlich, weil es sich in diesen Fällen um keine besonderen Heldentaten handelte. Das Blatt hat offenbar geglaubt, daß die Mitglieder der Sanitätskolonne ihre Kräfte aus reiner Menschenliebe in den Dienst der Allgemeinheit stellen, nicht aber der schönen Uniform wegen, oder deshalb, weil ihre Namen „so schön in die Zeitung gedruckt“ werden. Daß diese Annahme falsch ist, beweist ein Brief des Herrn Hauptmann Schmidt, den das betreffende Blatt veröffentlicht, und aus dem folgende äußerst charakteristische Sätze mitgeteilt werden sollen, die, wären sie nicht von dem Führer, sondern etwa von einem Sozialdemokraten geschrieben, offenbar als schwere Beleidigung der bürgerlichen Sanitätskolonne betrachtet würden. Der Herr Hauptmann schreibt der Redaktion des Blattes:

„Wenn Sie es für wirklich zu unwichtig halten, die Sanitätskolonne als erste Retterin (es handelt sich um die Vergung einer Leiche aus dem Zeltortskanal. D. V.) zu erwähnen, dann erfordert es meines Erachtens auch die Billigkeit, die Tätigkeit anderer unerwähnt zu lassen. (Die „andern“ war in diesem Falle unsere Feuerwehr, die die Leiche nach der Halle brachte. D. V.) Sie glauben gar nicht, was die Sanitäre für einen Wert darauf legen, die ersten Retter gewesen zu sein. Werden sie aber nicht einmal genannt, so erlahmt ihre Schaffenslust; denn sie müssen sehen, wie andere das ihnen zukommende Lob einheimen.“

Wie haben dieser treffenden Kritik der bürgerlichen Sanitätskolonne durch ihren eigenen Führer, den Herrn Hauptmann Schmidt, nichts hinzuzufügen.

Groß-Lichterfelde.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes entgegen. Die verlossene Gemeindevahl schloß ab mit einer Einnahme von 317,28 M. und einer Ausgabe von 629,45 M. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1911/1912 weist eine Einnahme von 510,80 M. und eine Ausgabe von 505,84 M. auf. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 476 männliche und 88 weibliche. Vorwärtsabonnenten befinden sich rund 600 am Orte. Die Leiterin der Frauenleseabende hob in ihrem Bericht besonders die rege Beteiligung der Genossinnen an den Lesabenden sowie an allen Parteiarbeiten hervor. Kurze Berichte gaben noch die Kinderschulskommission, die Lokalkommission und der Bibliothekar.

Aus den Neuwahlen gingen hervor: als 1. Vorsitzender Genosse Bienecke, 2. Vorsitzender Genosse Wiemann, 1. Kassierer Herrm. Weber, 2. Kassierer Weisel, als Schriftführer Genosse Zimmermann, als Vertreterin der Frauen im Vorstande wurde Genossin Osburg wiedergewählt. Revisoren wurden die Genossen Balkow und Karl Edard. Dem Bildungsausschuß gehören an die Genossen Albrecht, Meier, Kaliski und Frau Grog. Leiterin der Kinderschulskommission ist Frau Grog. Auskunft in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten erteilt Genosse Kaspar Wenzel. Aus der Wahl der Bezirksführer gingen hervor die Genossen Frach für den 1. Bezirk, Schädel für den 2., Riegel für den 3., Wolt für den 4., Spritulle

für den 5., Singer für den 6., Gebauer für den 8., Jammeith für den 9. und Lehmann für den 10. Bezirk. Für die Bezirke 7, 8, 11 und 12 waren keine Genossen als Bezirksführer zu finden; die Wahl derselben mußte deshalb zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Der Lokalkommission gehören wie bisher die Genossen Schönwetter, Träger und Lillad an, die Ausgabe der Bibliotheksbücher erfolgt jeden Sonnabendabend durch Genossen Osburg.

Mariendorf.

Die letzte Gemeindevorstandssitzung nahm zunächst Kenntnis von dem offiziellen und notariell beglaubigten Vertrage mit der Trabrennbahn-Gesellschaft, die auf 30 Jahre auf Mariendorfer Gebiet eine Trabrennbahn eröffnet. — Hierauf standen zwei Anträge von Grundbesitzern zur Verhandlung, die an unbauten Straßen Wohnhäuser errichten wollen. Im ersteren Falle handelt es sich um ein Wohnhaus in der Laubentkolonie „Niederdorf“. Die Baukommission hatte die Angelegenheit geprüft und war zu dem Ergebnis gelangt, daß das Gesuch abgelehnt werden müsse, da in dem Augenblick, wo die Errichtung eines Wohnhauses gestattet würde, die Gemeinde verpflichtet werden könne, sowohl für genügende Beleuchtung zu sorgen als auch Kanalisation dort anlegen zu müssen. Eine starke Minorität der bürgerlichen Vertreter war der Ansicht, daß die Genehmigung nicht versagt werden dürfe. Bei dem anderen gleichlautenden Antrage handelte es sich um ein Wohnhaus, das innerhalb einer großen Wärderei errichtet werden soll. Auch diesem Antrage wurde nicht stattgegeben. — Der vorgelegte Jahresabschluss der Gemeindefasse ergibt einen Ueberschuß von — 804,28 M. — Die Zustimmung zu einem Vertrage der Vorort-Elektrizitätswerke mit den im Kreise Feltow liegenden Gemeinden wegen Lieferung elektrischen Stromes wurde einer besonderen Kommission überwiesen, die zunächst genaue Prüfungen anstellen soll, welche Gemeinden überhaupt in Frage kommen, um eventuell in einer Art Zwischenschritt eigene Elektrizitätswerke in Erwägung zu ziehen. — Hierauf erstattete der Gemeindevorsteher Bericht von dem Ergebnis der Feststellungen des Kuratoriums des Reformrealgymnasiums über das Verfahren bei den Aufnahme- und Verlegungsprüfungen am hiesigen Gymnasium. Dieser Feststellung lagen Beschwerden von Einzelpersonen und dem Haus- und Grundbesitzerverein zugrunde, die darin gipfelten, daß der vorstehende Direktor nicht nur bei der Aufnahme von Schülern mehr wie fettig wäre, sondern auch den Eltern nicht gleich einschlagender Schüler die Aufschulung empfehle oder dieselben überhaupt nicht weiter behalte. Die Folge sei, daß sich eine immer stärkere Verringerung der Schülerzahl bemerkbar mache, so daß der Gemeinde nach der letzten Statustaufstellung der einzelne Schüler beinahe 600 M. koste. Zur allgemeinen Verwunderung erklärte nun der Gemeindevorsteher, daß nach Prüfung der bekannt gegebenen Fälle dem Direktor des Gymnasiums nicht der leiseste Vorwurf in seiner Methode gemacht werden könne. Demgegenüber wurde von einem bürgerlichen Herrn als auch von einem unserer Genossen betont, daß Fälle vorliegen, wonach die hier wegen Unfähigkeit entlassenen Schüler in einem anderen Orte gute Fortschritte machten. Besonders erwähnt wurde, daß trotz der rapiden Entwicklung des Ortes die Schülerzahl keine dementprechende Zunahme erfahre. Das Gymnasium habe jetzt in den einzelnen Klassen 8-12 Schüler. Alle Bedner waren sich darin einig, daß diese Frage eingehend geprüft werden müsse. Einer der Herren vom Haus- und Grundbesitzerverein schloß ganz besonders über die dadurch hervorgerufene drückende Steuerlast. Er erklärte: „Die Haus- und Grundbesitzer können heute kaum noch atmen.“ Heute stöhnen die Herren, aber damals konnten sie nicht schnell genug das Gymnasium bekommen. Wenn wirklich nicht genügend Schüler für die Verlegung zu haben sind, können befähigte Volksschüler herübergenommen werden.

Tempelhof.

Recht bewilligungsbefrig zeigten sich die bürgerlichen Vertreter in der letzten Gemeindevorstandssitzung. 1000 M. waren vom Vorstandstische als Rationalpense für den Flugport vorgeschlagen. Herr Lehne, der Ernannte der ersten Klasse, der bisher noch in keiner Sitzung das Wort nahm, sammelte jedoch von 2000 M., und ein Teil der bürgerlichen Herren hieß in dieselbe Kerbe. Wenn a n d e r e

Für die Reise

Anzüge in 24 Größen
fertig am Lager.

24⁵⁰ 27⁵⁰ 29⁵⁰ 32-36
38⁵⁰ 40⁵⁰ 46-60 M.

Moderne Ulster
in 24 Größen am Lager.

25⁵⁰ 27⁵⁰ 30-36⁵⁰ 42-
45-48-52-56-58 M.

Beinkleider
5-7-9-12-14-
16-18-20 M.

Pelerinen von 8⁵⁰ an
Bozener Mäntel 19⁵⁰ 21⁵⁰
Gummi-Mäntel von 23 an
Touristen-Anzüge von 22 an

Lüster-Kleidung
Leinen-Kleidung
Wash-Kleidung

M. Schulmeister BERLIN SO. 26
Dresdener Straße 4
Kottbuser Tor.



Auffallend billige Preise

für den Reisebedarf

Fertig am Lager!

Formvollendete und preiswerte

Herren-Anzüge

in grossen Farbensortimenten

Jetzt:

18.- 21.- 24.- 28.- 32.-
36.- 39.- 42.- 48.- 54.-

Ulster praktische solide Stoffe

neueste Machart - vornehme Passform

Jetzt:

16.- 19.- 21.- 24.- 28.-
32.- 36.- 39.- 44.- 50.-

Strand-Anzüge

Lüster, Tussor, imitierte Bastseide 24.- 21.- 18.- 16.- 12.- 10⁵⁰

Sport-Anzüge

haltbare und ganz solide Stoffe 32.- 28.- 24.- 21.- 19.- 16⁵⁰

Der gute Ruf meiner Firma bürgt für sachgemässe und reelle Bedienung.

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstrasse 1, Ecke Grunewaldstr.



für die Reise

Die Zeit ist da, wo es uns hinaustreibt in die schöne Natur, denn Geist u. Körper bedürfen der Erholung. Gute u. sachgemässe Kleidung tragen mit dazu bei, diesen Zweck zu erfüllen, denn oft sind wir Wind und Wetter ausgesetzt

Touristen-Anzüge

40, 36, 17⁰⁰
30, 25, 17⁰⁰ M.

Strand-Anzüge

45, 38, 12⁰⁰
27, 18, 12⁰⁰ M.

Touristen-Joppen

14, 11, 4⁰⁰
9, 7, 4⁰⁰ M.

Blaue Anzüge

60, 50, 24⁰⁰
42, 34, 24⁰⁰ M.

Loden-Capes

24, 20, 8⁰⁰
16, 12, 8⁰⁰ M.

Cheviot-Anzüge engl. Art

58, 52, 22⁰⁰
45, 32, 22⁰⁰ M.

Bozener Mäntel

30, 25, 15⁰⁰
20, 18, 15⁰⁰ M.

Lüster-Jackets

14, 10, 4⁰⁰
7, 5, 4⁰⁰ M.

Gummi-Mäntel

40, 36, 11⁵⁰
27, 20, 11⁵⁰ M.

Weisse Beinkleider

14, 10, 3⁵⁰
7, 5, 3⁵⁰ M.

Gottlieb Weiß

Schöneberg, Hauptstrasse 161 Ede Stubenrauch-Strasse

Mein seit ca. 20 Jahren bestehendes Geschäft hat viele Anerkennungen aus allen Kreisen. Meine Waren sind gut in der Qualität und niedrig im Preise. Rämisch wär fürs Auge gearbeitete Waren führe ich nicht. Lassen Sie sich nicht durch sogenannte billige Verkäufe irre führen.

bezahlen, können sie ja bewilligen. Ein ganzes Drittel der bürgerlichen Herren hielt es überhaupt nicht für notwendig, an der Sitzung teilzunehmen. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß aus Gemeindemitteln für solche Zwecke kein Pfennig zu bewilligen sei, da die Gemeinde das Geld zu dringenderen Aufgaben verwenden könne. Die Spende arte zu einem Sport aus, um sich nach oben liebes Kind zu machen. Da die Gemeinde aber immer bei solchen Gelegenheiten auf eine gute Figur hält, so verkehrten die Worte ihre Wirkung; den geforderten 1000 M. warf die Vertretung noch eine gleiche Summe nach. Im patriotischen Zaumel vergaß man die Sparbarkeit, auf die hingewiesen wird bei Forderungen an die Gemeinde, deren Erfüllung ihre Pflicht ist. Im Jahre 1878 hat die Gemeinde, um am Ort das Gas einzuführen, einen Vertrag mit der Gasgesellschaft auf 50 Jahre vereinbart, der dem heutigen Tempelhof nicht unangenehm ist. Die Imperial Continental Gas Association, die für Berlin und Umgegend eine besondere Aktiengesellschaft gründen will, ist nun, wohl infolge der ihr erwachsenen Konkurrenz an die Gemeinde herangetreten, diesen Vertrag noch um weitere Jahrzehnte zu verlängern, zumal durch die Verbauung des Feldes für sie glänzende Geschäfte in Aussicht stehen. Anstatt den Fehler, den die alten Tempelhofer feinerzeit gemacht haben, zu verbessern und diesen Vertrag nicht fortzusetzen, willigte die Vertretung in einen Vertrag, der auf ein Menschenalter hinaus die Gemeinde um die Möglichkeit, die Gasversorgung in eigene Regie zu übernehmen, beraubt. Dabei erklärt sich die Gesellschaft nur bereit, eine Ermäßigung des Gaspreises für gewerbliche Betriebe einzutreten zu lassen, einen Rabattsatz zu gewähren und an die Gemeinde 5 Proz. der Bruttoeinnahme zu zahlen, was nach einer Berechnung für die Gemeinde eine Einnahme von 20 000 M. jährlich bedeutet. Unsere Genossen stimmten gegen den Vertrag.

Gewerbergerichtswahl. Bei der gestern stattgefundenen Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer erhielt unsere Liste 897 Stimmen. Eine

Gegenliste war nicht aufgestellt. — Bei der Wahl der Arbeitgeber ergab die freie Arbeitgeberliste 30, der Gastwirteverein 11 und der Gewerbeverein 38 Stimmen.

Potsdam.

Eine von über 3000 Personen besuchte Versammlung tagte am Mittwoch auf dem Versammlungssplatz der sozialdemokratischen Partei in der Behlerstraße. Referent war Reichstagsabgeordneter S c h e i d e r

mann, der über die Staatskunst des Herrn v. Bethmann Hollweg sprach und in seinem zweistündigen Vortrag oft von Weisheitsfundaungen unterbrochen wurde. Die Versammlungen der sozialdemokratischen Partei sind seit der letzten Reichstagswahl, wo man den Arbeitern ihr Lokal abgetrieben hatte, an der Tagesordnung. Früher waren Versammlungen von 600—700 Personen eine Seltenheit, während heute die Besucher nach Tausenden zählen. Unsere Gegner haben sich bei der Saalabtreibung nicht wenig verhalten.

Zöpfe.

Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl an den allerbilligsten Preisen. Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 8. Zöpfe- und Perückenfabrik.

Möbel kaufen Sie gegen bar am billigsten nur bei Kluge, Wilmersdorferstr. 19.

Berliner Uk-Trio Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L.

Schuhwarenhaus „Kottbuser Damm“ 12a eine Treppe

gibt Lesern dieser Zeitung 5 Proz. in bar! Biete reichhaltigste Auswahl reeller Schuhwaren zu festen aber auffallend billigen Preisen. Herrenstiefel von 675, Damenstiefel von 575 an Großes Lager in Sandalen und Turnschuhen.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten will ich hierdurch mein in der Dranienstraße 103 gelegenes Lokal in empfehlende Erinnerung bringen. Kräftigen Mittagstisch 60 Pf. Abendstisch à la carte zu billigen Preisen. bis 150 Personen sitzend, sind zu vergeben. Saal und Vereinszimmer, Witwe Klara Augustin.

Feine Wurst- u. Fleischwaren Spezialität: Landshinken. Oskar Klähn, Kottbuser Damm 3.

1. Pr. Landshinken	1,20
2. Pr. Landshinken	1,35
3. Pr. Landshinken	1,50
Landspied, fett u. mager	0,85
Rindfleisch	0,65
Schmalz	0,65
Domestische Landfleischwaren	0,95
ff. Kalbsfleisch	1,05
Holsteiner Schmalz	1,35
Salami	1,35
ff. Leinwand	1,20

Bei Abnahme von 5 Pfd. Wurstwaren 5 Pf. pro Pfund Preisermäßigung.

10%
in bar

oder doppelte
Rabatt-Marken
in allen Abteilungen

10%
in bar

Besonders billige Reise-Angebote

- Konfektion**
- Reise-Mäntel praktische Stoffe, moderne Fasson, M. 12,50 8,75, 4.90
 - Loden-Capes wasserdicht, grau od. grün, 125-130 cm lang, M. 18,75, 9,50, 5.75
 - Kostüm-Röcke aus Loden mit Kegel zum aufknöpfen od. Stoffe engl. Art, M. 9,50, 4,75, 2.95
 - Wasch-Blusen weiß oder färbig, M. 3,75, 2,75, 1,85, 95 Pf.
 - Mädchen-Waschkleider Taillen-Fasson für 1-6 Jahre M. 4,85, 2,75, 1.65 für 7-14 Jahre M. 7,50, 4,75, 2.95
- Herren-Artikel**
sehr vorteilhaft
- Bunte Oberhemden mit Perkal-Einsatz und durchgehend Perkal, in vielen Dessins, M. 4,50, 3,95, 2.75
 - Weiß Oberhemden mit Pique-Einsatz 4,75, 4,25, 3.50
 - Westen-Gürtel in Foulard, Ripa, Seide, M. 1,75, 1,50, 95 Pf.
 - Herren-Schirme Gloria-Seide, moderne Größe, M. 3,75, 4,50, 3.75
 - Herren-Zwirn-Handschuhe . . . 88, 60, 95 Pf.

- 4800 Paar Strümpfe enorm billig**
- Damen-Strümpfe schwarz, ledertartig, Paar 40 Pf., 38 Pf.
 - Damen-Strümpfe à jour, farbig u. schwarz, Paar 60 Pf., 58 Pf.
 - Herren-Socken schwarz, ledertartig u. Schweißsocken Paar 40 Pf., 35 Pf.
 - Herren-Socken bunt, in schönen Dessins, Paar 60 Pf., 48 Pf.
 - Kinder-Söckchen Paar 30, 28 Pf., 18 Pf.
 - Knaben-Sport-Hemden . . . M. 1,95, 1,60, 1.25
 - Herren-Sport-Hemden . . . M. 2,75, 2,45, 1.95
 - Herren-Netz-Jacken 80, 48, 38 Pf.
 - Schleifen, Jabots u. Bäckchen Stück 65, 48, 28 Pf.
- Ein Posten Muster- u. Fenster-Korsetts bedeutend un'er Preis M. 2,45, 1,95 1.35
- Extra-Angebot Kinder-Schürzen Stück 1,35, 95, 78 Pf.

- Damen-Wäsche**
- Fantasie-Hemden mit breiter Stickerei und Bänddurchzug . . . M. 2,45, 1,95, 1.45
 - Damen-Beinkleider Knieform mit breiter Stickerei, Au- u. Einsatz, M. 2,45, 1,95, 1.65
 - Damen-Nachthemden halstrei mit Stickerei garniert . . . M. 4,75, 3.45
 - Prinzeß-Unterröcke mod. Form, breite Stickerei und Bänddurchzug . . M. 5,85
 - Bade-Mäntel mit Aermel M. 6,45, 4.95
- Ein Posten **Bade-Trikots**
für Kinder 45 Pf. bis 85 Pf.
für Erwachsene 85 Pf. bis M. 1.25
- Reise-Hutkarton mit Riemen . . . M. 1,25, 1,00, 85 Pf.
 - Reise-Karton mit Piel-Riemen und Metall-Ecken M. 2,45, 1,85, 1.65
 - Reise-Karton mit Riemen M. 1,65, 1,45, 85 Pf.
 - Reise- und Schlafdecken besonders billig

Kaufhaus Wilhelm Joseph Berlin, Großgörschenstr. 1
Schöneberg, Hauptstr. 163

Heute Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:

Eröffnung unserer neuen Filiale **Hermannstr. 35** Ecke Wanzlickstr. Neukölln

wozu wir das werte Publikum Neuköllns und Umgebung höflichst einladen.

Als Andenken an diese Feier erhält jeder Kunde ein Geschenk. Unter anderem gelangen 500 echte **Katz-Panama** zur Verteilung.

L. Katz & Co., Spezialgeschäft für Gastwirts- und Haushaltartikel.